

Stenographisches Protokoll.

19. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

IV. Gesetzgebungsperiode.

Donnerstag, 19. Februar 1931.

Inhalt.

Verhandlung: Bundesvoranschlag und Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1931 (B. 39) — Fortsetzung der Spezialdebatte über den VI. Abschnitt: Kapitel 20, Bundesministerium für Handel und Verkehr, Kapitel 21, Handel, Gewerbe, Industrie, Kapitel 22, Bergwesen, Kapitel 23, Bauten, Kapitel 24, Verkehr (Hohheit), Kapitel 28, Titel 1, Post- und Telegraphenanstalt, Titel 4, Montanbetriebe, Titel 5, Kartographisches Institut, Kapitel 29, Titel 1, Bundesbahnen, Titel 2, Südbahn: Lasten aus dem Abkommen, Titel 3 bis 9, übrige Bahnen — Gürtler (573), Lasser (576), Dr. Koref (578), Abram (582), Jelenka (585), Wigan (590), Werner (593) — Spezialdebatte über den VII. Abschnitt: Kapitel 25, Heereswesen, Kapitel 27, Titel 4, Schieß- und Sprengmittel — Spezialberichterstatter zu Kapitel 25 Dr. Schuchnigg (596), Spezialberichterstatter zu Kapitel 27, Titel 4, Leskobar (596), Heinz (597), Rösch (601), Raab (604), Dewaty (606), Dr. Hueber (609), Foppa (612), Bundesminister Daugoin (615), Sever (620) — Spezialdebatte über den VIII. Abschnitt: Kapitel 27, Titel 1, Tabak, Titel 2, Salz, Titel 3, Staatslotterien, Kapitel 28, Titel 6, Staatsdruckerei, Titel 7, Hauptmünzamt, Kapitel 26 a, Zuschuß an die Postsparkasse, Kapitel 16, Finanzverwaltung, Kapitel 17, Öffentliche Abgaben, Kapitel 18, Kassenverwaltung; Bundesfinanzgesetz — Spezialberichterstatter zu Kapitel 27, Titel 1 und 3, Kapitel 28, Titel 6, Heizinger (624), Spezialberichterstatter zu Kapitel 28, Titel 7, Ertl (625), Spezialberichterstatter zu Kapitel 27, Titel 2, Dr. Kneußl (625), Spezialberichterstatter zu Kapitel 26 a, 16, 17 und 18 Dr. Weidenhoffer (626), Generalberichterstatter über das Bundesfinanzgesetz Dr. Weidenhoffer (628), Jelenka (629), Schmidt (635).

Eingebracht wurde:

Antrag: Lasser, Weigl, um Gewährung von Notstandsaushilfen und von unverzinslichen Darlehen an die durch eine Sturmflutkatastrophe in den politischen Bezirken Baden, Wiener Neustadt, Neunkirchen, Bruck, Mödling und Floridsdorf Geschädigten (122/A).

Tagesordnung: Bundesvoranschlag und Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1931 (B. 39).

Präsident **Elderich** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 10 Min. vorm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 17. Februar als genehmigt.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen, das ist die Fortsetzung der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz (B. 39), und zwar über den VI. Abschnitt: Kapitel 20, Bundesministerium für Handel und

Verkehr, Kapitel 21, Handel, Gewerbe, Industrie, Kapitel 22, Bergwesen, Kapitel 23, Bauten, Kapitel 24, Verkehr (Hohheit), Kapitel 28, Titel 1, Post- und Telegraphenanstalt, Titel 4, Montanbetriebe, Titel 5, Kartographisches Institut, Kapitel 29, Titel 1, Bundesbahnen, Titel 2, Südbahn: Lasten aus dem Abkommen, Titel 3 bis 9, übrige Bahnen.

Gürtler: Hohes Haus! Den Budgetberatungen des heurigen Jahres messe ich eine erhöhte Bedeutung zu. Sie fallen in einen Zeitraum, in welchem durch die Verabschiedung des Finanzausgleiches die Möglichkeit besteht, für den Bundeshaushalt auf eine Reihe von Jahren vorzusorgen. Nunmehr können sich die Gebietskörperschaften für fünf Jahre einrichten und für diesen Zeitraum, wenn schon nicht mit festen Ziffern, so doch mit einer bestimmten Quote rechnen. Hiedurch ist die Voraussetzung dafür geschaffen, daß ein ruhiges Budget nach den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit beraten werden kann.

Wenn ich von dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit spreche, so meine ich, daß vor allem die Verkehrsfrage von diesem Gesichtspunkte behandelt werden muß. Es erscheint mir gerechtfertigt, hierauf näher einzugehen, weil ich eine der hauptsächlichsten Bedeutungen unseres kleinen Landes darin erblicke, daß es durch seine günstige Lage wie kein anderer Staat dazu ausersehen ist, die Verkehrsbrücke zwischen dem Osten und dem Westen ebenso wie zwischen dem Norden und Süden zu bilden.

Unsere Wirtschaftspolitik hat daher an diese günstigen natürlichen und historischen Voraussetzungen anzuknüpfen und auf die wirtschaftliche Ausgestaltung der wichtigsten Verkehrswege, das sind Straßen, Schifffahrt und Eisenbahn, Bedacht zu nehmen. Hierbei muß der Landweg als Verkehrsstraße besondere Beachtung finden. Vermeinte man in früheren Jahren, daß der Schienenstrang die Straßen so überflüssig machen werde wie der Lift die Stiege, so ging die Entwicklung einen anderen Weg. Der Verkehr geht in auffallendem Maße auf die Straße zurück. Die Entwicklung unserer Tage bringt es mit sich, daß für den internationalen Reiseverkehr das Auto eine immer größere Rolle spielt. Es ist daher im allgemeinen Interesse gelegen, den internationalen Reiseverkehr durch erstklassige Straßen in unser Land zu ziehen, wo die übrigen Voraussetzungen des Fremdenverkehrs in hohem Maße gegeben sind, denn an

Naturschönheit steht Österreich keinem anderen Lande nach. Das Verlangen, gute Straßen zu bauen, ist daher gerechtfertigt. Ich erachte in dieser indirekten Förderung des internationalen Reiseverkehrs ein außerordentlich wichtiges Mittel zur Belebung unserer Wirtschaft. Es ist jedoch hierin auch eine der Möglichkeiten gegeben, die gefährliche Arbeitslosigkeit zu verringern, da bei entsprechender Änderung der bestehenden Gesetze zwangsmäßig eine große Anzahl Arbeitsuchender zu Straßenarbeiten und Straßenbauten verwendet werden könnte. Ich vermeine noch mehr! Um Beachtenswertes zu schaffen, dürfen die durchführbaren großen Straßenprojekte — Packstraße, Glocknerstraße, Donaustraße — nicht nur beraten, sondern müssen auch ausgeführt werden. Hierbei lenke ich die Aufmerksamkeit der Bundesregierung besonders auf die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer Donaustraße. Der Fremdenverkehr würde außerordentlich belebt werden, wenn dem internationalen Publikum, welches über Tirol, Salzburg oder Passau nach Österreich kommt, von dort bei Benutzung der Donauautostraße, welche von Passau nach Linz, dann über Urfahr, Krems nach Wien zu führen wäre, die Herrlichkeiten dieser Gegend eröffnet würden. *(Rufe rechts: Sehr richtig!)*

Wenn ich mit besonderer Wärme für die Errichtung der Donaustraße eintrete, so geschieht dies keinesfalls nur aus Lokalpatriotismus. Um Ganzes zu schaffen, müßten gleichzeitig auch die übrigen Projekte durchgeführt werden.

Der heimische Reiseverkehr wurde bis in die letzte Zeit durch die länderweise erhobenen Automobilabgaben beträchtlich gehemmt. Ich verspreche mir jedoch für die nächste Zeit eine wesentliche Besserung dieses Zustandes. Ist es doch nur zu begreiflich, daß sich Leute, deren Vermögensverhältnisse es sonst gestatten würden, kein Auto anschaffen, wenn sie für dasselbe, gleichgültig, ob sie es oft oder nur zu einzelnen Ausflügen benutzen, die gleiche Automobilabgabe entrichten mußten. Durch das verabschiedete Benzinsteuergesetz hat dieser Zustand eine erfreuliche Besserung erfahren: es wird in kurzer Zeit der Automobilist nur nach dem Ausmaße des Benzinverbrauches besteuert, wobei die Bundeskraftwagenabgabe, die außerdem erhoben wird, sich in bescheidenen Grenzen bewegt. Ich halte es für unbedingt geboten, darauf zu sehen, daß die auf Grund der Benzinsteuer einfließenden Beträge auch tatsächlich zur Erhaltung von Straßen verwendet werden. *(Lebhafte Zustimmung rechts.)*

Die Durchführung eines großzügigen Straßenbau- und Straßenerhaltungsprojektes ist demnach in jeder Beziehung zu begrüßen und vor allem deshalb aktuell, weil hiedurch in wirksamer Weise der bestehenden Arbeitslosigkeit gesteuert werden kann. Ich will es mir nicht versagen, darauf zu verweisen, daß nach dem Gutachten hervorragender Sachverständigen in

der Frage der Straßenerhaltung in den letzten Jahren Fehler gemacht wurden. Ein Blick auf die Statistik zeigt, daß, wie es auch selbstverständlich ist, für die Straßenerhaltung der Arbeitslohn einen großen Prozentsatz beträgt. Es ist daher widersinnig, für die Straßenerhaltung Material zweiter und dritter Qualität zu verwenden. Im Gegenteil! Die Grundzüge der Wirtschaftlichkeit verlangen es, gerade das Beste und dauerhafteste Material zur Straßenerhaltung zu verwenden, da es sich hier bewahrheitet, daß das Teuerste in Wahrheit das Billigste ist.

Die natürlichste Verkehrsstraße unseres Heimatlandes ist die Donau, die als solche auch in vergangenen Jahrhunderten, ja selbst vor fast zwei Jahrtausenden benutzt wurde, als Römer durch das Donautal zogen und an geeigneten Stellen desselben ihre befestigten Niederlassungen errichteten. Die Donauebene lebte in vergangenen Jahrhunderten vor allem von diesem Verkehr, die Erinnerung an die zunftmäßig organisierte Gilde der Schiffer lebt noch heute, und alte Leute wissen aus eigener Erinnerung zu erzählen, wie die Schiffmeister die Vorwärtsbewegung des Schiffes durch Ruder oder Pferdezug bewirkten. Es sind gerade 100 Jahre, daß die damals mit besonderer Kabinettssorder eingesetzte Hofkommission unter dem Voritze des Staatskanzlers Metternich die privilegierte Erste Donaudampfschiffahrt gründete, jene Gesellschaft, welche im Jahre 1830 zum erstenmal mit einem Dampfer die Donau besuhr und die heute unter der Ungunst der Verhältnisse stark leidet. Im vorliegenden Budget ist für die Schifffahrt gegenüber dem Vorjahr ein Mehrbetrag von 2,511.500 S. eingesetzt, wovon 2,500.000 S. auf die Subvention der Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft entfällt.

Ich weiß, daß die Subvention von Privatunternehmungen mit gemischten Gefühlen aufgenommen wird, und auch ich bin als Anhänger des freien Handels *(Rufe rechts: Hört! Hört!)* und Verkehrs ein Feind jeder Subventionierung. Die Verhältnisse bei der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft liegen jedoch anders.

In der Zeit des Umsturzes bestand der im Jahre 1910 von der früheren österreichischen Regierung mit der Gesellschaft abgeschlossene Subventionsvertrag. Dieser Vertrag ist eine Fortsetzung früherer Übereinkommen und sah für 25 Jahre, also bis zum Jahre 1935, eine staatliche Garantie einer jährlichen Einnahme von 1,300.000 Goldkronen vor. Mit dem Zusammenbruch war dieser Vertrag erloschen und noch mehr: das gesamte Schiffsmaterial war in den Kriegsdienst gestellt worden und wurde insbesondere dazu verwendet, um aus der rumänischen Kornkammer Getreide stromaufwärts zu bringen. Gerade diese Verwendung war jedoch der Grund, daß in der Folge durch den Schiedsspruch die Gesellschaft und ihr Personal zu Kriegskombattanten

und die Schiffe und Anlagen als Kriegsbeute erklärt wurden. So wurde zufolge jener Bestimmungen des Subventionsvertrages, der die Verpflichtung der Gesellschaft für den Heeresdienst vorsah, die Gesellschaft fast um ihren gesamten Schiffspark gebracht und dieser auf jene Staaten aufgeteilt, die nunmehr mit den früher der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft gehörigen Schiffen, ihr heute die ärgste Konkurrenz bereiten. Zu alledem kam, daß die Gesellschaft verpflichtet war, für das Personal zu sorgen, welches für den Betrieb in der Monarchie eingestellt war. Bei einer derartigen Lage der Dinge ist es selbstverständlich, daß sich eine so verwüstete Gesellschaft heute nicht selbst helfen kann und daß daher für die Erhaltung der Donauschiffahrt von Staats wegen vorgesorgt werden muß. Es bleibt jedoch hiebei die Frage offen, ob es angezeigt ist, diese Hilfe in Form einer jährlichen Subvention zu gewähren, oder ob es nicht besser wäre, nach einer anderen Möglichkeit zu sehen, um die Gesellschaft auf eigene Füße zu stellen. Ich meine hiebei, daß es vor allem nötig wäre, daß ein entsprechender Schiffspark sichergestellt wird, da an dem Mangel desselben die Gesellschaft heute am meisten leidet. Es muß vor allem die Personenschiffahrt auf der Donau gehoben werden. Wie die Dinge liegen, verkehren mangels entsprechender Schiffe nicht einmal im Sommer die Eilschiffe von Linz bis Wien täglich, sondern nur dreimal in der Woche. Ein derartiger Zustand allein hindert einen geordneten Reiseverkehr. Es geht also darum, entsprechende Voraussetzungen für die Belebung der Donauschiffahrt zu schaffen. Es wäre daher darauf zu drängen, daß eine entsprechende Quote der Subvention zum Zwecke der Vergrößerung des Schiffsparkes verwendet wird. *(Zustimmung rechts.)* Da in der Linzer und Korneuburger Werft die Möglichkeit besteht, diese Schiffe im Inlande zu erbauen, wird hiedurch gleichzeitig einer Reihe von Arbeitsuchenden Arbeitsgelegenheit gegeben.

Schließlich dürfen wir die Klagen nicht überhören, welche insbesondere von den Pensionisten der Gesellschaft erhoben werden. *(Zustimmung rechts.)* Kapitane, die im Dienste der Gesellschaft grau geworden sind, erhalten, wie ich mich überzeugen konnte, geradezu unmögliche Pensionsbezüge. *(Dr. Aigner: Jawohl!)* Es ist daher gerechtfertigt und billig, die Pensionsbezüge in ein gerechtes Verhältnis zu den Aktivbezügen der heutigen Beamten zu bringen, die in der oberen Gruppe sehr beträchtliche Höhen erreichen. Da die Allgemeinheit eine jährliche Subvention von 2.500.000 S leistet, hat sie ein Recht darauf, daß bei der Verwendung derselben auch der aufgezeigte soziale Gesichtspunkt nicht übersehen wird. Es ist auch selbstverständlich, daß die Bilanz dem Obersten Rechnungshof zur Genehmigung vorzulegen wäre. *(Zustimmung rechts.)*

Wenn ich all dies verlange, so bin ich mir dessen bewußt, daß die allgemeine Wirtschaftskrise im besonderen die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft stark trifft. Zuzufolge der Flußrichtung der Donau liegt das Verhältnis so, daß die hochwertigen Güter in der billigen Talsahrt und die billigen Güter, wie zum Beispiel Getreide, auf der teuren Bergfahrt befördert werden. Dadurch allein ist die Tarispolitik ungünstig beeinflusst. Kommt hierzu der katastrophale Preissturz des Getreides und die Weltwirtschaftskrise, so ist es selbstverständlich, daß das Zusammenwirken all dieser Faktoren die an sich gegebenen ungünstigen Verhältnisse noch wesentlich verschlechtert.

Die Erhaltung und Ausgestaltung der österreichischen Schiffahrt ist jedoch eine nationale und vaterländische Sache. *(Zustimmung rechts.)*

Die Sukzessionsstaaten setzen alles daran, um ihre Schiffahrt zu entwickeln. In der Tschechoslowakei ist der Staat mit 70 Prozent an der Schiffahrt beteiligt, in Rumänien liegt die Flußschiffahrt ganz in den Händen des Staates, Ungarn hat mit der Flußschiffahrtsgesellschaft einen Subventionsvertrag mit 1.950.000 Pengö.

Es ist begreiflich, daß bei einer derartigen Unterstützung der Schiffahrt der Sukzessionsstaaten die Konkurrenz eine beträchtliche ist. Es ist daher im allgemeinen Interesse gelegen, daß die österreichische Flagge von der Donau nicht verschwindet. *(Beifall rechts.)* Wir müssen uns daher zufolge der Besonderheit des Falles mit der im Budget vorgesehenen Subventionierung abfinden, verlangen jedoch, daß die Gesellschaft berechtigten Wünschen Rechnung trägt.

Es berührt den Fremden, der vom Rhein zur Donau kommt, eigentümlich, daß trotz der Gleichartigkeit der Naturschönheit der Personenverkehr auf der österreichischen Donau ein minimaler ist und in keinem Verhältnis zu dem des Rheins steht. Oft hört man, daß es eben an einem gleichartigen Interesse der Fremden mangelt. Dies trifft nicht zu, nur darf man nicht in dem Fehler fortfahren, der bisher begangen wurde: man wartet immer, bis die Fremden kommen, und vergißt, daß diese die Naturschönheiten der Donau ebenso gerne besuchen wie die des Rheins, wenn nur die gleichen angenehmen Verkehrsmöglichkeiten vorhanden sind. Es muß daher alles getan werden, um die Personenschiffahrt auf der Donau zu beleben, wobei auch die an Romantik so reiche Teilstrecke von Passau nach Linz nicht zu kurz kommen darf. *(Beifall rechts.)*

In diesem Sinne wünsche ich, daß die aus den Mitteln der Allgemeinheit gemachte Subvention Verwendung finde, und hoffe, daß ein großzügiges Programm der Intensivierung der Schiffahrt und des Straßenbaues nicht nur die Arbeitslosigkeit ver-

mindern, sondern auch die österreichische Wirtschaft beleben wird.

Wenn ich über eine Bahnangelegenheit ein paar Worte sprechen will, so möchte ich an den Herrn Minister das Ersuchen richten, mit der Elektrifizierung der Westbahn fortzuschreiten, damit endlich die ganze Strecke von Wien nach Borsarlberg elektrifiziert ist. (*Bravo!-Rufe rechts.*)

Mein Kollege Brinnich hat gestern über die Auto- und Postangelegenheiten gesprochen, so daß es für mich nicht notwendig ist, darauf zurückzukommen. Ich möchte aber eine andere Angelegenheit erörtern. Vor zirka 30 Jahren hat das Eisenbahnministerium alle Landeshauptleute, welche am Fremdenverkehr interessiert waren, ersucht, eine einheitliche Organisation für den Fremdenverkehr in Österreich zu schaffen. Diese Organisation bestand bis zum Kriege, in der Nachkriegszeit aber wurde nichts dergleichen unternommen. Wenn die Landesverbände ihre Jahresversammlungen abhielten und an den Herrn Minister das Ersuchen richteten, ihre Bestrebungen zu fördern, so find ein paar Beamte gekommen und haben gesagt: Ja, wir werden das sehr unterstützen, aber Geld haben wir keines! Verehrte Anwesende, mit nichts können wir auch den Fremdenverkehr nicht heben, und wenn wir selbst von dem kleinsten Geschäftsmann auf dem Lande einige Schilling zur Hebung des Fremdenverkehrs einfließen, so müssen doch in erster Linie die großen Unternehmungen dazu beitragen. Es ist meine Aufgabe, an unseren verehrten Herrn Handelsminister das Ersuchen zu stellen, er möge auf dem Wege fortfahren, der in der Vorkriegszeit beschritten wurde, indem die Landesverbände wieder vom Ministerium entsprechend unterstützt werden. Ich weiß ganz gut, daß nicht die einzelnen Länder für sich allein ihre Propagandatätigkeit betreiben können, daß zum Beispiel bei der Donau die beiden Länder Niederösterreich und Oberösterreich, beim Salzkammergut andere Länder, und beim Semmeringgebiet wieder andere Länder zusammenarbeiten müssen. In diesem Sinne stelle ich meine Bitte an den Herrn Minister, dem Fremdenverkehr sein besonderes Augenmerk zuzuwenden. (*Beifall rechts und in der Mitte. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Ramek den Vorsitz übernommen.*)

Jafer: Hohes Haus! Als Vertreter des Waldbviertels habe ich mich bei der Beratung dieses Kapitels zum Worte gemeldet, um auch eine Reihe von Wünschen und Forderungen zur Sprache zu bringen, deren Erfüllung im Interesse einer Besserung der sehr trüben wirtschaftlichen Lage, in der sich die Bevölkerung des Waldbviertels befindet, notwendig ist. Zunächst erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, daß das Waldbviertel von der allgemeinen Wirtschaftskrise nicht minder erfaßt wurde als die übrigen

Gebiete Österreichs. Wir haben seit Jahren im unteren Waldbviertel eine steigende Arbeitslosigkeit. Im politischen Bezirk Brems allein hat die Zahl der Arbeitslosen gegenwärtig schon längst 3000 überschritten. Aber auch im oberen Waldbviertel, in jenen Gebieten, wo bis vor kurzer Zeit die Arbeitslosigkeit wenigstens in den Sommermonaten noch erträglich war, ist in den letzten Monaten ein rapides Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen gewesen. Wir hatten vergangenen Sommer im Gebiet der Industriellen Bezirkskommission Gmünd eine immerhin schon beträchtliche Zahl von Arbeitslosen, nämlich nahezu 1000, aber in den letzten Wochen ist diese Zahl auf 5600 gestiegen. Das ist eine Entwicklung, die nicht durch die im Winter immer eintretende größere Arbeitslosigkeit erklärt werden kann, sondern auf die Krise zurückgeführt werden muß, von der auch die gesamte Textilindustrie und in neuerer Zeit auch die Glas- und Steinindustrie des oberen Waldbviertels erfaßt worden ist — gar nicht zu sprechen von der Holzindustrie, die zur Gänze daniederliegt. In Neu- und Alt-Nagelberg wurde der Betrieb eingeschränkt und der Betrieb in Eugenia stillgelegt, und zum Schmerz der dortigen Arbeiterschaft, die seit Generationen in dieser altbewährten und einen Ruf genießenden Industrie beschäftigt war, wurde nun auch das Fabriksgebäude niedergerissen. Es stehen von dieser hundert Jahre alten Glasindustrie in Eugenia nur mehr einige Trümmer. Auch in der Textilindustrie des Heidenreichsteiner Gebietes dieselbe Erscheinung. Natürlich benutzen auch dort die Unternehmer die für sie günstige Lage, um mit Lohnabbauaktionen gegen die Arbeiterschaft vorzugehen. Dieses Ansteigen der Arbeitslosigkeit macht es dringend erforderlich, daß auch im Waldbviertel, mehr als dies bisher geschehen ist, von der produktiven Arbeitslosenfürsorge Gebrauch gemacht wird — an Arbeitsmöglichkeiten würde es sicher nicht fehlen.

Wenn von der rechten Seite des Hauses in letzter Zeit immer sehr viel von der Arbeitspflicht geredet wird, so begreife ich nicht recht die Gedankengänge, von denen sich die Herren da leiten lassen. In Österreich handelt es sich doch in erster Linie darum, den Leuten, die arbeiten wollen, Arbeit zu verschaffen, und Menschen, die seelisch furchtbar darunter leiden, weil sie keine Arbeit finden können, die Gelegenheit zu geben, sich wieder betätigen zu können. In einem Lande vielleicht — ich weiß nicht, ob solche Länder existieren —, wo die Bevölkerung aus angeborener Faulheit jeder Arbeit aus dem Wege geht, würde ich es verstehen, wenn man daran denken würde, Gesetze zu schaffen, um diese faule Bevölkerung zwangsweise zur Arbeit zu führen. Aber davon ist doch in Österreich nicht die Rede, vielleicht von Ausnahmen abgesehen. Arbeitschene mag es ja geben, vielleicht auch bei den Arbeitslosen, vielleicht auch in anderen Bevölkerungsschichten, aber diese kleinen

Ausnahmen berechtigen doch nicht zu solchen Ideen. Man gebe der arbeitslosen Bevölkerung nur die Möglichkeit zur Arbeit und sie wird von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

Im Waldviertel müßte man in erster Linie darangehen, die schlechten Verkehrswege zu verbessern. Bei uns ist dasselbe Lied wie in den übrigen Straßenbezirken. Dazu ist das Waldviertel seit jeher vernachlässigt worden — wahrscheinlich als Lohn für die konservative Gesinnung der dortigen Bevölkerung blieb es abseits vom Verkehr. Wir haben nur eine einzige Bundesstraße, die von Horn über Schrems geht, mit einer Abzweigung von Göpfritz über Waldhofen nach Heidenreichstein, alles in allem kaum 100 Kilometer. Alle übrigen Straßen sind Bezirksstraßen. Diese Einteilung mochte wohl im Frieden, zur Zeit, da der Eisenbahnverkehr die Straßen als Fernverkehrsmittel in den Hintergrund gedrängt hatte und die Straßen wirklich nur dem Lokalverkehr dienten, berechtigt sein; heute sind die meisten Straßen auch bei uns im Waldviertel Fernverkehrsstraßen, auf denen sich der Verkehr über holprige Bezirksstraßen erster, zweiter und letzter Güte abwickeln muß. Es wurde in Krems mit großer Genugtuung begrüßt, als Landeshauptmann Dr. Buresch gelegentlich der Eröffnung des städtischen Warmbades in Krems mitteilte, daß es so gut wie beschlossene Sache sei, daß der Bund die Straße St. Pölten—Krems und von Krems nach Zwettl in seine Verwaltung nehmen wird.

Hoffentlich bleibt es nicht bloß bei dieser Ankündigung und läßt der Vollzug nicht lange auf sich warten. Aber es ist selbstverständlich, daß mit der bloßen Übernahme in die Bundesverwaltung, mit der bloßen Umtaufung von Bezirksstraßen in Bundesstraßen nichts getan ist, der Name tut wenig zur Sache. Wenn wir diese Nachricht begrüßt haben, so deswegen, weil wir uns erhoffen, daß diese Straßen auch wirklich als Bundesstraßen, die ihrem Namen Ehre machen sollen, für den modernen Automobilverkehr instand gesetzt werden. Aber das, was da in Aussicht gestellt wurde, ist wenig im Vergleich zu dem, worauf die Bevölkerung im Waldviertel Anspruch erheben muß. Es haben in der letzten Zeit Konferenzen von Gemeindevertretungen in Freistadt und Heidenreichstein getagt. Die dort vertreten gewesenen Orte verlangen seit langer Zeit die Herstellung eines Straßenzuges, der das obere Mähviertel mit dem oberen Waldviertel wieder verbinden soll. Eine solche Verbindung hat ja seit Jahrhunderten bestanden, aber durch die Zerstreuung von Gebieten, die früher zu Österreich gehörten, ist diese Verbindung zerschnitten worden. Es besteht derzeit auf österreichischem Boden keine direkte Straßenverbindung von Gmünd nach Freistadt. Es brauchte da keine neue Straße gebaut werden, es sind

Bezirksstraßen vorhanden, die in die Verwaltung des Bundes zu übernehmen und als Bundesstraßen auszugestalten wären; nur ein ganz kleines Stück von einigen Kilometern von Karlstift über Sandl nach Freistadt wäre neu herzustellen. Wenn diese Straße gebaut würde, dann wäre nicht nur eine direkte Verbindung zwischen dem oberen Mähviertel und dem oberen Waldviertel hergestellt, sondern auch eine kürzere und direktere Verbindung aus der Tschechoslowakei und den östlichen Staaten in die übrigen für den Fremdenverkehr wichtigen Länder des österreichischen Bundesgebietes. Es hätte also diese Straße keineswegs nur eine rein lokale Bedeutung, sondern sie wäre von der größten Bedeutung für die Entwicklung des Verkehrs wesens und für die Hebung des Fremdenverkehrs überhaupt. Ich werde mir erlauben, in der nächsten Zeit einen dementsprechenden Antrag im hohen Hause einzubringen.

Damit sollen die Bahnprojekte nicht in den Hintergrund gedrängt werden, die seit vielen Jahrzehnten schon die Öffentlichkeit beschäftigt haben. Aber ich bin mir darüber klar, daß gegenwärtig die Aussichten für den Bau von Lokalbahnen sehr gering sind und daß die Entwicklung des Automobilwesens die Straßen wieder in den Vordergrund gerückt hat und daß daher der Wunsch und die Förderung der Bevölkerung begreiflich ist, die jetzt weniger von Bahnbauten spricht als von der Ausgestaltung und Verbesserung der Straßen. Eine weitere Mitteilung des Herrn Landeshauptmannes Dr. Buresch aus dem gleichen Anlaß wurde ebenfalls mit Genugtuung aufgenommen, daß man endlich die Wachauer Straße in einen fahrbaren Zustand versetzen wird. Der Verkehr auf dieser Straße gestaltet sich von Jahr zu Jahr immer schwieriger. Die Wachau übt selbstverständlich eine große Anziehungskraft aus. Aber bei dem Zustande, in dem sich die Straße befindet, ist die ganze Gegend ständig in Staub gehüllt und die Straße selbst für Fußgänger kaum mehr passierbar.

Zu diesen Straßenbauten, die gewiß geeignet wären, unter Zuhilfenahme der produktiven Arbeitslosenfürsorge vielen Hunderten von Menschen Beschäftigung zu geben, gibt es noch andere Arbeiten, die durch öffentliche Körperschaften durchzuführen wären. Flußregulierungen, Dammbauten, um ganze Gebiete vor den Gefahren der Eisstöße zu schützen und große Landstrecken, die heute brachliegen müssen, dem Ackerbau zuführen zu können — das und noch manches andere, insbesondere das große Kraftwerk bei Persenbeug, dessen Finanzierung angeblich schon gesichert sein soll, wären Großbauten, die großen Massen von Arbeitslosen im St. Pöltnern und auch im Waldviertler Gebiet zugute kommen würden. Ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß meine Forderungen nicht

ungehört verhallen und daß man auch der notleidenden Bevölkerung des Waldviertels mit wirklichen Aktionen zur Hilfe kommt.

Zum Schlusse gestatte ich mir auf ein Kuriosum in unserem Eisenbahnverkehr hinzuweisen. Die Eisenbahn von Wien nach Krems geht nun schon an die fünfzig Jahre. Bisher war es immer selbstverständlich, daß man direkt, ohne umzusteigen, von Krems nach Wien und umgekehrt fahren konnte. Erst heuer hat man die Bevölkerung mit einer Renierung überrascht, die darin besteht, daß bei manchen Zügen die Passagiere genötigt werden, in Absdorf auszu steigen, sich dort auch bei schlechtem Wetter zehn Minuten, manchmal eine Viertelstunde Schädigungen ihrer Gesundheit auszusetzen, um dann ihre Reise nach Wien, respektive Krems zu Ende führen zu können. Eine Sparmaßnahme soll das sein. Es ist jedenfalls eine groteske Sparmaßnahme, die ausgegangen ist von der Idee des Triebwagenbetriebes. Man hat einen Triebwagen in Verkehr gesetzt. Obwohl ich diese Strecke sehr häufig in Anspruch nehme, habe ich noch selten das Glück genossen, den Triebwagen benutzen zu können. Er ist ständig in Reparatur. Er kann also gar nicht fahren. Aber der schöne Umsteigeverkehr bleibt trotzdem aufrechterhalten. Ich verstehe schon, daß es eine Ersparung bedeutet, wenn man nicht zwei Züge, von denen der eine von Gmünd, der andere von Krems kommt, zu gleicher Zeit hintereinander nach Wien fahren läßt. Aber es könnte sicherlich derselbe Zweck dadurch erreicht werden, daß man einige Waggons von Krems nach Absdorf führt und diese Waggons an den Gmünder Zug anhängt, wie das anderwärts auch geschieht. Sehr oft, wenn mich Bekannte erblicken — und ihre Zahl ist sehr groß —, werde ich in Absdorf gefragt, wie lange denn dieser Skandal noch andauern wird und ob es kein Mittel gebe, ihn zu beseitigen. Ich möchte an den Herrn Minister für Handel und Verkehr diese Frage der empörten Passagiere weitergeben. Denn es wird doch möglich sein, auf andere Art und Weise denselben Zweck zu erreichen, als es durch diesen Umsteigeverkehr geschieht.

Das wäre alles, was ich hier vorzubringen hätte. Ich wünsche, daß das Waldviertel aus dem Ertrag der Benzinststeuer insofern seinen Anteil bekommt, daß man die Straßen in einen fahrbaren Zustand versetzt. Das Waldviertel ist reich an Naturschönheiten, es wäre wie kein zweites Gebiet geeignet, große Massen von Fremden anzuziehen. Aber so wie die Dinge jetzt liegen, bei den primitiven und rückständigen Verkehrsverhältnissen, die mehr eine Blockierung des Waldviertels bedeuten, wird sich der Fremdenverkehr nicht heben. *(Beifall links.)*

Dr. Kores: Hohes Haus! Namens meines Klubs möchte ich mir erlauben, hier folgendes festzustellen: Wir haben gestern freiwillig auf das Vergnügen

verzichtet, den Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Hueber beizuwohnen. Aus dem Bericht der „Neuen Freien Presse“ über die gestrige Rede des genannten Herrn Abgeordneten entnehmen wir, daß er folgendes behauptet hat: Von den 4626 Personenkraftwagen, um die sich der Stand im Vorjahre vermehrt habe, seien 722 ausländischer Herkunft. „Die W. A. Z.“, die Wiener Autotaxiunternehmung, an deren Spitze der Herr Abg. Forstner steht, läßt meines Wissens nur französische Wagen laufen. Hier nimmt also ein Unternehmen, das von einem Arbeiterführer geleitet ist, nicht die geringste Rücksicht auf die Beschäftigung der inländischen Autoarbeiter.“

Ich muß namens meines Klubs mit aller Entzürstung diese bewußte, bössartige Verleumdung des Kollegen Forstner, der bei einer Berufstagung im Auslande weilte, durch den Herrn Abg. Dr. Hueber zurückweisen. *(Lebhafter Beifall links. — Präsident Dr. Ramek gibt das Glockenzeichen. — Sever: Ist das vielleicht keine Verleumdung? — Zwischenrufe.)* Es scheint fast so, als ob das ganze geistige Rüstzeug wäre, das die Herren vom Heimatblock in dieses Haus mitgebracht haben. *(Beifall links.)* Es scheint hier eine gewisse Systematik zugrunde zu liegen. Wir erinnern uns daran, welchen Verleumdungsfeldzug die Herren gegen mehrere Mitglieder unseres Klubs, insbesondere gegen den Herrn Abg. Dr. Otto Bauer, unternommen haben.

Ich kann feststellen, daß Herr Abg. Forstner zu diesem Autotaxiunternehmen nicht die geringste Beziehung hat. Es handelt sich hier um eine Unternehmung, die hauptsächlich von belgischem Kapital getragen ist. Herr Abg. Forstner steht vielmehr an der Spitze der Gewerkschaft, die sich gerade mit dieser Autotaxiunternehmung im heftigsten ständigen Konflikt befindet. *(Zustimmung links.)* und es bedarf der ganzen Kraft dieser freien Gewerkschaft, um sich dieser Unternehmung gegenüber entsprechend durchzusetzen und die Angehörigen der Gewerkschaft vor Übergriffen seitens der Unternehmung hinreichend zu schützen.

Warum so viel französische Wagen in Österreich laufen, darüber könnte vielleicht am besten das Handelsministerium Aufschluß geben. Es ist ja bekannt, daß der französischen Industrie auch Hilfsmittel der Diplomatie zur Verfügung stehen, wenn es gilt, Wagen französischer Marken abzusetzen. Wir können nicht annehmen, daß ein Mann, der zwei Monate Minister gewesen ist, ein solcher Ignorant sein sollte, daß er das nicht wüßte. *(Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.)*

Präsident Dr. Ramek: Beleidigen darf man nicht, Herr Redner!

Dr. Kores: Verleumden durfte man, und Verleumdungen zurückzuweisen kann uns nicht verwehrt sein. *(Sever: So zu verleumden! Wie kann man da anders mit ihm sprechen! — Dr. Hueber: Ver-*

leumdung bedeutet eine bewusste Entstellung. Wenn aber meine Information allenfalls falsch wäre, wenn mir ein Irrtum unterlaufen ist . . . — Zwischenrufe.)

Präsident Dr. Ramek: Ich bitte um Ruhe.

Dr. Kores: Herr Abg. Dr. Hueber wird doch während seiner fast mit dem Anflug einer wahrhaften Tragikomödie behafteten Ministerschaft seine Zeit nicht ausschließlich mit Weisungen an den Pressestaatsanwalt ausgefüllt haben. Es wird ihm doch auch Zeit geblieben sein, sich anderweitig umzusehen. Es wirkt jedenfalls sehr befremdend und ist betrüblich, daß ausgerechnet ein Justizminister außer Dienst, der seinem Berufe nach ein öffentlicher Notar ist, der als deutsch-österreichischer Student mit gesteigertem Ehrbegriff ausgestattet zu sein vorgibt, zu den Mitteln niedrigster Verleumdung greift. (Lebhafter Beifall links. — Schlesinger: Lassen Sie sich das notariell beglaubigen! — Sever: Aber von einem anständigeren Notar als Sie! — Hölzl: Wir werden sehen, ob er den Mut hat, einzugestehen, daß er verleumdet hat!) Wir weisen diese Verleumdung mit Entrüstung zurück. (Dr. Hueber: Lesen Sie die heutige „Arbeiter-Zeitung“, was da drinnen steht! Freche Lügen sind das! — Lebhaftes Zwischenrufe links.)

Hohes Haus! Im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Abg. Gürtler und des Herrn Abg. Lasar möchte ich mir erlauben, auch einige dringende oberösterreichische Wünsche hier zum Vortrage zu bringen, Wünsche, die fürs erste unabweislichen Bedürfnissen der Landeshauptstadt, aber auch des ganzen Landes Oberösterreich entsprechen. Linz ist die drittgrößte Stadt der Republik, sie weist einen auffallend starken Bevölkerungszuwachs auf, vielleicht ist Linz sogar die einzige Landeshauptstadt der Republik, von der man das behaupten darf. Linz hat in den letzten fünf Jahren um nicht weniger als ein Zehntel seiner gesamten Bevölkerung, um 11.000 Bewohner, zugenommen. Dies trotz des Geburtenrückganges. Es erklärt sich also diese Zunahme in der Bevölkerungsziffer aus der Zuwanderung. Aus diesem Zuwachs nun ergibt sich angesichts des großen allgemeinen Notstandes, von dem von dieser Stelle aus ein weiteres Lied zu singen ja nicht notwendig ist, eine Fülle schwierigster Aufgaben für die Stadtväter. Ein Zustrom von 11.000 Menschen von auswärts bedeutet gleichzeitig eine namhafte Steigerung der Haushalte, und zwar eine Steigerung von ungefähr 2800 Haushalten. Infolgedessen hatte die Wohnungsnot in Linz in den Jahren nach dem Krieg besonders katastrophale Formen angenommen. Die Stadtgemeinde ist ihr mit einer von allen Seiten anerkannten Energie und Zielsicherheit an den Leib gerückt. Die Genossenschaften haben hier verständnisvollste Mitarbeit geleistet. Ich erwähne dies, um ein Beispiel

für die ungeheuer vielen Maßnahmen wirtschaftlicher und sozialer Natur zu geben, die alle verantwortlichen Faktoren und Körperschaften im Laufe des letzten Jahrzehnts zu treffen hatten. Aus der Zunahme der Bevölkerung resultierten jedoch auch kulturelle Notwendigkeiten, die die Stadtfinanzen schier bis zur Erschöpfung in Anspruch genommen haben. Die Stadt Linz hatte zum Beispiel in den letzten fünf Jahren allein für 54 neue Schulklassen vorzuzorgen. In wenigen Wochen wird die neue Doppelschule Linz-Ost eröffnet, die mit einem Kostenaufwand von mehr als 3 Millionen Schilling gebaut wurde, 26 Klassen Unterkunft bietet und für viele Jahrzehnte einen Ruhmesitel der Linzer Gemeindeverwaltung darstellen wird. Schon aber wird im Süden der Stadt ein weiterer Schulneubau unaufschiebbar. Das gewerbliche Fortbildungsschulwesen, das für den Nachwuchs an qualifizierten Arbeitskräften von großer Bedeutung ist, sowie die höhere Bundeslehranstalt für Maschinenbau, Elektrotechnik und Hochbau legen der Stadtgemeinde gesetz- und vertragsgemäß große materielle Opfer auf. Bei dem Gebäude der ehemaligen Staatshandwerkerchule, in welchem mehr als 40 Klassen mit über 900 Schülern untergebracht sind, wird es zu einem Zubau oder Neubau kommen müssen. Die Stadtgemeinde hofft, gerade in dieser Hinsicht auf Verständnis seitens des Bundesministeriums für Handel und Verkehr zu stoßen und die lange gewünschte Revision des bezüglichen Vertrages zwischen Bund und Stadt endlich herbeiführen zu können. In diesem Zusammenhange darf ich der Vollständigkeit halber noch einmal auf die Dringlichkeit des Erweiterungsbaues der städtischen Mädchenmittelschule hinweisen, weil sich hier eine Lösungsmöglichkeit böte, an der das Bundesministerium für Handel und Verkehr in erster Linie mitzuwirken berufen sein wird. Die beiden zuständigen Ministerien haben grundsätzlich bereits die Zusammenlegung und Verbundlichung der Frauengewerbeschule des Vereines für Fraueninteressen, der höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe der katholischen Frauenorganisation, sowie der städtischen Koch- und Haushaltungsschule zugestimmt. Die Gemeinde Linz hat in voller Erkenntnis der zunehmenden Bedeutung dieser Schultypen für die weibliche Jugend die kostenlose Bereitstellung eines Grundes in Aussicht gestellt. Nun könnte der Erweiterungsbaufür die städtischen Mädchenmittelschulen mit dem in erster Linie vom Bunde zu bestreitenden Neubau für die genannten Frauenberufsschulen verquickt werden.

Ich betone mit Nachdruck, daß gerade auf diesem Gebiete Oberösterreich bisher gegenüber den anderen Bundesländern vollkommen vernachlässigt wurde. Die Dinge liegen hier so ähnlich wie beim Linzer Bahnhofumbau, dessen Behandlung in ganz Oberösterreich allmählich das bestimmte Empfinden systematischer Vernachlässigung hervorrufen muß. (Zustimmung links.)

Hohes Haus! Gerade der Eisenbahn-, aber auch der Schiffsverkehr läßt in Oberösterreich eine stark steigende Tendenz erkennen. Die Statistik hierüber spricht eine beredete Sprache und zeigt, daß Linz als Wirtschaftsmittelpunkt eine von Jahr zu Jahr steigende Rolle spielt. Linz liegt im Schnittpunkt alter historischer Verkehrswege vom Norden nach dem Süden, vom Westen nach dem Osten. Diese Verkehrswege sind gerade durch die Schaffung neuer Staats- und Wirtschaftsgebilde nach dem Zusammenbruch zu eminenter Bedeutung gelangt. Die Stadt Linz und in naturgegebener Solidarität mit ihr das Land Oberösterreich haben aus diesen topographischen und wirtschaftspolitischen Bedingungen heraus an den Bund eine Reihe von Forderungen zu stellen. Es handelt sich um einen systematischen, gewiß auf mehrere Jahre zu verteilenden, den modernsten Anforderungen entsprechenden Ausbau der wichtigsten Verkehrswege.

Das Auto erobert sich im Sturme die Anerkennung als allgemeines Verkehrs- und Transportmittel. Infolgedessen kommt die Landstraße wieder zu ungeahnter wirtschaftlicher Bedeutung, der sich kein Einsichtiger entziehen kann. In dem uns umgebenden Ausland hat diese Erkenntnis sichtbarste praktische Formen angenommen. Man liest beispielsweise von der unmittelbar bevorstehenden Fernanverbindung Berlin—Dresden—Prag. Nach Aussage des tschechoslowakischen Konsuls in Linz plant die tschechoslowakische Regierung den zeitgemäßen Ausbau der Straße Prag—Budweis bis zur österreichischen Grenze. Die anschließende Bundesstraße über Freistadt nach Linz befindet sich teilweise in einem trostlosen Zustand. Sie wird daher der besonderen Fürsorge der Bundesstraßenverwaltung zu empfehlen sein.

In diesem Zusammenhang darf vermerkt werden, daß die Stadt Linz auch an dem Straßenprojekt, das der Herr Abg. Lasser eben erwähnt hat, nämlich Schrems—Weitra—Sandl, lebhaft interessiert ist.

Die Durchführung dieses Projekts wurde erst vor wenigen Tagen von den Bürgermeister und Gemeinderäten der an dieser Straße interessierten Gemeinden, die sehr zahlreich sind, mit Nachdruck gefordert. Das ganze nordöstliche Mühlviertel und das nordwestliche Waldviertel leiden unter einer argen Verkehrsnot. Von Linz bis Groß-Grünburg sind es 60 Kilometer Luftlinie. Im Sommer braucht man sechs Stunden, um per Bahn und Autobus dorthin zu gelangen. Im Winter müssen die Oberösterreicher, wenn sie in das Waldviertel wollen, über Krems mit der Bahn fahren und benötigen von Linz ungefähr zwölf Stunden — das Ergebnis ist also eigentlich ein Fußgehertempo.

Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß ein solcher Zustand im Zeitalter des Flugverkehrs und des Radios wohl als unwürdig bezeichnet werden darf.

Die neuzeitliche Ausgestaltung würde diesem Straßenzug geradezu interkontinentale Bedeutung und Funktion verleihen. Er würde die Straßen Südmährens auf dem kürzesten Wege mit unseren Alpenstraßen verbinden und damit Polen, Österreich, die Schweiz einerseits, Jugoslawien und Italien andererseits auf einem neuen Wege verkehrspolitisch verknüpfen. Die Nord-Südlinie Berlin—Prag—Linz—Graz—Agram und Triest bedarf aber von Linz aus südwärts einer ganz bedeutenden Korrektur. Die Verbindung von Linz über Kirchdorf und den Pyhrnpaß in die Steiermark befindet sich nicht bloß in einem unzulänglichen Zustande, sondern weist auch fundamentale Mängel in der Linienführung auf. Die Strecke Linz—Kirchdorf macht in der Luftlinie 30 Kilometer aus, sie beträgt aber tatsächlich, weil sie zum größten Teil auf der Salzburger Reichsstraße über Wels geführt wird, 62 Kilometer. Dazu liegen aber keineswegs zwingende Verhältnisse vor. Die Terrainbedingungen wären für eine beträchtliche Verkürzung dieser Trassenführung günstig. Dabei soll nicht vergessen werden, hervorzuheben, daß gerade im Bereich dieser wichtigen Straße der Weltkurstort Bad Hall liegt, der bekannte große Markt Kremsmünster mit seinem Stift und seinem Gymnasium, und daß durch eine Verbesserung dieser Linienführung insbesondere auch der bedeutende Industriort Traun mit Linz eine wesentlich bessere Verbindung bekommen würde. In weiterer Folge gilt dasselbe von dem Mümtal, insbesondere von dem berühmten Stodertal, von den bekannten Sommerfrischen Windischgarsten, Spital am Pyhrn, die alle auf diese Weise der Landeshauptstadt nähergerückt und auch automobilistisch leichter erreichbar wären, also eine größere Anziehungskraft bekämen.

In diesem Zusammenhange verweise ich auch auf das Projekt der Boralpenstraße, die von Amstetten über Steyr nach Gmunden führen soll, und gerade etwa beim Markt Kremsmünster die von mir hervorgehobene Straße kreuzen sollte. Wir verlangen daher aus diesen Verhältnissen heraus den ehesten Ausbau der Bundesstraße über den sogenannten Weingartshof, wodurch, was besonders unterstrichen werden soll, auch die geradezu verhängnisvoll ungünstigen Ein- und Ausfahrtsverhältnisse in die Stadt Linz mit einemmal behoben würden.

Ich komme damit auf die Reichsstraße Wien—Salzburg zu sprechen, die insofern ein Kuriosum darstellt, als sie 5 Kilometer östlich der Landeshauptstadt das geschlossene Stadtgebiet bloß berührt. Dies bedeutet ohne jeden Zweifel eine schwere Schädigung der Stadt in mehrfacher Hinsicht, doch soll hier im Detail davon nicht die Rede sein.

Wir haben uns in einer, die Interessen von Linz, von ganz Oberösterreich, aber auch nicht zuletzt der ganzen Republik zu tiefst berührenden Angelegenheit erlaubt, einen Initiativantrag einzu-

bringen, er betrifft die sogenannte Nibelungenstraße von Passau nach Linz, beziehungsweise Wien. In diesem Falle handelt es sich um einen Teil eines großen transeuropäischen Autostraßenprojektes. Dieses Projekt spielte in den Verhandlungen der im Herbst 1930 in Brüssel abgehaltenen Sitzung der Alliance International de Tourisme eine große Rolle. Von Calais, beziehungsweise Ostende, also den großen westeuropäischen Hafenstädten, die den Verkehr mit England vermitteln, soll durch den ganzen Kontinent über Brüssel, Lüttich, Koblenz, Frankfurt, Nürnberg, Regensburg, Passau, Wien und Budapest eine moderne Autostraße nach dem Balkan führen. Diese mehr als 3000 Kilometer lange Strecke würde in Österreich den Donauweg entlang sein bedeutsames Mittelstück aufweisen, das in Linz und Wien wichtigste Nord-Südlinien traversieren würde. Hohes Haus! Wenn diese Projekte etwa als Gebilde besonderer Phantasie und Einbildungskraft erscheinen, den verweise ich auf die Tatsache, daß die sogenannte Hafraba-Straße in Deutschland, die die Städte Hamburg, Frankfurt und Basel verbindet, somit einen durchaus erstklassigen Nord-Südweg darstellt, der in Frankfurt die eben geschilderte transkontinentale Linie schneidet, welche ebenfalls zum größten Teil — und das ist wohl das Entscheidende für uns — bereits fertiggestellt ist. Die österreichische Strecke dieser internationalen Linie, Passau—Schärding—Linz—Wien, kommt in ihrer jetzigen Gestalt und Verfassung für die geplante internationale Autostraße nicht ernstlich in Frage. Diese Straße mag vor Jahrzehnten entsprochen haben, heute muß sie vom europäischen Gesichtspunkt aus abgelehnt werden. Das Stück Passau—Linz ist zum überwiegenden Teil über die Qualität einer besseren Bezirksstraße nicht hinausgebiegen. Die Strecke Linz—Wien weist solche Niveaudifferenzen und unbehebbar Geländeschwierigkeiten auf — ich verweise auf den Strengberg, auf den Niederberg und auf die vielen großen Ortschaften, durch die dieser Straßenzug mittendurchgeführt ist —, daß auch sie bei Führung dieses transkontinentalen Straßenzuges außer Betracht bleiben muß. Eine Modernisierung dieses Straßenzuges in solchem Ausmaße, daß er als Mittelstück für diese Strecke in Frage käme, erscheint also nach technischen Gutachten ausgeschlossen. Sonach erhebt sich die Forderung nach einer neuen Lösung sozusagen von selbst. Diese Lösung wäre in der Nibelungenstraße gegeben, die das unerreicht schöne, infolge der traurigen Verkehrsarmut fast weltvergessene Donautal von Passau nach Linz benutzen müßte. Die Straße würde nicht nur eine ganz beträchtliche Verkürzung — fast um ein Viertel — darstellen, sondern auch ein Kleinod des österreichischen Fremdenverkehrs von ganz spezifischer eigenartiger, ich möchte sagen einzigartiger Note bedeuten. Ich

kann es mir hier versagen, die Romantik der Landschaft zu schildern. Die Straße würde auch keine Konkurrenz, sondern eine wertvolle Ergänzung der Donauschiffahrt darstellen. Denn der Autoreisende von heute kommt im allgemeinen nicht als Dampferpassagier in Betracht und sucht, wie die Erfahrungen von Jahr zu Jahr deutlicher zeigen, jene Länder auf, wo ihm das Autofahren im Urlaub ein wirkliches Vergnügen und nicht Verdruß und übermäßige Reparaturkosten verursacht. Dazu kommt der besonders zu beachtende Umstand, daß die Donaudampfschiffahrt nur vier Monate im Jahr aufrechterhalten wird. Die übrigen acht Monate liegt dieser so prächtige, an Naturschönheiten so überaus reich gesegnete Teil unserer Heimat im völligen Winterschlaf, und die Donaufergemeinden sind nicht bloß vom Weltverkehr, sondern zeitweise sogar vom primitivsten Lokalverkehr so gut wie abgeschnitten. Ich habe von den Bürgermeistern der bedeutenderen Orte, die am Donauufer Passau—Linz liegen, von Engelhartzell, Biechtenstein, Waldfkirchen am Wesen, Wesenaufer, Aschach usw., ein Schreiben erhalten, das sozusagen ein Appell an alle Abgeordneten des österreichischen Nationalrates ist, sie mögen hier eintätig zusammenarbeiten, um ein gutes Gelingen dieses Nibelungenstraßenprojektes in absehbarer Zeit zu verbürgen. Es liegen ja auch, wie wir aus den Ausführungen des Herrn Abg. Gürtler entnommen haben, bereits sehr wertvolle Vorschläge über die weitere Linienführung dieser Donauuferstraße von Linz nach Wien vor. Die vereinigte Bitte — ich darf wohl sagen — aller Interessenten an die Bundesregierung geht dahin, sie möge in dieser so ungemein wichtigen und hoffnungsreichen Angelegenheit die Initiative zu eingehender Beratung und Diskussion ergreifen.

Es liegen seitens zahlreicher Fremdenverkehrsinstanzen und automobilistischer Kreise fachtechnische und finanzpolitische Vorschläge vor. Sie hier zu erörtern würde zu weit führen, doch darf keine Zeit versäumt werden. Die Strecke Frankfurt—Passau ist fast fertiggestellt. Auf ungarischem Territorium führt bereits eine fast vollendete Betonstraße von der österreichischen Staatsgrenze bis nach Budapest.

Ein verständiger Blick auf die Landkarte läßt die Bedeutung dieser hiemit aufgeworfenen Verkehrsprobleme für ganz Österreich erkennen. Es ist also keine provinzielle Angelegenheit mehr.

Hohes Haus! „Ängstliches Zagen“ könnte nie wieder gutzumachende Versäumnisse und Schäden in dieser Beziehung bringen. Verkehrspolitikische Unterlassungssünden vergangener Jahrzehnte müßten uns eigentlich warnend zum Bewußtsein kommen. Auf der seinerzeit vom Herrn Bundeskanzler Dr. Schober einberufenen Wirtschaftskonferenz wurde die zunehmende internationale Bedeutung des Autos als Verkehrsmittels größten Stills anerkannt. Deshalb

wurde damals ein großzügiges Straßenprogramm entworfen. Leider war Oberösterreich überhaupt nicht einbezogen, während andere Bundesländer bereits im Begriffe stehen, mit Bundeshilfe beträchtliche Teile dieses Programms zu verwirklichen. Oberösterreich kann und darf nicht zurückbleiben.

Wir haben aber auch noch andere sehr berechnigte und eindringliche Wünsche. Analog einem einstimmig, also von allen Parteien gefaßten Beschluß des oberösterreichischen Landtages verlangen wir aus Gründen, die in diesem Haus nicht weiter erörtert werden brauchen, die ehefte Inangriffnahme der Elektrifizierung der Westbahnstrecke Salzburg—Wien. Die Stadtgemeindevvertretung von Linz hat unter Führung ihres Bürgermeisters seinerzeit dem Herrn Bundeskanzler Dr. Schober nebst diesen Wünschen auch noch andere vorgetragen. Sie hat insbesondere Bundeshilfe für die Ausgestaltung des Flugplatzes, des Hafengeländes und außerdem auch die ehefte Inangriffnahme des Neubaus der alten Donaubrücke gefordert, die heute bereits zu einem sehr ernststen Verkehrshindernis geworden ist. Die gegenwärtige Bundesregierung wird sich diesen Notwendigkeiten auf die Dauer nicht verschließen können, wenn alle Vertreter der Landeshauptstadt Oberösterreichs und der unmittelbar und mittelbar interessierten Teile des Landes ohne Unterschied der Partei ihre Pflicht erfüllen.

Gelegentlich der Erörterung des Kapitels „Unterrecht“ hat der sehr verehrte Kollege Dr. Migner aus Oberösterreich so getan, als ob Oberösterreich oder im besonderen Linz sozuzagen saturiert und wunschlos wären. Er hat dies damit begründet, daß in den letzten Jahren mancher Wunsch in Erfüllung gegangen sei. Ich möchte mit Nachdruck hervorheben, daß der Herr Dr. Migner hier irrt. Die Stadt Linz fählt sich trotz des Neubaus des Bundesrealgymnasiums und der Studienbibliothek, Bauten, für die auch die Gemeinde selbst sehr beträchtliche Opfer gebracht hat, vom Bund vernachlässigt. *(Sehr richtig! links.)* Meine Kollegen aus dem Lande Oberösterreich werden dies für das ganze Land bestätigen können. So darf ich denn im Namen der Bevölkerung von Linz, dieser aufstrebenden Stadt, den berechtigten Wunsch und die Hoffnung aussprechen, daß die Bundesregierung in naher Zukunft die vorgeführten Angelegenheiten, die im wahrsten Sinne des Wortes an den Lebensnerv des ganzen Landes, ja der ganzen Republik rühren, ernstlich erwägen und ihre Verwirklichung mit allen zweckdienlichen Mitteln herbeiführen werde. *(Lebhafter Beifall links.)*

Abram: Hohes Haus! Das Kapitel „Handel und Verkehr“ veranlaßt fast alle Gebietsvertreter, sich zum Worte zu melden. Eine Teilerklärung dafür wird sein, daß wir wieder einen vollgewichtigen

Minister für Handel haben, wobei ich nicht die Körperlichkeit unseres Herrn Kollegen meine, sondern daß er ein Mann ist, von dem die Sage geht, daß er für Handel und Verkehr und für Wirtschaftsfragen ein gereifteres Interesse hat, als es seine Vorgänger hatten.

Ich will mir nun erlauben, für die westalpinen Gebiete — ich bitte den Herrn Ackerbauminister, das seinem Kollegen mitzuteilen — einiges anzuführen und einige schwerwiegende Fragen zu erörtern. Wir haben in den westalpinen Gebieten mit Ausnahme des Landes Vorarlberg eine sehr bescheidene Industrie, und diese geringe Industrie droht völlig zugrunde zu gehen. Ich verweise da zunächst auf die Glasmacherei in Bürmoos bei Salzburg. Die Werke sind stillgelegt, und eine einzige Glasfabrik in Niederösterreich arbeitet für den ganzen Bedarf Österreichs. Die Arbeiter von Bürmoos sind seit Jahren arbeitslos. Es gelingt nicht, die Behörden dazu zu bringen, daß sie für ihre Wiederschäftigung etwas tun. In Hallein ist es wegen der ausländischen niedrigen Holzpreise, die in der Budgetdebatte schon mehrmals erörtert wurden, nur noch eine Frage der Zeit, wie lange die dortige Zellulosefabrik ihren Betrieb voll halten kann. In demselben Städtchen steht ein bedrohter Salzberg. Ein anderer Zellulosebetrieb in den westalpinen Gebieten, die Fabrik in Wörgl, wird geschlossen. In Kirchbühl wird die Zementfabrik verkleinert. Die einst blühende Sensenindustrie der Alpenländer ist vollständig zugrunde gegangen. Rußland und Italien die früheren Hauptabnehmer, erzeugen sich heute diese Sensen selbst — Rußland aus den bekannten Gründen und Italien hat sich so wie Frankreich während des Krieges eine eigene Sensenindustrie geschaffen. In Vaud und in Neuchâtel liegen die Betriebe völlig daniieder, und es besteht wenig Aussicht, daß sie jemals wieder eröffnet werden. Die Sägereiindustrie liegt brach. So kommt es, daß wir in den industriearmen westalpinen Gebieten eine verhältnismäßig große Zahl von Arbeitslosen haben. In Vorarlberg war die Stickerie vor dem Kriege ein blühender Industriezweig des Kleingewerbes, die über einen kleinen Besitz und einige Stickeriemaschinen verfügten. Diese Industrie ist fast völlig zusammengebrochen. Vor dem Kriege beschäftigte sie 13.000 Arbeiter, heute sind es kaum 2000, die noch in Verwendung stehen. Da ist es interessant, zu untersuchen, was der Staat Österreich und was die benachbarte Schweiz für die durch die Industriekrise so schwer Betroffenen tun. Während man in Österreich nach langem Bitten und Betteln ganz unzulängliche, kleinliche Beträge für die von der Krise so schwer betroffenen Tausende aufbrachte, ist in der benachbarten Schweiz die Sorge um die Wiederverwendung der arbeitslos gewordenen Sticker, die Umbildung der Betriebsstätten für andere Indu-

strien ein Lebensinhalt nicht allein der Lokalverwaltungen, der Kantonregierungen in St. Gallen und im Thurgau, sondern ist eine Sorge des gesamten schweizerischen Bundesvolkes. In der Schweiz wurde so verfahren, daß die Maschinen in der Stickereiindustrie, die keine Verwendung fanden, plombiert wurden, und die Besitzer dieser Maschinen bekamen durch lange Zeit, bis sie eine andere Erwerbsmöglichkeit fanden, eine tägliche Unterstützung von 5 Franken. Man ist also in der Schweiz nicht über das Elend der Stickereiarbeiter und Kleinmeister zur Tagesordnung übergegangen wie bei uns, wo gar nichts geschehen ist.

Bei dieser Gelegenheit muß ich auch das Handelsministerium anklagen, und zwar die Sektion für Industrieförderung. Eine schweizerische Gesellschaft hätte sich bereit gefunden, in Vorarlberg eine Zündholzfabrik zu errichten, in der einige hundert Arbeiter beschäftigt gewesen wären. Diese schweizerische Gesellschaft hat sich verpflichtet, die gesamten erzeugten Zündhölzer dieser Fabrik an das Ausland und nicht nach Österreich zu verkaufen. Trotz dieses Nachweises und dieses kontraktlichen Verpflichtungswillens wurde diese Industrie nicht zugelassen.

Ich habe als alter Abgeordneter im Laufe der Jahrzehnte sehr oft die Überzeugung gewonnen, daß wir in den Zentralstellen, bei den Ministerien, sehr wenig wirtschaftliches Verständnis finden, und ich gebe hier zum besten, was ein bäuerlicher Kollege mir gesagt hat; daß er glaube, in den Landwirtschaftsministerien werden in den oberen Stellen die schönsten Rindvieher gezüchtet. Es ist kein höflich Wort, das dieser bäuerliche Kollege gebraucht hat, aber es wird einem diese Meinung aufgezwungen, wenn man die Tatenlosigkeit der Ministerien sieht. Ein Beweis für diese Tatenlosigkeit: Wir haben in Tirol seit Jahren voll ausgereifte Projekte für die Erbauung von großen Kraftwerken. Warum diese großen Kraftwerke nicht gebaut werden, ist ein etwas dunkler Punkt, den wir bisher nicht zu durchleuchten vermochten. Ist es das Konkurrenzmanöver der bewerbenden Gesellschaften, ist es Schlimmeres — genug, im Lande ist darüber eine einheitliche Empörung, daß das Gunwerk bei Imst, daß das Plansee-Lechwerk, daß die Werke im Ötztal nicht gebaut werden, obwohl die Baureise der Projekte bereits gegeben ist. Und wer braucht denn diese Bauten in den westalpinen Ländern? Berehrte Frauen und Männer dieses Hauses! Nicht allein die Arbeiter, die Besitzlosen, die Proletarier — nein: Diese Arbeiten brauchen ebenso notwendig die Kleinbauern, deren Feldbesitz gering ist, zur Erhaltung einer größeren Familie, und die seit Jahren gezwungen sind, einen Zuschußverdienst zu suchen. Früher gingen jährlich viele Tiroler des oberen Inntales und Pechtales in die Schweiz. Viele

gingen auch nach Südfrankreich, nach Paris, ins Elsaß, als Maurer, Hilfsarbeiter, Stuckateure. Aber heute ist die Auswanderung außerordentlich erschwert. Dazu kommt das totale Daniederliegen der Sägereiindustrie und der ganzen Holzindustrie, so daß es in den Bauerndörfern Hunderte von Arbeitslosen gibt, die darauf warten, wann endlich diese Kraftwerke in Angriff genommen werden. Hier möchte ich vor dem Hause dem Herrn Minister für Handel, Gewerbe und Verkehr sagen: Lieber Herr Minister, greifen Sie einmal in dieses Kapitel hinein, lassen Sie sich genau informieren, warum diese Kraftwerke nicht gebaut werden, und greifen Sie mit tatkräftiger Hand zu, damit endlich Arbeitsgelegenheiten im Lande geschaffen werden können!

Dann brauchen wir noch etwas, und das gehört wieder zum Teil in das Ressort des Ackerbauministeriums. Mein Vorredner und Klubfreund sprach von dem schönen Donautal. Ich bestreite dies nicht, es ist eine herrliche Gegend, aber ich lade den Kollegen ein, im Sommer einmal mit mir von Jenbach aus eine Reise durch das Achenseegebiet an die bayrische Grenze bis Tegernsee zu unternehmen und sich dann mit mir als Österreicher über den Zustand dieser Straße zu schämen, die eine Nord-Südzubringerstraße erster Klasse ist. Und wer soll die Straße erhalten, wer soll sie bauen und fördern? Das ist eine Verpflichtung des Ackerbauministeriums, weil die Forstverwaltung in dieser Gegend seit Jahrzehnten der Hauptinteressent dieser Straße ist und die Verpflichtung hat, sie zu erhalten. Ich gebe zu, daß aus den Mitteln der Forstverwaltung allein eine tadellose Straße schwer erstellt werden kann. Aber ich meine, es müßten sich doch auch das Ackerbau- und das Handelsministerium über die Bedeutung dieser Nord-Südstraße, die von München über Tegernsee hereinführt, klar werden, wenn ich Ihnen mitteile, daß am 14. September des vergangenen Jahres in Tegernsee bis 4 Uhr nachmittags 3700 Fahrzeuge gezählt wurden und am gleichen Tag keine hundert Fahrzeuge über die Grenze weiter gefahren sind, weil der Zustand der Straße so ist, daß jeder Automobilist, der sein Fahrzeug liebt, darüber entsetzt ist. Ja, das sind doch schließlich Dinge, die die Bureaucratie verstehen soll. Tirol hat während des Weltkrieges 42.000 Tote gehabt, es steht mit den Egerländern leider an der Spitze der Gebiete, die im Weltkriege die schwersten Verluste erlitten haben. In Tirol wurden in den vergangenen Jahrzehnten nur Militärstraßen gebaut, für die Tirol große Opfer bringen mußte. Nur diese Straßen wurden gebaut, und das ganze übrige Tirol wurde vernachlässigt. Es ist deshalb eine Pflicht des Staates, endlich diesen Zuständen ein Ende zu machen und nicht den armen Gemeinden die un mög-

liche Aufgabe zuzuschieben, die Grenzstraßen mit Deutschland herzustellen.

Ein anderer Straßenzug geht von Rössen über Schleching in den benachbarten bayerischen Chiemgau. Diese 2·7 Kilometer lange Straße kann nicht gebaut werden, wiewohl sie seit 30 Jahren projektiert wird, weil zwischen Land und Bund keine Vereinbarung darüber zustande kommt, welche Beitragsleistung der Bund für diese Verbindungsstraße von 2·7 Kilometer Länge übernimmt. Auf der bayerischen Seite sind das Forstamt Traunstein und die Kreisregierung von Ober-Bayern längst zum Bau bereit, haben fertige Pläne. Im Münchner Landtag wurde im Budget ein Quotenbeitrag für diesen Straßenbau bewilligt, aber die Bayern können ja erst anfangen, wenn auch auf der österreichischen Seite gebaut wird. Ich würde unseren hohen Ministerialbeamten einmal raten, in das Gebiet von Rössen und des benachbarten Ober-Bayern zu gehen und zu hören, welche Meinung über uns Österreicher in dem benachbarten Ober-Bayern besteht.

Ein anderer Straßenzug, der den Verkehr Ruffsteins ungemein beleben würde, führte von Wildbichl aus zur Ruffstein-Walchseer Straße. Diese Grenzstraße von einigen Kilometern wird auch seit Jahrzehnte besprochen, aber nie gebaut. Eine andere Tiroler Straße ist in einem entsetzlichen Zustand: die Straße von Imst westwärts gegen Landeck — direkt eine gefährliche Straße bei dem Verkehr der großen Autos, die von München, Garmisch über den Fernpaß nach Landeck und von dort nach St. Moritz ins Engadin verkehren. Auf der Schweizer Seite tadellose Straßen, auf der bayerischen Seite im Bezirk von Garmisch tadellose Straßen und das Stück zwischen Imst und Landeck eine Skandalstraße; eine andere Bezeichnung kann man für dieses Straßenstück nicht aufbringen. Nun wissen wir alle heute, daß die Automobile von ungeheurer Bedeutung geworden sind. Ins ganze oberbayerische Gebiet und in die Schweiz verkehren direkt von den großen Städten Deutschlands die Gesellschaftswagen, sie bringen die Fremden direkt in die Hotels, zu meist zehntägigem Aufenthalt. Dort in diesen Gebieten ist alles überfüllt, während man uns ausweichen muß, weil die paar Kilometer Straßenzüge nicht gebaut werden können.

Ja, es wird hoch an der Zeit sein, daß man in Österreich etwas mehr von Wirtschaft redet! Ich habe mich gestern gefreut, als der Herr Abg. Vinzl und ein Abgeordneter der christlichsozialen Partei wirtschaftliche Töne angeschlagen haben. Lange genug hat uns das Gepolter der Heimwehrbewegung im Auslande lächerlich gemacht, lange genug unseren Kredit geschädigt und ungeheure Summen österreichischen Kapitals ins Ausland verdrängt. (Dr. Hueber: Der 15. Juli 1927!) Das ganze Geld ist verdrängt, Wien die ehemalige Börse- und Finanz-

stadt wurde zum Kleinhändler gegen Zürich, Bern, Basel, Genf. (Werner: Sie haben ja selber Kapitalien in Zürich!) Ich habe keine. Wollen Sie mich aufklären? (Werner: Das ist satzsam bekannt!) Satzsam bekannt? Alles, sage ich Ihnen mit Dr. Bauer, alles Kapital, das ich in der Schweiz habe, gehört jetzt Ihnen, aber mit der Bedingung, es den Kitzbühler Ortsarmen zu geben! Wenn Sie nichts anderes wissen — gestern ein ehemaliger Minister, heute ein junger Abgeordneter —, als solche Behauptungen und Verleumdungen aufzustellen, dann werden Sie selbst dazu beitragen, daß Sie bald verschwinden. (Pölzer: Verleumden ist ihr Hauptberuf! — Lebhaftige Gegenrufe.)

Hohes Haus! Die Geldsummen, die dem österreichischen Wirtschaftsleben entzogen worden sind, sind ungeheuer, und die Abwanderung des Kapitals ist auch die Ursache und die Erklärung, warum der Zinsfuß bei uns so hoch ist. Was vollzieht sich denn bei uns in Österreich via Schweiz? Im Gasteiner Tal führen Schweizer Firmen Kalt- und Warmwasserleitungen aus. Wissen Sie, warum? Darum, weil die Schweizer Banken ein bestimmtes Betreffnis Leihkapital einer Industrieförderung zuführen und jener Schweizer Firma, die im Auslande Arbeiten ausführt, billigen Industriefredit zur Verfügung stellt, so daß sich folgendes vollzieht — das bitte ich insbesondere dem Herrn Kameraden Vinzl zu beachten —: Eine Schweizer Firma führt in Österreich diese Installationsarbeiten aus, bekommt das Kapital für den Einkauf von Rohmaterial, für die Durchführung der Arbeit von der schweizerischen Geldstelle für 4 Prozent und leiht dann demjenigen, der die Arbeit ausführen läßt, auf drei Jahre dieses Kapital zu 6 Prozent. Er verdient also an der Arbeit und am Kapital, und der unterlegene österreichische Mitbewerber, der die Arbeit ausführen wollte, sollte an seine Bank 11 Prozent für das Kapital, das er zur Ausführung dieser Arbeit braucht, bezahlen. Es ist klar, daß bei einem solchen Wettbewerb der Ausländer den Sieg davon tragen muß, denn eine Spannung von 13 Prozent ist bei der Ausführung solcher Installationsarbeiten nicht zu ertragen.

Solche Erscheinungen haben wir nun viele. Es wird also gut sein, wenn die hauptstädtische Presse, die nicht wenig zu diesem Heimwehrgetöse beigetragen hat, endlich einsichtiger wird. Die Bauern sind durch die harte Not des Tages gezwungen, wirtschaftlich zu denken. Es wird gut sein, wenn die hauptstädtische Presse, die in Verblendung gegen die Arbeiter diese Heimwehrbewegung lange Jahre gefördert hat, nun Umkehr hält, und es wird gut sein, wenn sich die Wiener Finanzkreise fragen, wer Wien zu diesem toten Platz gemacht hat. Ich glaube, wir werden sehr bald ein Ende dieser ganzen Bewegung erleben, weil die furchtbare Wirtschaftskrise alle Kreise zwingt, ernst zu denken. Heute wird in Zins-

brück ein Heimwehrführerkampf ausgefochten, wo diese sonderbaren Friedoline des Heimatschutzes heute in Innsbruck durch Gendarmen, Militär und Polizei daran gehindert werden müssen, sich gegenseitig tot zu schlagen. (*Zustimmung und Heiterkeit links.*) Ich hoffe, daß es heute Mitternacht in Innsbruck nicht dazu kommt, daß es einige hundert Tote gibt — man hat ja die Waffen nur den Arbeitern weggenommen, Ihre Gruppen sind bewaffnet geblieben —, ich hoffe, daß dieses Malheur nicht passiert, daß aber die illustre Tatsache, daß die Heimatwehrleute durch Gendarmen, Militär und Polizei gehindert werden müssen, sich gegenseitig aufzufressen, der verdiente Todesstoß für diese irrsinnige, für diese staats-schändende Bewegung sein wird. (*Beifall links.* — *Dr. Hueber: Sie freuen sich zu früh! — Zwischenrufe.*)

Zelenka: Hohes Haus! Bei Behandlung des Kapitels Post und Telegraph war Gelegenheit, eine Anzahl von Beschwerden über Mißstände, die in diesem Betrieb offensichtlich zutage getreten sind, zu besprechen. Der Herr Handelsminister hat uns, soweit er die Anfragen beantworten konnte, Aufklärung gegeben und versprochen, uns über die nicht mündlich beantworteten Fragen schriftliche Mitteilungen zukommen zu lassen. Ich muß konstatieren, daß die Antworten rascher gekommen sind, als man nach den bisherigen Erfahrungen erwarten konnte. Sie sind tatsächlich bereits einige Tage später eingelaufen. Ich muß aber sagen, daß diese Fragen wieder im Sinne der herrschenden Bureaucratie beantwortet wurden. Wir wissen ganz gut, daß der verantwortliche Minister, der das Ressort leitet, nicht selbst die Angelegenheiten untersuchen kann, die man ihm vorlegt. Es tritt dabei aber eines zutage, daß die Angeklagten, die die Verwaltung führen, die Anklageschriften selbst beantworten, sie werden sie natürlich so beantworten, wie sie es für gut halten, aber sie nicht so behandeln, daß die Beschwerden, die vorgebracht werden, auch wirklich behoben werden.

Es wurde besonders ausführlich darüber gesprochen, daß wir uns im Vorjahre in einer Wirtschaftskonferenz, die die Regierung einberufen hatte, bemüht haben, Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorzuschlagen. Gerade im Betriebe des Telegraphen- und Telephonwesens, wo so viel Investitionskapital seit Jahren zur Verwendung gelangt, wo die Möglichkeit wäre, Arbeiten hinauszugeben, wird in einer geradezu verbrecherischen Art — ich muß es so nennen und wiederhole es: in verbrecherischer Art — vorgegangen, wird derartig gespart, daß sich so viele Unfälle seit einigen Jahren ereignen konnten. Im Jahre 1930 hat man nicht weniger als fünf Todesfälle an der Arbeiterschaft verbuchen, die nicht notwendig gewesen wären,

wenn man vorher die verfaulten und vermorschten Säulen, die bei den Fernleitungen des Telephons und Telegraphen zur Verwendung kommen, ausgetauscht und sonstige Schutzvorkehrungen bei den anderen Arbeiten getroffen hatte. Wir leben in einer furchtbaren Zeit, alles bemüht sich, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, aber dort, wo man sie eindämmen könnte, wird nichts dagegen gemacht oder nur halb, so wird alles zuschanden, weil diese Verwaltung mit einer Hypertrophie von Bureaucraten arbeitet, die immer ärger wird, ja sogar ärger ist als die Verhältnisse der Friedenszeit. Störungen im Telephonwesen werden oft tagelang nicht behoben, die Abonnenten klagen darüber, die Klagen werden aber nicht aus der Welt geschafft. Ja, das Personal wird beauftragt, absichtlich, wie in Graz zum Beispiel, zurückzuhalten, so daß die Schäden nicht behoben werden können. Man sieht auch, daß trotz aller Vorschriften und Sicherungsmaßnahmen, die jeder andere Gewerbetreibende durch die Überwachung seitens der Gewerbeinspektorate gesetzlich einzuhalten gezwungen wird, der Dienst in diesem Betriebe des Staates so mit vielen Opfern in Unfällen gehandhabt wird, nur daß man Ersparungsmaßnahmen durchführen kann, um wieder Arbeiter abbauen zu können. Ich habe schon im Ausschusse, Herr Minister, nachgewiesen, daß Dienstleistungen vorkommen, die nicht notwendig sind, und ich konnte andererseits nachweisen, daß infolge der Ersparungen an Personal geradezu schauerliche Unglücksfälle eintreten. Im Semmeringgebiet hat sich im vorigen Jahre, weil an der Arbeiterschaft gespart wird, ein technisches Organ einen arbeitslosen Forstarbeiter zur Hilfe gerufen, damit er mit ihm die Störungen an einer Leitung repariere. Der Mann, der nicht abgerichtet war, ist von der Säule abgestürzt, ist dann an den Steigeisen hängengeblieben und konnte erst, nachdem er zwei Stunden lang geschrien hatte, aus dieser Lage befreit werden. Ich habe nachgewiesen, daß sich die Unfälle steigern, daß Leute, die schweren Unfall erlitten haben, nach zehnjähriger Dienstzeit zu Weihnachten rücksichtslos herausgeschmissen wurden, wie zum Beispiel ein Arbeiter in Salzburg, dem im Dienste der Kopf eingeschlagen wurde, der noch dazu Familienvater ist. Wenn man darüber spricht, bekommt man zur Antwort, es werde schon alles getan werden, daß den Arbeitern und besonders solchen Opfern des Betriebes ihr Recht gewahrt werde. Ich bin überzeugt, daß sich der Herr Minister bemüht, solchen Dingen entgegenzutreten, aber so rasch ich auch die Antwort bekommen habe, Herr Minister, sie entspricht nicht den Tatsachen. Da wird mir mitgeteilt, daß für Oberösterreich und Salzburg zusammen 54 kollektivvertragliche Arbeiter des Telephonwesens noch weiter im Dienste bleiben werden. Zur selben Zeit, als ich den Brief erhalten habe, standen aber nur mehr

21 Arbeiter im Dienste, und nach den Entlassungen am Samstag werden in Oberösterreich und Salzburg bloß sechs Arbeiter beschäftigt sein. Ist das möglich? Seit Jahren bringt man die Verhältnisse der Telegraphenarbeiter vor, es wird viel versprochen, und dann setzt man sich wieder über alles hinweg. Die Unfälle sind derart angewachsen, daß es Hunderte von Verletzungen gibt. Was macht man? Es bleibt alles beim alten. Man hat eigentlich nichts anderes vor, als alle Arbeiter des Fernsprech- und Telegraphendienstes hinauszuschmeißen, sie dann aber wieder frisch aufzunehmen. Das bedeutet, daß Leute bis zu zehn und zwölf Dienstjahren wieder mit dem tiefsten Lohn anfangen müssen und den Anspruch auf Urlaub verlieren. Ich muß doch fragen, ob dieser Skandal nicht endlich einmal behoben werden wird. Alle Direktionen machen, was sie wollen, und wenn man den Generaldirektor selbst fragt, weiß er nichts davon, ich glaube es, weil man ihn selbst zum besten hält. Das ist eine Vorgangsweise, die selbst der schäbigste Privatunternehmer nicht beobachten würde. Überall wird die Frage aufgeworfen, was denn mit den abgebauten Leuten geschieht und wie man sich dagegen wehren soll, daß die allgemeine Arbeitslosigkeit so anwächst. Man sieht, mit welchen Absichten gearbeitet wird, und das in einem Betriebe, bei dem ohnehin durch die Umstellung des Betriebes infolge der Automatisierung von 17.000 Angestellten nach zehn Jahren kaum mehr 7000 übriggeblieben sind. Alle Beschwerden der Personalvertretung scheitern an der Bureaucratie dieses Betriebes. Das schönste war, daß man lange der Personalvertretung sogar Unfälle verheimlichte, Daten verweigerte, obwohl die Verwaltung die Pflicht hätte, sie bekanntzugeben. Es wurde lange die Auskunft darüber verweigert, wieviel Unfälle im Jahr vorkommen. Man muß sich schon sehr schuldig fühlen, wenn man die Zahl der Unfälle nicht bekanntgeben will, während man sich selbst wegen der Unfallverhütung an die Bediensteten wendet, damit sie mithelfen, die Arbeiter aufklären, im Dienst vorsichtig zu sein.

Nun haben wir jetzt durch die Schneefälle eine Katastrophe erlitten. Was sich da abgespielt hat, ist früher wohl nicht einmal in einem Balkanstaat oder sonstwo vorgekommen. Wir wissen ja, daß früher unsere Leute oft sogar vom Ausland gesucht worden sind, um die dortigen Einrichtungen auf ein besseres technisches Niveau zu bringen. Ja, auch jetzt kommt man und sucht österreichische Bedienstete, so zum Beispiel nach Persien usw. Heute herrschen aber hier Verhältnisse, die schon lächerlich wirken müssen. Vielleicht bildet man sich ein, damit etwas zu ersparen. Aber in Wirklichkeit erspart man gar nichts. Das wird sich rächen. Was macht man? Man hat einer privaten Telephonautomatengesellschaft, deren Konzession im Jahre 1926 abgelaufen ist, eine neue

Konzession bis 1952 gegeben; der Herr Minister hat mir mitgeteilt, es sei richtig, daß in der Kriegs- und Nachkriegszeit die Telephonautomatengesellschaft in eine äußerst prekäre Lage gekommen war und daß in die Konzession verschiedene Bestimmungen aufgenommen worden sind, für die unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Voraussetzungen zum großen Teil nicht mehr gegeben sind. Nun, das ist damals gemacht worden, weil es im Telephonwesen wie bei allen Untern war, daß die Sektionschefs und Räte zu den Banken und Privatgesellschaften hinübergeschwommen sind. Das sind eben die Doppelverdiener, von denen immer gesprochen wird, von denen die Fäden bis zur Regierung reichen und die immer geschützt werden. Das war aber 1926 nicht mehr notwendig, acht Jahre nach dem Kriege. Ich habe im Ausschuß berichtet, daß man sich bei der Telephondirektion in Niederösterreich vor Weihnachten den Kopf zerbrochen hat, wie man wöchentlich 2500 S ersparen könnte, weil angeblich die notwendigen Mittel in einem Betriebe nicht vorhanden sind, in den seit Jahren Hunderte von Millionen investiert werden. Man mußte also im Monat 10.000 S ersparen. Wie hat man das gemacht? Man hat vor Weihnachten die Arbeiter hinausgeschmissen, die schon zehn oder zwölf Dienstjahre hatten, die ein Anrecht darauf hatten, einmal definitiv zu werden. Aber auf der anderen Seite erfährt man, Herr Minister, daß dieser privaten Telephonautomatengesellschaft neuerdings wieder entgegengekommen worden ist, abgesehen von den unerhörten Konzessionsbestimmungen, die Sie selbst zugegeben haben. Es sollen in Wien über 400 neue Telephonzellen eröffnet werden. Das ist sehr gut. Das hätte der Staat selbst machen können. Da man aber doch ohne Beleuchtung nicht im Telephonbuch nachsehen kann, sollen diese Telephonzellen beleuchtet werden, und zwar soll die Beleuchtung automatisch von der Telephonzentrale aus so erfolgen, daß, wenn jemand die Zelle betritt und den Schalter aufdreht durch verschiedene Mechanismen, Vorwähler in der Zentrale, der Strom in die Zelle zur Lampe geführt wird und diese dadurch Licht erhält. Die Einrichtungen hiezu, die für die 400 neuen Telephonzellen, auch für die schon bestehenden, gebraucht werden, hat der Staat bestellt, er hat sie bezahlt und läßt sich jetzt den Betrag hierfür in zehn Jahresraten von der privaten Telephongesellschaft zurückzahlen. (Hört! Hört! links.) So geht man vor. Wegen 2500 S müssen die Familienerhalter abgebaut werden, und der Skandal wird immer größer, auf der anderen Seite ist es aber in diesem Staate nicht möglich, solche geradezu korrupten Erscheinungen, die man überall in vielen Staatsbetrieben und Ämtern trifft und auf die man überall stoßt, zu beseitigen. Das wird ruhig gemacht. Die Bureaucraten können das alles so machen,

weil sie zuviel seit all den Jahren von den verschiedenen Stücklein wissen, die sich die bürgerlichen Regierungen geleistet haben.

Man bekommt wirklich rasch schriftliche Antworten auf die vorgebrachten Beschwerden. Ich bin dem Herrn Minister sehr dankbar, die Antworten waren sehr rasch, aber sie sind nicht richtig.

Auch die sonstigen Vorkehrungen, die getroffen werden sollen und die jeder Privatunternehmer einhalten muß, wenn die Arbeiterschaft oder die Angestellten einen Dienst leisten, der gesundheitschädlich ist, sind unzureichend. Es besteht auch in diesem Dienst die Möglichkeit, daß Leute an Bleivergiftungen erkranken. Daß die Vorschriften von den Privatunternehmern eingehalten werden, wird streng überwacht. Bei der Telegraphendirektion Wien hat sich ein Beamter erlaubt, den bestehenden gesetzlichen Vorschriften entsprechend Vorschläge zu machen und Anordnungen zu treffen. Dem Beamten ist das schlecht gelohnt worden. Ich habe das schon im Ausschuß erwähnt und hierüber folgende Antwort bekommen: „Bei der Telegraphendirektion in Wien wurde die Angelegenheit, betr. Vorkehrungen zur Verhütung von Bleierkrankungen, bereits behandelt.“ Das habe ich nicht bestritten, daß sie behandelt wurde, sondern ich habe gesagt, daß sie so behandelt wurde, daß der betreffende Beamte, der das angeordnet hat — es war ein akademischer Beamter, ein Ingenieur —, sich die Ungnade der Generaldirektion zugezogen hat, weil er verlangt hat, daß diesen Leuten Handtücher und Seife gegeben werden sollen. Nach den bestehenden Vorschriften sollen auch noch andere Vorkehrungen getroffen werden, die jeder Privatunternehmer durchführen muß. Aber im Telegraphenbetrieb ist es nicht möglich, diese Verhältnisse aus der Welt zu schaffen, die auch in den anderen Staatsbetrieben herrschen. „Am 4. Februar ist der Telegraphendirektion ein Bericht zugekommen, der unverzüglich in Verhandlung gezogen wurde“, heißt es in der Antwort.

Die Antwort hätte man sich ersparen können, die hätte man in dieser Art nicht geben dürfen. Ich mache Ihnen, Herr Minister, und dem Generaldirektor keinen Vorwurf, weil ich weiß, daß Sie das beste Bestreben haben, diesen skandalösen Zuständen ein Ende zu machen, die wirklich nicht länger aufrechterhalten werden können.

Wenn ich auch sofort eine Antwort wegen der Einführung des Zeittarifs bekommen habe, so muß ich auch hier sagen, daß das, was hier in der Antwort steht, nicht richtig ist. Ich habe gesagt, es ist ein Malheur, daß der Zeittarif nicht eingeführt wird. Man hat im Anfang mit dem Zeittarif, der in Deutschland seit längerer Zeit sehr gut funktioniert, eines machen wollen: Um die Überschreitungen, die

in diesem Betriebe infolge der Investitionen notwendig geworden sind und die auch deswegen eingetreten sind, weil man eben die Einkünfte aus der Erhöhung der Post- und Fernspreckgebühren nicht im erwarteten Ausmaß bekommen hat, weil die Geschäftswelt das nicht mehr bezahlen konnte, hereinzubekommen, wollte man, daß nicht nur die Gespräche gezahlt werden, die der Anrufende einleitet, sondern auch die sogenannten passiven Anrufe. Man hat durch Monate hindurch Überstunden gemacht, Druckmaschinen wurden angefertigt, man hat alles vorbereitet, aber wie es zur Einführung dieses Tarifs kommen sollte, ist der Auftrag gegeben worden: Vor dem 9. November 1930 nicht. Damit ist gegenüber den sozialdemokratischen Gewerbetreibenden agitiert worden. Ich muß aufrichtig bedauern, daß eine so wichtige Frage, die für den Abonnenten, der den Fernsprecher benutzt, eine solche Bedeutung hat, zu einem Politikum gemacht wurde. Man antwortet mir, es haben sich die Arbeiterkammer, die Handelskammer und die Landwirtschaftskammer damit beschäftigt — das wissen wir ja, das ist keine Antwort, Herr Minister! (*Bundesminister Heintl: Die Frage ist sicherlich noch nicht geklärt!*) Ich habe verlangt, Sie sollen das verhindern, wenn so etwas gemacht wird, soll man der Verwaltung sagen, sie möge nicht monatelange Vorbereitungen treffen, wobei in einem Amt, wie ich errechnet habe, über 3000 S für Überstunden und Druckkosten verpulvert wurden. 2500 S für Bezahlung von Arbeiterlöhnen hat man nicht gehabt, darum mußten vor Weihnachten Arbeiter ihr Brot verlieren, aber für Druckkosten usw. waren 3000 S da. So kann das doch nicht weitergehen.

Ich nehme die Mitteilung zur Kenntnis, daß die Beschuldigung, bei der Kabelegung im oberen Innatal sei, wie ein Hofrat selbst sagte, gestohlen worden, auf die Weise erledigt wurde, daß der Staatsanwalt von Innsbruck erklärt, er habe keinen Grund, gegen diese Verdächtigungen einzuschreiten. Es war ein Glück, daß diese Sache der Staatsanwaltschaft Innsbruck übergeben wurde! Weil sich dort alles abgespielt hat, hat sie jetzt keinen Grund mehr, gegen Ihre vielleicht eigenen Freunde einzugreifen. Aber wenn sogar ein so hoher Beamter wie ein Hofrat nachweist, daß Löhne an Arbeiter bezahlt wurden, die nicht existierten, dann ist damit der Skandal für uns noch lange nicht erledigt, Herr Minister. Wenn Angestellte und Arbeiter sich nur eine kleine strafgerichtliche Verfolgung wegen irgendeiner Sache zuziehen, sagen wir wegen Motorradunfälle oder anderes, da sind die Disziplinarkommissionen gleich bei der Hand, und die Betroffenen werden pensioniert, eventuell sogar mit gekürzter Pension, aber hier haben die Herren nur Verwarnungen erhalten. Der Rechnungshof sagt, die Nachforschungen seit dem Jahre 1927 kosten schon zu viel, weil die

Generaldirektion trotz wiederholter Aufforderungen keine Auskünfte geben will. Man verlangte von den bürgerlichen Parteien, daß die Gebarung der Gemeinde Wien kontrolliert werde, und hier verweigert sogar ein Bundesamt, die verlangten Belege vorzulegen. Solche Verhältnisse haben sich in der Bureaukratie herausgebildet!

Und dann die Antwort des Ministers wegen der Abtragung und neuerlichen Spannung einer Leitung Wien—Budenburg, eine wahre Köpenickiade, von der man wirklich sagen könnte, die ganze Welt müßte uns auslachen, wenn es nicht so traurig wäre. Da war eine Leitung von Wien nach Bernhardsthal, freiliegender 3-Millimeter-Bronzedraht. Sie wurde nicht benutzt, und die Eisenbahnverwaltung fragte an, ob sie sie haben könne. Die Generaldirektion der Post- und Telegraphenverwaltung antwortete: Ja, zu 80 Prozent des Materialwertes, sie kostet 40.000 S. Das war der Bundesbahndirektion zu viel, und die Telegraphenverwaltung hat die Leitung abgetragen. Ein paar Wochen später wird sie wieder mit einem Aufwand von 70.000 S aufgebaut. (*Hört! Hört!*) Warum die Leitung nachträglich wieder benötigt wurde, entzieht sich unserer Beurteilung, schreiben Sie, Herr Minister. Nun Sie sind ja auch Aufsichtsorgan der Bahnen, lassen Sie doch Ihre Verkehrssektion arbeiten . . . (*Bundesminister Heintl: Das werde ich machen!*) . . . Da ist eine Hypertrophie an Sektionschefs, Ministerialräten und Hofräten, haben denn die Herren so viel zu tun? Hätten Sie in Ihre Antwort hineinschreiben lassen: Nachdem ich selbst als Aufsichtsbehörde im Hause sitze, habe ich den Auftrag gegeben, den Fall zu untersuchen, bei dem auf alle Fälle 30.000 S verlorengegangen sind. Vom Standpunkt der produktiven Arbeitslosenfürsorge könnte ich ja sagen: Seien wir froh damit, lassen Sie noch ein paar solcher Leitungen abtragen und wieder aufbauen! Aber Arbeiter dürfen Sie dann nicht entlassen. 2500 S dürfen bei einer solchen Verwaltung keine Rolle spielen, wo es sich um Familien handelt, die ja dann die Arbeitslosenfürsorge in Anspruch nehmen müssen und ihre Arbeitslosenunterstützung, die die Arbeiter und Unternehmer bezahlen müssen, erhalten.

Es sind mehrere solche Beantwortungen erfolgt, ich will aber nicht auf alle eingehen. Ich sage nur eines, Herr Minister: Ich bin Ihnen sehr dankbar für die rasche Beantwortung, aber Sie haben selbst im Ausschuß versprochen, daß die skandalösen Zustände, die ich aufgedeckt habe, beseitigt werden. Ich werde das, was ich vorbrachte, beweisen, ich stehe jederzeit zur Verfügung. Ich habe Ihnen bereits gesagt, Herr Minister, nehmen wir uns einen Wagen und fahren wir einmal hinaus, zum Beispiel in das Burgenland. Es ist ein Skandal, was wir dort für Fernleitungen haben, es ist eine Schande für die österreichische Fernsprechverwaltung. Ich habe Ihnen

gesagt, Herr Minister, lassen wir uns versichern, wenn wir ein Objekt betreten, nicht vielleicht, weil wir beide so schwer sind, Herr Minister (*Heiterkeit links*), sondern weil sich niemand hinauftraut auf das Dach, um das anzuschauen. Aber gehen wir gar nicht in das Burgenland, sondern bleiben wir hier in Wien, da sind allein noch zirka 2 Millionen Meter alte provisorische Leitungen. Noch dazu in der Hauptstadt! Ist das notwendig? Wir schreien ja immer, daß wir Arbeit suchen wollen. Wenn der Staat nicht dazu schaut, um Arbeit heranzugeben, wie soll dann überhaupt Arbeit geschaffen werden? Man hat in der Telegraphenverwaltung im Vorjahre erklärt, man kann nicht weiterarbeiten, es sei kein Geld, kein Kredit da, der Völkerbundkredit sei zu teuer. Im Finanzgesetz sieht man, daß für die Bundesbahnen und die Fernsprechverwaltung jetzt Kredite von 131 Millionen Schilling errechnet wurden. Das Ganze ist eine Augenauswischerei, eine leichtsinnige, frivole Sache. Die Verwaltung hat gewußt, sie muß das Geld nehmen — denn sie bekommt ja kein anderes —, und trotzdem hat sie die Leute hinausgeschmissen. Auf der anderen Seite nimmt sie immer mehr Akademiker auf und macht sich neue Arbeit. Ich kann Ihnen ja erzählen, was für Arbeit sie sich macht. Es gibt an den Telephonapparaten Kurbeln, und nun gibt es noch Apparate, welche zwei Kurbeln haben. Bei vielen sind, wo zwei waren, dieselben abgenommen worden und werden als Altmaterial verkauft. Im Telegraphenzugsdepot kommen die Alteisenhändler hin und kaufen das auf. Nun hat irgendein Bureaukrat eine Beschäftigung gesucht und hat einen Erlaß herausgegeben: Es muß gesahndet werden nach der zweiten Kurbel, damit man sie verg Gebühren kann, nur damit man ein neues Amt hat. Das sind doch Skandale, die nicht mehr geduldet werden können. Es gibt technische Kontrollen, die Angestellten nennen sie Saharaexpeditionen.

Ich kann Ihnen auch diese Saharaexpeditionen erklären. Um die Leute zu schikanieren, hat man technische Kontrollen eingerichtet. Da geht ein Hofrat mit vier Beamten, der mindeste von ihnen ist ein Telegrapheninspektor, also ein Beamter der V. Dienstklasse, zu vergleichen mit Majorsrang. Sie haben ein Zeißfernrohr, einen Apparat, sie gehen schauen, wo auf irgendeinem Dach eine Telephonpartie arbeitet. Ich möchte es ihnen vergönnen, so auf den Dächern zu arbeiten, besonders im Sommer, wenn die Dächer zu Bleidächern von Venedig werden. Da schauen sie nun mit dem Fernrohr, ob der Mann vielleicht gerade nicht arbeitet oder sie photographieren ihn, vielleicht sieht man ihn essen oder vielleicht kann man ihn auch bei einer anderen Verrichtung überraschen. Diese Saharaexpedition arbeitet eine halbe Stunde, schindet Diäten, dann gehen sie nach Schönbrunn spazieren, da sind sie gesehen worden, wie sie zum Affenkäfig gegangen

sind. Ich weiß nicht, ob sie den Photographenapparat benutzt haben, um vielleicht durch Aufnahme der Affen ihre eigene Physiognomie zu photographieren.

Herr Minister, das muß jetzt ein Ende nehmen, wenn Sie nicht haben wollen, daß die Leute in ihrer Verzweiflung zur Notwehr greifen und sich, ohne Unterschied der Partei, Abhilfe schaffen. Da sind sie alle schon einig, ob rot, ob weiß oder blau. Das System ist nicht mehr zu ertragen, das muß abgeschafft werden. Ich bitte, ich werde Ihnen auf diese Antworten gleich wieder eine Antwort geben.

(Minister Heinl: Wir werden Gelegenheit haben, zusammen alle diese Antworten zu überprüfen!)

Ich bitte, ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Minister! Ich will nur diese Feststellungen machen, damit es nicht heißt, ich hätte etwas Unrichtiges über den Abbauerlaß gesagt. Also, wir werden ja sehen.

(Bundesminister Heinl: Ja, in den nächsten Tagen!) Da heißt es nun, daß nur ein Erlass wegen des Abbaues herausgegeben worden sein soll; es gibt aber einen zweiten, von dem man Ihnen, Herr Minister, keine Mitteilung gemacht hat.

Man kann, Herr Minister, diese Zustände nicht bestehen lassen, weil sonst die Arbeiter und Angestellten es nicht mehr aushalten. Es wird daher notwendig sein, hier Ordnung zu machen, und ich bin überzeugt, daß eine Form gefunden werden kann, die es ermöglicht, zu klaren Feststellungen zu gelangen und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Erst wenn das geschieht und wir hier deutliche Erfolge werden aufweisen können, werden sich auch die Verhältnisse bessern.

Ich habe zu diesem Kapitel 2 Anträge gestellt, die einerseits die Anrechnung der Vordienstzeiten bei Beamten aus dem Arbeiterstande, andererseits den Abbau der Telephonbeamtinnen betreffen. Darüber habe ich im Ausschusse ausführlich und meine Parteifreundin Frau Abg. Floßmann hier im hohen Hause gesprochen, und ich selbst habe im Ausschusse nachgewiesen, wie man hier vorgeht und was sich da abspielt. Ich möchte jetzt nur noch feststellen, daß der Herr Generalberichterstatter in seinem Bericht über das Bundesfinanzgesetz auf Seite 3 einen Wortlaut gewählt hat, der nicht ganz den Vereinbarungen entspricht. Es ist da im letzten Satz des vierten Absatzes eine Undeutlichkeit eingetreten, und da ich seit 25 Jahren weiß, in welchem Maße innerhalb der österreichischen Finanzbureaucratie das Schicksal tausender Menschen oft von dem Wörtchen „es könnte“, „es kann sein“, „es wird sein“ abhängig war und welche schwere Nachteile den Beamten in der Monarchie, aber auch gegenwärtig aus solchen Fassungen erwachsen sind, lege ich Wert darauf, hier eine Klarstellung vorzunehmen. Es heißt hier (liest): „Bezüglich des weiteren Teiles dieses Antrages sowie bezüglich des Antrages, betr. den ferneren Abbau im Fernsprechdienste, verwies der

Bundesminister für Finanzen auf seine Erklärungen zu den schon zurückgezogenen Entschließungsanträgen und gab weiter die Erklärung, er werde überdies veranlassen, daß die Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung als Unternehmer eine Fühlungnahme mit der Personalvertretung in ihrem Bereich bewerkstellige.“

Das hat aber gar keinen Sinn, weil die Personalvertretung das ja schon seit Jahren angestrebt hat. Es wurde ausgemacht, daß es heißen soll: der Bundesminister wird veranlassen, daß die Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung als Unternehmer einerseits und die Personalvertretung andererseits eine Fühlungnahme mit dem Bundesministerium für Finanzen bewerkstellige. Denn es hat keinen Wert, wenn die Personalvertretung mit dem Unternehmer spricht, der diese Forderungen ja schon wiederholt abgelehnt hat, unter Hinweis auf das Finanzministerium, sondern es muß hier der Finanzminister verhandeln, damit seine Zusagen erfüllt werden. Ich mache diese Feststellung, damit sich die Herren des Bundesministeriums für Finanzen nicht bei eventuellen Verhandlungen auf diese Fassung berufen können. Obwohl ja auch manche Resolution, die hier einstimmig beschlossen wurde, vom Bundesministerium für Finanzen nie durchgeführt worden ist, ohne daß sie dafür einen Grund hätten angeben können, benutzen die Beamten des Bundesministeriums für Finanzen doch, wenn es sich um Personalangelegenheiten handelt, jede Gelegenheit, um sich auf solche Feststellungen in einem Bericht oder in einer im hohen Hause gehaltenen Rede zu berufen. Ich nehme deshalb diese Feststellung vor und werde mich in dieser Angelegenheit auch noch an den Bundesminister für Finanzen wenden.

Wir haben im Ausschusse noch einen Antrag gestellt, der abgelehnt und von uns als Minderheitsentschließung zu Kapitel 8, Titel 1, „Post- und Telegraphenanstalt“, angemeldet wurde. Er ist auf Seite 4 des Berichtes ersichtlich. Die Dienstanzweisung 6407/1925 schreibt vor, daß die Post-, Telephon- und Telegraphenangestellten ein Viertel aller Kranken- und Urlaubstage durch Zusammenlegung der Dienste und Verlängerung der Dienstzeit, also durch Mehr- und Überarbeit, hereinzubringen haben. Seit Jahren bemühen wir uns, voran die Post- und Telegraphenzentralausschüsse, Verhandlungen darüber herbeizuführen, daß diese Dienstanzweisung 6407 beseitigt wird, weil sie zu so vielen mißdeutlichen Anwendungen der Herren Amtsvorstände Anlaß gibt und zu Verhältnissen führt, die sonst in keinem Privatbetrieb möglich sind. Wir verlangen auch, daß den Vertragsangestellten und Kollektivvertragsarbeitern nach einjähriger ununterbrochener Dienstzeit Dienstkleider zur Verfügung gestellt werden sollen. Schauen Sie, diese Leute bei den Post- und Telegraphenämtern, die

bei diesen Telephonpartien und in den Postämtern Dienst machen müssen, zerreißen und beschmutzen ja so viele Kleider! Wie kann sich denn das der arme Teufel von dem bescheidenen Verdienst leisten? Wir können doch nachweisen, daß der Großteil der Post- und Telegraphenbediensteten, auch wenn sie schon Beamte sind, bis zu 15 Jahren Dienst machen müssen, bevor sie endlich mehr als 170 S monatlich bekommen. Wie können sie sich denn da die vielen Kleider, die sie für den Dienst brauchen, kaufen? Das wird immer wieder abgelehnt. Die Mehrheit hat auch heuer wieder dieses bescheidene Verlangen — denn es kann sich das doch wirklich keiner leisten — abgelehnt.

Es wird von uns auch immer verlangt, daß endlich den Leuten, die Kurse machen, Erleichterungen geboten werden. Wenn jemand bei uns im Dienst ist, turnusmäßig Tag und Nacht Dienst, oft jeden zweiten oder dritten Tag Tag und Nacht durch und durch Dienst macht und dann eine vorgeschriebene Prüfung machen muß, muß man doch dem Beamten oder der Beamtin eine Erleichterung gewähren. Auch das wird abgelehnt.

Es wird auch von uns verlangt, daß — eines der traurigsten Kapitel! — die Postexpedienten und Stundenlöhner endlich einen Urlaub bekommen. Das sind Leute bei den Landpostämtern, die vielleicht auch einen Nebenberuf haben, aber doch hauptberuflich die Postgeschäfte zu versehen haben. Es ist ganz ausgeschlossen, auch nur zu erreichen, daß man die ganzen Dienstjahre zusammenzieht und ihnen nur den kleinsten Urlaub geben würde. Das wird immer wieder abgelehnt.

Ich habe das neuerdings hier besprochen, um Sie, bevor Sie den Minderheitsantrag ablehnen, noch einmal aufzuklären, worum es sich denn handelt, und Sie noch einmal zu bitten, diesen Minderheitsantrag nicht abzulehnen, sondern anzunehmen. Es käme das tausenden armen Beamten zugute, nicht höheren Beamten, sondern auch draußen in den Ländern Leuten, die bei der Post schweren Dienst versehen und von denen Sie wissen, daß sie schlecht bezahlt sind, so daß Sie unseren Minderheitsantrag unterstützen sollten, damit diese Leute auch endlich zu ihrem Recht kommen. *(Lebhafter Beifall links. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Straffner den Vorsitz übernommen.)*

Witzany: Hohes Haus! Unter den vielen Verkehrsfragen, die heute hier erörtert worden sind, steht eine an ganz wichtiger Stelle, das ist die oberösterreichische sogenannte Boralpenstraße. Es ist ganz begreiflich, daß die dringenden Forderungen der Ländervertreter hier in diesem Hause letzten Endes dazu geführt haben, daß von Jahr zu Jahr etwas höhere Beiträge dem Bundesminister für Handel und Verkehr zur Verfügung gestellt worden sind; trotzdem

reichen diese Beiträge aber nicht aus, um alle wichtigen Straßen-, Brücken- und Hochbauten, deren Durchführung gefordert wird, in rascherem Zuge zu vollenden. Es ist bezeichnend, daß gerade diese Regierung in diesem Jahr, wo die Arbeitslosigkeit so außerordentlich groß ist, für Investitionskredite um 18,3 Millionen Schilling weniger in das Budget einstellt als im vorigen Jahr. Es sind 171,600.000 S in dem Budget für Investitionsarbeiten eingestellt, gewiß ein großer Betrag, der aber bedeutend vermehrt werden könnte, wenn die Regierung nur wirklich den richtigen Willen dazu hätte. Daß die Belebung der öffentlichen Arbeiten und die Bereitstellung der Mittel hierfür unbedingt notwendig ist, wird sicher in allen Kreisen nicht bestritten. Auch die Mittel dazu wären vorhanden. Wenn auch die Regierung immer behauptet, sie hätte keine Mittel, kann das nicht zutreffen, da man in einem Jahr, wo die Krise so stark ist wie in dem heurigen, im Budget eine höhere Belastung der Steuerträger vorgeesehen hat, und die Eingänge aus Steuern, Abgaben und Zöllen um 166 Millionen Schilling gesteigert werden sollen.

Bei den vielen Forderungen nach Straßen- und Verkehrswegen ist selbstverständlich auch Oberösterreich dabei. Dieses Oberösterreich ist vom Bund lange und arg vernachlässigt worden. Es hat mein Parteifreund Dr. Koref und auch ein Abgeordneter der christlichsozialen Partei, Herr Girtler, schon darauf hingewiesen, daß an Oberösterreich immer sehr arg gesündigt wird und der Bund dieses Oberösterreich immer links hat liegen lassen. Es ist in den letzten Jahren etwas besser geworden. Beispielsweise wurden im Jahre 1929 für Straßen- und Brückenbauten 9 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. In dem gleichen Jahre erhielt das kleine Land Vorarlberg 13,200.000 S. Wir begreifen ja die Notwendigkeit einer höheren Zuwendung für Tirol und Vorarlberg, die die Einfallsländer, insbesondere für die Reichsdeutschen, sind und daher auf den Besitz schöner Straßen großen Wert legen müssen. Aus den Ausführungen des Kollegen Abram haben wir aber ersehen, daß es auch hier noch sehr viele Wünsche gibt. Zweifellos gibt es aber nicht nur in diesen beiden Ländern, sondern in allen Ländern, namentlich aber in Oberösterreich, eine Reihe von Straßenzügen, die ausgebaut werden sollten, oder aber der Bund müßte den Ländern größere Mittel zur Verfügung stellen, damit die Länder die Straßen selbst besser ausbauen können. Wer den Streit um die Abgabenteilung verfolgt hat, der muß sich eigentlich darüber wundern, daß der Bund trotz der hohen Mehreinnahmen, die die neuen Zölle und Steuererhöhungen für ihn gebracht haben, den Ländern heuer nur um 13 Millionen Schilling mehr zur Verfügung stellt als im vorigen Jahre. Das ist verhältnismäßig ein sehr geringer Anteil. Diese Ver-

nachlässigung veranlaßt uns, hier unsere Wünsche vorzubringen.

Wenn heute der Herr Abg. Koref den Ausbau der Ribelongenstraße verlangt hat, so sind, glaube ich, alle Oberösterreicher in dieser Forderung einig. Es ist keine speziell oberösterreichische Frage, sondern wirklich eine allgemeine österreichische Frage, daß diese Straße, die für Linz und ganz Österreich einen außerordentlichen Wert haben wird, in absehbarer Zeit gebaut wird.

Ich muß hier weiters die Ausgestaltung der sogenannten Boralpenstraße verlangen. Es ist das die Straße, die von Amstetten über Seitenstetten nach Steyr, Bad Hall, Kremsmünster-Scharnstein, Sanft Konrad nach Gmunden führt. Die Straße ist insgesamt 102 Kilometer lang und würde die jetzt für Automobile stellenweise unbrauchbare Boralpenstraße nach dem Salzkammergut herstellen. Es ist bereits erwähnt worden, daß die Strengberge für den Automobilverkehr große Schwierigkeiten darstellen und daß infolge dieser Schwierigkeiten zahlreiche Unglücksfälle zu verzeichnen sind. Durch die Ausgestaltung dieser Straße, die diese beiden Berge umgehen würde, würde die Zahl der Unfälle auf der Boralpenstraße bedeutend herabgesetzt werden.

Sie würde ein Gebiet dem Autoverkehr erschließen, das in seiner Einzigartigkeit leider vielen Österreichern unbekannt ist. Amstetten, der Kreuzungspunkt der großen Straßen, wäre der Anfang, über das Stift Seitenstetten, eine alte, hervorragende Kulturstätte, würde sie in einem herrlichen Tale nach der 1000 Jahre alten Eisenstadt Steyr führen. Diese Stadt, das österreichische Rothenburg, mit seiner so bunten Vermengung von uraltem Gewerbesleiß und modernster Entwicklung, eine Stadt, die jeden, der sie gesehen hat, unvergeßlich bleiben wird, bietet jedem Reisenden in einem kleinen Rahmen ein Bild des Aufstieges von 1000 Jahren. Dann führt die Straße weiter nach dem sich rasch entwickelnden Kurort Bad Hall, der ob seiner außerordentlichen Heilerfolge von Jahr zu Jahr steigende Besuchsziffern aufweist. Dann geht es weiter nach dem alten Benediktinerstift Kremsmünster, ebenfalls ein prachtvolles Wahrzeichen alter Kultur.

Nun aber beginnt der an Naturschönheiten reichste Teil, den die Straße durchquert, die eigentlichen Boralpen, ein fast ganz dem großen Verkehr verschlossenes Gebiet. Das herrliche Mntal mit seinen steilaufragenden Gebirgszenerien bietet dem Freund der Bergwelt Einzigartiges. Über Biechtwang, Sanft Konrad geht es weiter nach der herrlichen Seestadt Gmunden. Von dort ist dann durch die Verbindung mit dem Straßennetz des Salzkammergutes der Weg nach Salzburg offen.

Diese Straße führt also durch ein Gebiet, das auch wirtschaftlich von großer Bedeutung ist. Forst- und Landwirte, aber auch die Industrie haben ein

eminentes Interesse an dem Ausbau dieser Straße. Der errechnete Aufwand würde auf ungefähr 3 Millionen Schilling kommen.

Es wäre dem Bundesministerium für Handel aber auch dringend zu empfehlen, das neue Straßenbauverfahren „Wasserglas-Makadamstraßen, Silikatverfahren“ auszuprobieren und anzuwenden. Dieses Natriumsilikat soll ein hochwertiges Bindemittel, insbesondere für Kalksteinschotter, sein.

Die Kosten für 1 Quadratmeter Straßenfläche, in diesem Verfahren hergestellt, sollen nur auf 4 S kommen gegen 12 bis 18 S bei den anderen Verfahren. Wasserglas wird aus der Ammoniakfoda gewonnen, und die Ammoniakfoda wird wieder aus der Salzsole unserer heimischen Salinen gewonnen. Unsere einheimische Industrie würde in der Lage sein, bei größerer Inanspruchnahme von Wasserglas mehr Sole zu verarbeiten.

Die chemischen Solvaywerke in Ebensee sind die größten Salzabnehmer Österreichs. Man könnte daher bei Anwendung des Silikatverfahrens, vorausgesetzt, daß es sich bewährt, die ausländischen Wasserglaserzeuger ausschalten. Und was das wichtigste ist: man könnte, da das Verfahren bedeutend billiger kommt, mit den gleichen Beträgen mehr Straßen instand setzen und, was das dringendste ist, der eigenen Industrie Arbeit verschaffen.

Daß wir die Straßen unbedingt ausbauen müssen, ist eine Lebensfrage für den Staat. Der Fremdenverkehr ist eines der wenigen Mittel, unseren daniederliegenden Handel zu stützen. In den letzten fünf Jahren haben wir im Durchschnitt jedes Jahr ein Handelspassivum von 1055 Millionen Schilling; also die Hälfte der gesamten Staatseinnahmen, die 2166 Millionen Schilling betragen, verschlingt unsere gegenüber der Ausfuhr höhere Einfuhr. Wenn wir nun schon so viel einführen, dann muß mit allen Mitteln getrachtet werden, auch den Zustrom der Fremden zu heben.

Der Fremdenverkehr ist ja erfreulicherweise im Steigen begriffen. Im Jahre 1929 waren bereits 4.202.600 Fremde und Reisende unterwegs. Rund 20.000.000 Nächtigungen waren zu verzeichnen, davon 8.600.000 von Ausländern und 11.400.000 von Inländern. Bei den Ausländern entfallen auf die Reichsdeutschen 4.800.000 Nächtigungen.

Unsere Fremdenherbergen und Gaststätten nehmen zu; derzeit sind es 6556 in 830 Orten, die ausschließlich als Sommerfrischen in Betracht kommen.

Daß auch unsere einheimische Arbeiterschaft einen großen Teil dazu beisteuert, ist erst durch die moderne Entwicklung der sozialen Gesetzgebung, zum Beispiel das Arbeiterurlaubsgezet, möglich geworden, die leider die Mehrheit stets zu verschlechtern bestrebt ist.

Daher sind Straßenbauten, insbesondere in Ländern, die den Fremden etwas bieten, von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung.

Bei dieser Gelegenheit gestatte ich mir, daran zu erinnern, daß der Bau der Boralpenstraße den ungeteilten Beifall der Herren Minister Heinel, Schober und, was das wichtigste ist, des Herrn Finanzministers Zuch findet. Die Herren haben aus eigenem Antrieb diese Straße befahren und sich davon überzeugen können, daß die Boralpenstraße landschaftlich einzig schön, aber auch volkswirtschaftlich von größter Bedeutung ist. Alle drei Herren sagten uns und den verschiedenen Deputationen die unbedingte Förderung zu. Die Gemeinden an diesem Straßenzuge erwarten, daß die Herren Minister ihre Zusagen einhalten und den Worten rasch die Tat folgen lassen.

Eine andere Zusage wurde ebenfalls von einem hervorragenden Mitglied dieser Regierung seinerzeit der Stadt Steyr gemacht. Der Herr Minister Schober hat, als die Bürgerlichen dieser Stadt unter der Führung von Heimwehrleuten den Aufmord an dieser Stadt verüben wollten, selbst zum Rechten gesehen. Er fand, daß die Steyrer noch keine solche barbarische Sitten haben wie seine ehemaligen Freunde, die Heimwehrler, und sah die unverschuldete Not dieser Stadt, die seit Jahrzehnten eine Aktivpost des Staates war.

Er versprach zu helfen. In erster Linie mit Bauten. Wohnbauten wurden von der Landes-Kommunalbank verhindert, indem man die erste Hypothek mit Rücksicht auf die Industriekrise in Steyr verweigerte. In dieser Stadt stehen noch Holzbaracken seit dem Jahre 1915. Die Gemeinde ist außerstande zu bauen und diese Barackenschande zu beseitigen. Ich hätte keinen sehnlicheren Wunsch, als daß die Feinde der Volkswohnbauten einmal acht Tage nur in diesen Baracken wohnen müßten. Es wurden vom Herrn Minister Schober auch öffentliche Bauten versprochen, ein Amtsgebäude, ein Realschulgebäude und viele andere Sachen. Die Gemeinde mußte über Nacht Beschlüsse fassen und die schönsten Baugründe dem Bund abtreten, damit sofort mit dem Bau begonnen werden könne. Aber stille ist es geworden von diesen Zusagen. Der Bundeskanzler Schober mußte, da er von seinen eigenen Freunden gewissermaßen zum Rücktritt gezwungen wurde, gehen. Er ist ja wieder gekommen, wenn auch sein Glorienschein etwas verblaßt ist, aber die Zusagen sind auch jetzt nicht erfüllt worden, und wir haben heute in Steyr von diesen Bauten nur die Versprechungen. Dabei ist der Bau der Realschule in Steyr eine wirkliche Notwendigkeit. Die Schule ist unerhört überfüllt, vollständig veraltet, ein Dummelplatz der Ratten. Daß dieser Bau notwendig ist, sagen auch alle öffentlichen Faktoren, und sogar der frühere Herr Unterrichtsminister Schmitz hat es hier von dieser Stelle aus anerkannt. Aber dieser alte Herr Paragrapheureiter klammert sich an einen Paragraphen, nach dem vielleicht für den Bund die Notwendigkeit nicht bestünde, diese Schule zu errichten. Allerdings

ist die Rechtslage hier vollkommen klar, und die Schule müßte vom Bund errichtet werden. Es tut mir dabei äußerst leid, daß auch mein verehrter oberösterreichischer Kollege Dr. Aigner hier in das selbe Horn geblasen und gemeint hat: man muß halt sparsam sein und sich gedulden. Nun, verehrter Herr Dr. Aigner, wir Oberöreicher waren immer sehr geduldig, und gerade diese Geduld hat dazu geführt, daß wir in allen Belangen vom Bund vernachlässigt wurden. *(Dr. Aigner: Daß meine Partei der Stadt Steyr aus der Sauce herausgeholfen hat, davon reden Sie nicht!)* Ich rede jetzt nur vom Bund. Aber das darf man nicht in dem Sinn anwenden, daß man hier noch gewissermaßen Propaganda dafür macht und den Bund aneifert, den oberösterreichischen Städten oder dem Lande überhaupt weniger zukommen zu lassen. *(Dr. Aigner: Das habe ich nicht gesagt!)* Sie haben gesagt: Man muß sich gedulden, wir können die Sache nicht übers Anie brechen. *(Dr. Aigner: Dr. Otto Bauer hat auf die unmögliche Lage des Budgets hingewiesen!)* Sie waren nicht da, als ich darauf hingewiesen habe, daß ein Staat, der um 166 Millionen Schilling mehr in einem Jahr an Steuern und Abgaben aus dem Volk herauszieht, auch die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit hat, in einer so schweren Krise mehr Mittel für die öffentliche Investitionstätigkeit zur Verfügung zu stellen. *(Dr. Aigner: Sie sind ja eine unverantwortliche Opposition! So kann man das doch nicht machen!)* Ich muß es Ihrem Gutdünken überlassen, ob ich unverantwortlich bin. Ich weiß nur, daß es unverantwortlich von diesem Staate ist, die unerhörte Arbeitslosigkeit nicht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einzuschränken. *(Lebhafter Beifall links. — Doppler: Das ist eine demagogische Phrase und widerspricht dem, was Dr. Bauer auf der Konferenz gesagt hat!)* Nein, ich werde Ihnen gleich sagen, warum das nicht Demagogie ist. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

Präsident Dr. **Straßner** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe!

Wikanj *(fortfahrend)*: Wir haben in dem letzten Jahre einen Beschluß gefaßt... *(Ruf: Man muß die gesamte Wirtschaft im Auge behalten!)* Ja, ich glaube, die haben besonders die Sozialdemokraten sicherlich im Auge. Aber wenn man sieht, daß Geld für Dinge ausgegeben wird, die letzten Endes nicht notwendig wären, so muß das Erbitterung hervorrufen. Wir haben gesehen, daß dieses Notopfer von 96 Millionen, das für die Bauern gebracht wurde und zu dem die Ärmsten der Armen mit beisteuern müssen, nicht notwendig gewesen wäre, sondern zu einer umfassenden Investitionstätigkeit hätte verwendet werden können, um Arbeit für die ganze Bevölkerung zu verschaffen, statt daß dieses Geld verpulvert wird und in allen

möglichen Kanälen verschwindet. Das war einer der größten Fehler der Regierung, daß sie sich auf diese Weise geholfen hat, um gegen die Heimwehrwelle einen Damm aufzurichten. Sie hat etwas für die Bauern getan, weil sie gefürchtet hat, von der Heimwehrwelle verschlungen zu werden. (*Zustimmung links.* — Dr. Hueber: Sie können jetzt nichts mehr reden ohne Heimwehr!) Ich muß darauf hinweisen, weil Sie seinerzeit ein Freund Schobers waren; sonst würde ich Ihrer werten Gegenwart nicht die geringste Aufmerksamkeit widmen. Sie können mir glauben, daß Sie mir vollständig Lust sind. (*Ruf: Wir können das schon aushalten!*)

Daß dieser Stadt Steyr geholfen werden muß, ist auch deswegen notwendig, weil bekanntlich während des Krieges in dieser Stadt noch 17.000 Arbeiter beschäftigt waren. Heute sind es nur 2000 Arbeiter, die in den Steyrerwerken Beschäftigung haben. Diese würgende und andauernde Arbeitslosigkeit ist entsetzlich, ist geradezu grauenhaft. Die Bevölkerung dieser Stadt ist inmitten eines Kulturzentrums dem Untergang geweiht, wenn nicht alle Faktoren sich aufraffen und helfend eingreifen. Wir haben in Steyr 5832 Arbeitslose, in ganz Oberösterreich sind es derzeit — und das ist die höchste Ziffer, die überhaupt in Oberösterreich je erreicht worden ist — 42.062. In Steyr sind von diesen Arbeitslosen im Bezug der Notstandsunterstützung 3194, im Bezug der Arbeitslosenunterstützung sind 2639. In ganz Oberösterreich sind im Bezug der Notstandsunterstützung rund 10.000 Personen, das heißt also, daß ein Drittel aller in Oberösterreich wohnenden arbeitslosen Notstandsunterstützungsbezieher in Steyr wohnt. Diese sind seit Jahren der fürchterlichsten Not ausgesetzt, und Sie müssen daher begreifen, daß wir in diesem Steyr, wo wir über 1000 Altersrentner haben, aber auch 800 Leute, die keinerlei Unterstützung beziehen, bestrebt sein müssen, diesen Arbeitslosen zu helfen, und daß unser Ruf von der größten Verantwortung für das Elend dieser Stadt getragen ist. Auf Grund dieser Verantwortung, die wir für die Bevölkerung dieser Stadt und ihrer Umgebung tragen, erheben wir hier die Forderung: Errichten Sie jene Bauten, die Sie zugesagt haben, bewilligen Sie den Ausbaufredit zu dem Bau der Boralpenstraße, helfen Sie uns endlich, daß uns der Kredit für die Elektrifizierung der Steyrtalbahn zur Verfügung gestellt wird, schaffen Sie aber auch die unerläßlichsten Vorbedingungen für den so wichtigen und uns von allen öffentlichen Faktoren zugesagten Bau des Gnnskraftwerkes. Dann werden Sie Arbeit schaffen, dann werden Sie aber auch den vielen hunderten Forstarbeitern helfen, die in unserem Steyr- und Gnnstal beheimatet sind, die aber infolge Ihrer Harttherzigkeit und Unmenschlichkeit bisher immer noch von dem Bezuge einer Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen sind. Helfen

Sie, daß dieses Unrecht gutgemacht wird, daß Arbeitsgelegenheit gegeben wird, dann werden Sie Werte schaffen, dann brauchen Sie nicht Notopfer zu geben, zu denen auch die Ärmsten der Armen beisteuern müssen, sondern Kredite zur Mehrwert schaffenden Arbeit. (*Lebhafter Beifall links.*)

Werner: Frauen und Männer! Der Finanzausschuß hat bereits eine Entschliebung gefaßt, derzufolge die Bundesregierung aufgefordert wird, dem Fremdenverkehr in Österreich erhöhtes Augenmerk zuzuwenden. Ich begrüße diese Entschliebung mit außergewöhnlicher Freude, ich begrüße sie deshalb, weil nicht bloß für mein engeres Heimatland Tirol der Fremdenverkehr eine große Bedeutung hat, sondern weil der Fremdenverkehr für ganz Österreich eine immense Bedeutung besitzt. Wir sind leider in der traurigen Lage, daß wir mit unseren Industrieerzeugnissen, infolge ihrer verteuerten Herstellung kaum mehr über die Grenze kommen. Aus diesem Grunde haben wir als nahezu einzige Aktivpost unseres Landes nur mehr den Fremdenverkehr. Hoffen wir, daß die Fremdenverkehrsförderung in dem Maße aufwärtsgelht, als andere Industriezweige in unserem Staate niedergehen, damit einigermaßen das Gleichgewicht wiederhergestellt wird.

Nun wurden bereits verschiedene Anregungen zur Fremdenverkehrsförderung gemacht. Es wurde gestern bereits von meinem Kameraden Dr. Hueber darauf hingewiesen, daß vor allem der zweckdienliche Ausbau der Eisenbahnen sehr wichtig für die Fremdenverkehrsförderung ist. Er hat darauf hingewiesen, daß gerade der Fahrpark sehr oft nicht in Ordnung ist und deshalb nicht fremdenverkehrsfördernd wirkt. Ich möchte das nur bestätigen. Im übrigen haben wir gerade bei den Eisenbahnen in den letzten Jahren einen sehr bedeutenden Umschwung und eine Umschulung des Personals erzielt, die ganz gewiß sehr dazu beitragen wird, den Fremdenverkehr zu fördern. Entgegen früheren Jahren begegnen wir auf den Eisenbahnen bei allen Bediensteten heute einer Freundlichkeit, wie wir sie in einem Fremdenverkehrsland brauchen. Daß die Angestellten, die mit dem Publikum in Berührung kommen, entsprechend geschult werden, muß von dieser Stelle aus anerkannt werden.

Ein Fehler der Eisenbahnen sind die oft schlechten Verbindungen. Speziell in den Alpenländern gibt es Eisenbahnknotenpunkte, die für den Fremdenverkehr etwas ungünstig gelegen sind, sie befinden sich an den Taleinmündungen und können nicht anderswohin gebracht werden. An diesen Knotenpunkten, die dem Fremden wenig bieten, dauert der Anschluß oft stundenlang. Infolgedessen ziehen es die Fremden oft vor, die Strecke nicht zu fahren, weil es ihnen mit der Zeit nicht ausgeht oder sie nicht so lange warten wollen. Ich bitte, ein Haupt-

augenmerk darauf zu richten, daß an solchen Orten vielleicht durch Einstellung eines Triebwagens auf der Anschlußstrecke oder durch Einschaltung eines Personenwagens die Verbindungen verbessert werden. Die Hauptverkehrszeit ist zwar der Sommer, aber auch im Winter haben sehr viele Orte in Österreich lebhaften Sportverkehr. Auch dafür sollten entsprechende Verbindungen eingerichtet werden. Die Bundesbahn glaubt jetzt, daß sie, weil sie Defizite hat, die Zugsdichte einschränken muß. Ich bin der gegenteiligen Ansicht: Je mehr die Zugsdichte eingeschränkt wird, desto mehr greift der Reisende zu dem bequemeren Fahrzeug des Automobils, bei dem er nicht an die Zeit gebunden ist. Wenn die Züge ungünstiger verkehren, wird die Konkurrenz des Automobils immer weiter vordringen.

Zur Fremdenverkehrsförderung sehr beitragen würde auch der Ausbau unseres Telephonnetzes. Auf diesem Gebiete ist anerkanntenswerterweise in den letzten Jahren sehr viel geschehen. Ich möchte aber das Ministerium ersuchen, gerade die jetzige Arbeitslosigkeit auszunutzen und im Rahmen des möglichen das Telephonnetz bestmöglich auszubauen. Insbesondere sollte in Kurorten und sonstigen Orten starken Fremdenverkehrs das Telephon automatisiert werden, damit die dort am meisten störenden Unterbrechungen des Telephondienstes vermieden werden können. Wir haben Gemeinden in der Nähe von großen Kurorten und Sportplätzen, die noch eine skandalöse Telephonverbindung haben. Die dortigen Postbeamten oder -beamtinnen haben nur sehr wenige Dienststunden im Tag, die ja für den übrigen Postverkehr genügen, aber der Telephonverkehr wird infolgedessen unterbrochen, wodurch oft sehr wichtige Verbindungen nicht hergestellt werden können. Da könnte nur die Automatisierung Abhilfe schaffen. Zu erwägen wäre noch, ob da nicht ganze Fremdenverkehrsgebiete — der Verkehr beschränkt sich ja nicht auf einen einzigen Ort — im Telephonnetz zusammengefaßt werden sollten, um die Verbindungen zu erleichtern, nachdem ja jetzt schon in dankenswerter Weise Telephonverbindungen bis in die hintersten Täler und auch auf Hütten hinauf hergestellt sind, was besonders bei alpinen Unfällen von großer Wichtigkeit ist.

Nun ein paar Worte über die Postkraftwagen. Die Post hat das Verdienst, manche Täler durch ihre Kraftwagen erschlossen zu haben zu einer Zeit, als Private noch nicht daran dachten, einen solchen Verkehr einzurichten. Nun hat die Post aber ihr Postregal in der letzten Zeit in einer Weise ausgenutzt, die oft zu Differenzen mit den Gewerbetreibenden führt, die auch eine Kraftwagenlinie errichtet haben. Wiederholt haben in der letzten Zeit Gewerbetreibende eine Linie eingerichtet, und nun kommt die Post her und sagt: Die Linie gefällt mir, du kriegst keine Konzession! und der Privat-

unternehmer kann abziehen und die Post fährt. Ich würde nichts sagen, wenn der Postkraftwagenverkehr aktiv wäre und wenn er dazu beitragen würde, eine Steuerminderung herbeizuführen. Aber wir wissen alle sehr gut, daß der Postkraftwagenverkehr nicht aktiv ist. Wir anerkennen seine Wichtigkeit, weil wir sagen, daß der Staat dazu da ist, dort, wo keine anderweitigen Betriebsmittel vorhanden sind, für den Betrieb zu sorgen, aber wir sind dagegen, daß dort, wo ein Privater sich auf sein Risiko einen Verkehr einrichtet, die Post kommt und sagt: Wir machen auch einen Postautoverkehr, obwohl in einem solchen Falle die Steuerzahler Österreichs es sind, die dann in zweifacher Weise dreinzahlen müssen: erstens müssen sie in das Defizit dreinzahlen, und zweitens wird auf der anderen Seite ein Steuerträger nicht zugelassen, der sonst da wäre und dem Staate seinen Tribut leisten würde. Deshalb wäre vom Ministerium aus einmal unbedingt die Sache zu klären, ob das Postregal so weit ausreicht, daß die Post keine Konzession braucht, um mit dem Privatbewerber in einen gerechten Konkurrenzkampf zu treten, und ob die Post tatsächlich durch die Bevorzugung dem privaten Unternehmer gegenüber immer die Vorderhand haben muß.

Wenn ich vom Postkraftwagen spreche und über die Betätigung der öffentlichen Hand, so möchte ich über die Betätigung der öffentlichen Hand im allgemeinen sprechen. Gerade wir Gewerbetreibenden spüren die öffentliche Hand sehr stark. Beinahe jede Gemeinde richtet sich heute einen Gemeindebetrieb ein und macht ihren eigenen Steuerträgern Konkurrenz. Auch dagegen würde seitens der Gewerbetreibenden noch nichts zu sagen sein, wenn die Gemeinden, Land oder Bund mit ihren eigenen Unternehmungen billig arbeiten und den Steuerträger entlasten würden. Aber das ist nun nahezu nie der Fall. Gewöhnlich ist ein solches Unternehmen eine große Defizitpost und verursacht viel mehr Kosten, als wenn man die betreffenden Aufträge dem privaten Unternehmer geben würde, damit er aus diesen Aufträgen auch in die Lage komme, Steuern zu zahlen. Ich begrüße es sehr, daß gerade der jetzige Handelsminister versprochen hat, in diesem Punkte Wandel zu schaffen, und bereits an manches Hand angelegt hat.

Nun wurde hier auch viel von Straßenbauten gesprochen. Straßenbauten gehören auch zur Fremdenverkehrsförderung, denn wenn wir schlechte Verkehrswege haben, werden die Fremden nicht in unser Land kommen. Wir haben zwar ein großes Betriebskapital, das uns der Herrgott für den Fremdenverkehr geschenkt hat, das ist unsere wunderschöne Alpenwelt; auch die anderen Gebiete Österreichs, sei es Südtirol oder die Donaugebiete, weisen ja prachtvolle Reiseziele und Reiserouten auf, die den Fremden nicht bloß aus dem Deutschen Reich,

sondern sogar jenseits des großen Wassers herüber-
lotfen; er will dieses Land sehen. Aber wir müssen
diesem Fremden entgegenkommen, wir müssen ihm
alles bieten, was ihm das Hiersein so angenehm
wie möglich macht, damit er sich wie zu Hause
fühle und dann seinen Freunden sage: Das ist ein
Land, da kann man hingehen! Gerade der Ausbau
des Fremdenverkehrs ist für uns wichtig. Nun ist
eine weitere Folge des Fremdenverkehrs, daß der gute
Fremde, der kapitalkräftige, der die große Brief-
tasche hat und infolgedessen viel Geld im Lande
lassen kann, großenteils mit seinem eigenen Fahrzeug
fährt und ins Land kommt. Dieser Fremde bean-
sprucht natürlich auch halbwegs gute Straßen. Wir
klagen über große Arbeitslosigkeit, wir hören immer
wieder den Notschrei der Arbeitslosen. Ich bin der
Überzeugung, gerade hier sollte der Bund eingreifen,
gerade hier sollte er seine letzten Reserven hinein-
werfen, denn das ist eine produktive Anlage. Wenn
wir unsere Verkehrswege und unsere Straßen aus-
bauen, dann rollt das Geld gleich wieder zurück
in den Säckel des Bundes. Außerdem ist es in
Österreich möglich, die Straßen nur mit einheimischem,
inländischem Material zu bauen. Ich wundere mich
lange schon, daß man nicht in Österreich daran
geht, Betonstraßen zu bauen. Asbest muß eingeführt
werden, Zement haben wir im Inland genug und
hören immer und immer wieder, daß die Zement-
industrie zusperrern muß, weil sie keine Beschäftigung
hat. Hier wäre ein großes Absatzgebiet, und das
wäre auch eine produktive Auslage, weil hier An-
lagen geschaffen würden, die einen unserer wichtigsten
Erwerbszweige, den Fremdenverkehr, fördern könnten.

Ich möchte aber nun speziell auf Tirol zurück-
kommen. Einer der Redner hat gerügt, daß man
in Tirol so viele Straßen baut. Ich muß im Gegen-
teil konstatieren, daß man zwar in den letzten Jahren
Straßen baut, aber 20, 30, 40 Jahre vorher unser
Straßennetz überhaupt vernachlässigt hat. Die Straßen-
bauten wurden vor dem Kriege alle in Südtirol vor-
genommen, wir haben in Nordtirol noch einige
Täler, die überhaupt keine Straße haben. Ich ver-
weise da auf das Zillertal, das eine Pfütze als
Straße hat, die von den Kraftfahrern einfach als
ein Achenbrecher bezeichnet wird. Ich verweise
darauf, daß bis vor kurzem das Brizental, das
eine wichtige Verkehrsstrecke ist, noch gar keine
Straße, sondern nur einen gewöhnlichen Alpenweg
gehabt hat. Jetzt wurde die Straße ausgebaut,
infolge der knappen Mittel aber nur in 4,5 Meter
Breite. Ich verweise darauf, daß wir wichtige
Straßenanschlüsse an das Deutsche Reich noch nicht
haben. Wir haben zum Beispiel über das Groß-
achental noch keine Straße, obwohl österreichischer-
seits hier nur ein paar Kilometer auszubauen
wären und die Bayern bereits zugesagt haben, daß
sie, wenn die Österreicher ihr Stück ausbauen, bereit

wären, den bayerischen Teil der Straße zu bauen.
So gibt es eine ganze Unmenge von schlechten
Straßen. Im Achenseegebiet zum Beispiel gibt es
eine schauerhafte Straße. Gerade das aber ist ein
Einfallstor sondergleichen, denn wo fährt jeder im
Sommer gerne hin? An einen See — und einer
der schönsten Alpenseen ist der Achensee. Hier wäre
der Hebel anzusetzen und das Straßenbauprogramm
in dem Sinne gründlich zu ändern, daß man nun-
mehr ernsthaft daran geht, Straßen zu bauen, und
nicht nach dem jetzigen Prinzip vorgeht, sonst wird
in 25 Jahren unser Straßennetz noch nicht aus-
gebaut sein. Wir brauchen es aber sofort, denn der
Autoverkehr ist bereits in voller Blüte und wird
sich in den kommenden Jahren wahrscheinlich noch
weiter entwickeln.

Die vorgelegte Entschliessung befaßt sich auch mit
der Aufhebung der Sonderbelastung des Hotel- und
Gastgewerbes. Ich glaube, dem wohl nicht viel
hinzufügen zu müssen und mit dem ganzen Hause
darin einig zu sein, daß man nicht eine Industrie
belasten darf, bevor sie sich eigentlich entfalten konnte.
Mir wurde oft gesagt, daß Tirol und die westlichen
Alpenländer Österreichs mit der Schweiz voll und
ganz konkurrieren können, ja mehr noch, daß sie,
was Naturschönheiten und den Reiz des Landes
anbelangt, der Schweiz zu einem guten Teile über-
legen sind, daß wir aber eines nicht haben, nämlich
die luxuriös ausgestatteten Hotels. Deshalb geht der
Großkapitalist in die Schweiz anstatt nach Öster-
reich. Und gerade diese Industrie hat man nach
dem Krieg am meisten besteuert. Man hat ihr Lasten
auferlegt, die nahezu untragbar waren. Sie hat diese
Lasten natürlich auf die Fremden überwältzt, und
das hat auf den Fremdenverkehr und, was das
aller schlimmste war, auch auf die Kapitalbildung
dieser Industrie hemmend eingewirkt, die sie un-
bedingt braucht, um ihre Häuser so auszustatten,
daß sie der internationalen Fremdenwelt genügen.
Hier möchte ich empfehlen, diese Unternehmer einige
Jahre zu verschonen, damit sie sich erholen und
ihre Häuser entsprechend herrichten können. Dann
werden sie steuerkräftig sein und dem Staate das
Doppelte und Dreifache von dem geben können, was
er ihnen jetzt nachgelassen hat.

In allernächster Zeit dürfte auch eine Novellierung
der Gewerbeordnung erfolgen. Ich möchte den Herrn
Bundesminister ersuchen, diese Vorlage den Kammern
früh genug zur Einsicht zu geben, denn gerade das
ist eine Angelegenheit, die den Berufskreisen zur
Ausarbeitung übergeben werden soll. Wir wissen,
daß unsere Gewerbeordnung heute in vielen Dingen
nicht mehr zeitgemäß ist, aber wir wissen auch, daß
wir an manchen Dingen nicht rühren dürfen, ohne
daß Handel und Gewerbe schwer geschädigt würden.
Deshalb ist das Gebiet ein überaus heikles, und ich
würde vor einer Affordarbeit warnen; ich würde

davor warnen, die Vorlage überstürzt ins Haus zu bringen, und empfehlen, sie früh genug auszuarbeiten und dann den betreffenden Berufskammern — das sind die Kammern für Handel, Gewerbe und Industrie — Zeit zur Stellungnahme zu lassen.

Nun komme ich zu einem Kapitel, das eigentlich nicht hieher gehört, aber von einigen Rednern, die jetzt nicht im Saale sind, hier angezogen worden ist. Es ist immer die Heimwehr und die Heimwehrkrise in den Mund genommen worden. Ich begrüße das, denn es sind durchaus nicht die schlechtesten Früchte, an denen die Wespen nagen (*Zustimmung auf der äußersten Rechten*), und wenn man von etwas so viel spricht, muß etwas daran sein. Ich muß sagen: Als Gewerbetreibender bin ich durchaus kein Radaubruder, sondern habe das größte Interesse daran, daß im Staate Ruhe herrscht. Aber bevor wir diese Ruhe haben können, brauchen wir auch Ordnung. Zuerst muß Ordnung gemacht werden, dann kann man von der Ruhe reden, und bisher war es gerade die Heimwehr, die uns in unserem Staate zum Ordnungsmachen geholfen hat. Ich erinnere daran, daß einer der Herren von der Linken auf einer Tagung — ich weiß nicht, was Sie da für einen Delegiertentag gehabt haben — ausgeführt hat: Die Abgabenteilung mußten wir deshalb zugeben, weil, wenn wir da zu viel Obstruktion gemacht hätten, die Heimwehr wieder groß geworden wäre. Also sehen Sie, meine sehr Verehrten: Die Heimwehr war die Ursache, warum Sie schließlich nachgegeben haben, warum Sie die Sache nicht länger hinausgezogen haben! (*Zustimmung auf der äußersten Rechten*.) Ich möchte hier feststellen, es ist momentan eine Krise in der Heimwehr infolge eines Streites, der von außen hineingetragen worden ist, und wenn heute der Herr Abg. Abram die Presse aufforderte, sie möge sich von der Heimwehr abwenden, so ist dies nicht mehr notwendig, denn es gibt kaum mehr eine Presse, die sich der Heimwehr annimmt — bedauerlicherweise! —, denn die Interessen sämtlicher bürgerlichen Kreise und unsere ganze Staatsordnung verlangen, daß sich die Bürgerlichen zusammenschließen und fest auf ihrem Posten sind, und wir sollen die Sache nicht an Personen und nicht um eines kleinlichen Streites willen scheitern lassen, sondern es ist hoch an der Zeit, daß wir uns alle darüber einig sind, daß wir die Heimwehr gebraucht haben und immer noch brauchen werden. (*Lebhafter Beifall auf der äußersten Rechten*.)

Damit ist die Aussprache über den VI. Abschnitt beendet.

Es wird Abschnitt VII: Kapitel 25, Heereswesen, und Kapitel 27, Titel 4, Schieß- und Sprengmittel, in Verhandlung gezogen.

Spezialberichterstatter Dr. **Schuschnigg**: Hohes Haus! Im Voranschlag des Kapitels 25, „Heereswesen“, ist gegenüber den Ansätzen des Voranschlages für 1930 eine 6prozentige Steigerung vorgesehen. Dieser Mehranspruch hält sich durchaus im Rahmen jener Steigerung, welche im Bundesvoranschlag für 1931 gegenüber jenem des vorhergehenden Jahres überhaupt vorgesehen ist. Nimmt man aber nun nicht die formalen Vergleichsziffern des Jahres 1930, die, was den Personalaufwand betrifft, nicht völlig stimmen — deshalb, weil letztes Jahr in einem eigenen Kapitel 26b die Auswirkungen der III. Gehaltsgefehnovelle ausgewiesen wurden —, sondern nimmt man als Vergleich das, was im letzten Jahre an Personalaufwand für das Heereswesen tatsächlich eingestellt und ausgegeben wurde, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß für das Jahr 1931 an Personalerfordernis kein Mehrbetrag gegenüber 1930 vorgesehen ist; was die sachlichen Erfordernisse betrifft, sind wohl einzelne Posten nicht unwesentlich gegenüber dem Voranschlag für 1930 erhöht. Dies ist zurückzuführen auf die Notwendigkeit größerer Ausgaben für die Soldatenberufsausbildung, wozu die alpine Ausbildung zählt, weiters auf notwendige Ergänzungen in der Bewaffnung, Munition, Reit- und Fahrgerät, Pionier- und Verbindungsgerät, nicht zuletzt aber auch auf die Post Unterkunfts- wesen, weil in Pinkafeld und Oberwart im Burgenland der Bau zweier Kasernen seiner Vollendung entgegengeht, wofür allein 2 Millionen Schilling einzustellen waren.

Die Minderheit hat im Finanz- und Budgetausschuß den Antrag gestellt (*liest*): „Die Bundesregierung wird aufgefordert, in dem Bundesvoranschlagsentwurf für das Jahr 1932 die Hauptsumme der Ausgaben des Kapitels 25 mit dem gleichen Betrag festzusetzen, der im Voranschlag für das Jahr 1928 enthalten war.“ Dieser Antrag würde eine Kürzung des Heeresbudgets um rund 30 Millionen Schilling zur Folge haben. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich diesem Antrag nicht angeschlossen, er wurde dann als Minderheitsantrag angemeldet und ist in dem dem hohen Hause vorliegenden gedruckten Bericht enthalten. Sonstige Anträge auf ziffermäßige Änderung des Voranschlages wurden nicht gestellt.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich somit den Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Kapitel 25, „Heereswesen“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1931 in der Fassung der Regierungsvorlage (B. 1) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Spezialberichterstatter **Reskobar**: Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat den Titel 4,

„Schieß- und Sprengmittel“, in zwei Sitzungen gleichzeitig mit der Debatte über das Kapitel „Heereswesen“ in Beratung gezogen.

Dem vorliegenden Voranschlag ist zu entnehmen: Im Personalstand tritt gegenüber dem Voranschlag für 1930 für das Jahr 1931 eine Verminderung um 8 Personen ein, so daß gegenüber 145 Personen im Jahre 1930 nunmehr 137 Personen veranschlagt erscheinen. Von diesem Personal sind die Bezüge für 39 Personen mit Rücksicht darauf, daß die Bundespulverfabrik Trofaiach im Jahre 1931 voraussichtlich nur $3\frac{1}{2}$ Monate im Betrieb sein wird, nur für diese Zeit eingestellt, während für das restliche Personal die Bezüge ganzjährig eingestellt sind.

Zu den Ansätzen des Voranschlages selbst ist zu bemerken, daß dieselben unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse des Jahres 1930 erstellt wurden; daher ergibt sich auch mit Rücksicht auf die Auswirkung der allgemeinen Wirtschaftslage ein geringeres Erträgnis, als für das Jahr 1930 vorgesehen war.

Die Investitionen verteilen sich mit 5000 S für Untersuchungsinstrumente und Geräte für die Überprüfung der Pulver- und Sprengstoffe und mit 5000 S für weitere sicherheitliche Maßnahmen in der Pulverfabrik Trofaiach.

Der Absatz betrug im Jahre 1929 insgesamt 3.023.347 Kilogramm, hievon 426.498 Kilogramm Pulver und 2.596.849 Kilogramm Sprengstoffe, dagegen im Jahre 1930 bis Ende Oktober insgesamt 1.630.445 Kilogramm, hievon 270.749 Kilogramm Pulver und 1.359.696 Kilogramm Sprengstoffe. Der besonders hohe Absatz im Jahre 1929 ist auch darauf zurückzuführen, daß es gelungen war, die Belieferung des tschechoslowakischen Monopols während eines erzwungenen Stillstandes der dortigen Fabriken durchzuführen. Naturgemäß wirkt sich beim Absatz im Jahre 1931 auch die allgemeine wirtschaftliche Lage aus.

Der Bruttoumsatz des Monopols betrug im Jahre 1928 zirka 9,2 Millionen Schilling, stieg im Jahre 1929 infolge des früher erwähnten tschechoslowakischen Geschäftes auf zirka 12,5 Millionen Schilling und beträgt im Jahre 1930 bis Ende Oktober zirka 7,4 Millionen Schilling.

Der Auslandabsatz, der im Jahre 1928 6,7 Prozent betrug, stieg im Jahre 1929 auf 30,2 Prozent und beträgt im Jahre 1930 bis Ende Oktober 4,8 Prozent.

Die Sprengstoffpreise für Verbraucher sind seit Juli 1925 nicht erhöht worden; im Jahre 1930 wurden lediglich die Preise für ausländische Pulver und extrafeine Jagd- und Scheibepulver erhöht, da infolge größerer Gießungskosten die Verschleißpreise diese nicht mehr deckten. Eine Preiserhöhung ist mit Rücksicht auf die allgemeine Wirtschaftslage im Voranschlage nicht vorgesehen.

Preisnachlässe im Ausmaße von 50 g pro Kilogramm wurden an besonders notleidende Erzbergbaubetriebe bewilligt. Dies ist im Jahre 1930 für zehn Unternehmungen — zirka 184.450 Kilogramm — erfolgt. Die hiedurch dem Monopol entstehenden Mindereinnahmen von zirka 92.225 S werden zur Hälfte vom Monopol und zur Hälfte von den beiden Erzeugungsfirmen getragen.

Außer diesen Preisnachlässen erhält die Alpine Montangesellschaft einen Mengenrabatt bis zu 3 Prozent je nach der Bezugsmenge. Hiedurch erscheint den wirtschaftlichen Verhältnissen, soweit es im Rahmen des Monopols möglich ist, Rechnung getragen.

Es ist zu erhoffen, daß die auf vorsichtiger Basis erstellten Ansätze des Voranschlages im Jahre 1931 erreicht werden.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den gegenständlichen Titel angenommen und stellt den Antrag (liest):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Kapitel 27, Titel 4, Schieß- und Sprengmittel, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1931 in der Fassung der Regierungsvorlage (B. 1) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Heinz: Hohes Haus! In dieser Zeit der schweren Wirtschaftsnot hört man gerade von den Mehrheitsparteien und auch von der Opposition auf der Rechten immer wieder und allorts, daß es höchst notwendig ist, zu sparen. Wir hören zwar die Botschaft, allein uns fehlt der Glaube, besonders dann, wenn man die Zahlen prüft, die bei diesem Kapitel des Budgets dem hohen Hause vorgelegt werden. Von dem Gesichtspunkte der Wirtschaftsnot allein wird man der Bedeutung dieser Frage, die zur Entscheidung steht, nicht ganz gerecht, sondern man muß wohl die Dinge im Zusammenhange zu betrachten versuchen. Wenn man dies tut, dann stellt sich heraus, daß wir in den letzten Jahren in der Republik bereits eine sehr erhebliche Mehraufwendung für die staatlichen Machteinrichtungen zu verzeichnen haben, die noch weiter ständig steigt. Man muß sich daher fragen, wo will man damit hinaus? Ist es zweckmäßig, ist es notwendig und zu rechtfertigen, daß in dieser Zeit der schweren Wirtschaftsnot die Ausgaben für die staatlichen Machteinrichtungen immer und ständig zunehmen? Wenn man die Zahlen prüft, findet man, daß seit 1925 der Aufwand für Gendarmerie, Heer und Polizei um nicht weniger als 75 Prozent gestiegen ist, denn er hat im Jahre 1925 128 Millionen betragen und beträgt nach dem derzeitigen Budget bereits 242 Millionen, also eine enorme Summe. Angesichts dieses Wachstums der Ausgaben für die staatlichen Machteinrichtungen muß man sich unwillkürlich fragen, wo

diese Entwicklung enden soll, ob an die Stelle des freien Volksstaates, in dem das Volk selbst regiert und die Demokratie herrscht, wieder ein obrigkeitlicher Machtstaat treten soll, in dem die Behörden, die Exekutive das tonangebende Element sind. Daher muß man diesen Teil des Bundesvoranschlages grundsätzlich erörtern und die Frage aufwerfen, ob diese Entwicklung so fortgesetzt werden soll oder ob nicht doch die Beruhigung in unserem Lande schon so weit gedeihen ist, daß man Umkehr halten kann, da der Bestand des freien Volksstaates wirklich gesichert ist, oder ob man einen verkleideten obrigkeitlichen Staat nach altem Muster wieder aufrichten will.

Der Herr Berichterstatter hat selber festgestellt, daß die Steigerung der Ausgaben für das Heer nach dem Budget seit dem Vorjahre 6 Prozent beträgt, daß also auch diesmal wieder eine sehr beträchtliche Steigerung zu verzeichnen ist. Wenn man die Entwicklung der Ausgaben für diesen Teil der Staatsverwaltung überprüft, dann findet man, daß während der Jahre 1923 bis 1926 die Ausgaben ziemlich unverändert geblieben sind und erst seit 1926 die Steigerung beträchtlich wird und bis heute nicht weniger als 37 Prozent beträgt. Die Höhe dieser Steigerung muß natürlich Kopfschütteln erregen. Dabei stehen der Natur der Sache nach Einnahmen auf diesem Gebiete nur in geringem Maße zur Verfügung. Die unwesentlichen Einnahmen von 2.901.800 S., die im Voranschlag vorgeesehen sind, ermäßigen die effektive Last für den Staat nur sehr wenig; die effektiven Kosten sollen nach dem Voranschlag 107.457.800 S. betragen.

Man kann die Dinge aber noch von einem andern Gesichtspunkt aus betrachten. Es ist begreiflich, daß in Zeiten, in denen aus irgendwelchen Gründen die allgemeinen Lebenshaltungskosten steigen, auch die entsprechenden Beträge für das Heereswesen steigen müssen. Man kann aber auch untersuchen, welcher Prozentsatz der Staatsausgaben auf das Heereswesen entfällt. Auch in dieser Richtung muß eine sehr beträchtliche Steigerung verzeichnet werden. Der Herr Heeresminister hat am 12. März 1921, als er selbst Berichterstatter zu diesem Kapitel war, hier in diesem hohen Hause erklärt, er müsse aber auch erwähnen, daß das Budget des Heereswesens gegenüber anderen Kapiteln ungebührlich angeschwollen sei. Wenn man aber die Ziffern prüft und sich an die Zahlen hält, die er bei der diesjährigen Budgetberatung im Ausschuß selbst angeführt hat, so kommt man dazu, daß der damalige Prozentsatz der Ausgaben für Heereszwecke 2,9 war, während heute nach dem vorliegenden Budget ein weit höherer Prozentsatz für Heereszwecke ausgegeben werden soll. Man begreift natürlich, daß wir unter diesen Umständen ernsthaft darauf dringen müssen, daß hier wieder eine Rückentwicklung Platz greife, die ja

nicht so unvermittelt erfolgen muß und keineswegs die dem Heer gestellten Aufgaben irgendwie gefährden soll, die aber doch möglich ist und vor allem einmal ernstlich in Angriff genommen werden muß. Es handelt sich ja um keineswegs geringfügige Beträge. Wenn man die Entwicklung des Heereswesens und seiner Ausgaben seit 1927 verfolgt, kann man feststellen, daß der ganze Streit über die Abgabenteilung hätte unterbleiben können, wenn die Steigerung der Ausgaben auf dem Gebiete des Heereswesens nicht erfolgt wäre. Heute werden um mehr als 30 Millionen Schilling mehr für das Heer ausgegeben als vor vier Jahren, so daß der von uns gestellte Antrag begreiflich erscheint, der dem hohen Hause als Minoritätsantrag vorliegt und dahin geht, daß man die Ausgaben für das Heereswesen auf die Höhe des Jahres 1928 beschränken möge. Auch damals ist ja für das Heereswesen mancherlei geschehen, und man kann keineswegs behaupten, daß die Annahme dieses Antrages irgendeine Gefährdung der Wehrkraft oder der Verteidigungskraft des Staates bedeuten würde. Allerdings muß man sich die Frage vorlegen, welche Aufgaben unsere Wehrmacht eigentlich zu erfüllen hat. Es mag sein, daß hier die Meinungen auseinandergehen. Wir haben in vergangenen Zeiten der Republik bewiesen, daß wir volles Verständnis für notwendige Verteidigungsaufgaben haben. Es gab Zeiten, in denen man uns sogar vorgeworfen hat, daß wir zu große Opfer fordern, als wir noch mit ruhigem Gewissen im Interesse der Sicherung der Grenzen für den Ausbau der Wehrmacht eintreten konnten. Nun aber haben sich die Dinge längst gewandelt, und wenn man von der Auffassung ausgeht, die uns immer befehlt hat, daß nur der Schutz der Grenzen der Republik die Aufgabe der Wehrmacht sein kann, muß man zu dem Schlusse kommen, daß heute schon des Guten zuviel getan wird, insbesondere in dieser Zeit der Wirtschaftsnöte. Wenn man der Wehrmacht andere Aufgaben stellt, dann ist es begreiflich, daß man zu einer ständigen Steigerung der Ausgaben kommt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß alle anderen Ausgaben, die nicht durch Maßnahmen zum Grenzschutz notwendig sind, in der heutigen Zeit ungegerechtfertigt sind, daß alles andere eine kostspielige Hochstapelei wäre, die wir uns nicht leisten können.

Man kann nun im einzelnen untersuchen, wo gespart werden könnte. Wenn man den Voranschlag durchsieht, erregt vor allem die Tatsache Befremden, daß im Heeresamt allein 261 Personen beschäftigt sind, darunter 20 Generalmajore und Generale, wozu noch weitere 12 Beamte im Generalsrang kommen, so daß insgesamt 32 Beamte in der ersten und zweiten Dienstklasse im Heeresministerium allein beschäftigt sind, während im ganzen Ressort 51 Personen in der ersten und zweiten Dienstklasse sind. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, ob

es im Interesse der fachlichen Ertüchtigung des Heeres notwendig sei, daß ein verhältnismäßig so hoher Prozentsatz von hohen Beamten und Offizieren angestellt ist. Wenn man sich aber den Umfang unseres Heeres vergegenwärtigt, dann kommt man zu dem merkwürdigen Schluß, daß jetzt auf 350 Mann ein General oder Beamter im Generalsrang entfällt. Daß das ein Mißverhältnis ist, wird wohl niemand bestreiten können. Dazu kommt, daß gerade bezüglich dieser höchsten Dienstklassen eine starke Tendenz zur Vermehrung zu bemerken ist. Im Jahre 1928 gab es 45 so hohe Funktionäre, im Jahre 1931 ist deren Zahl schon, wie ich bereits festgestellt habe, auf 51 gestiegen, also in diesen wenigen Jahren eine Steigerung von 6 solchen Funktionären, was immerhin zeigt, daß diese Tendenz anhält. Bei aller Anerkennung der Funktion hoher Generale muß man doch zu der Auffassung kommen, daß auch auf dem Gebiete eine Umkehr notwendig ist.

Ein besonderes Kapitel ist die Anstellungspolitik. Ich will mich da auf Einzelheiten jetzt nicht einlassen, ich stelle nur eines fest. Es klagen immer wieder in diesem Hause die Vertreter der landwirtschaftlichen Bevölkerung mit bewegten Worten, daß die Landflucht so groß sei, daß man nicht genug Arbeitskräfte für die Landwirtschaft finden könne. In derselben Zeit, in der wir das immer wieder vernehmen müssen, ist festzustellen, daß bei den Aufnahmen für das Bundesheer die agrarischen Kreise bevorzugt werden und vornehmlich aus den Kreisen der agrarischen Bevölkerung die Rekruten genommen werden. Das bedeutet logischerweise, daß nicht nur die Landflucht vermehrt und damit der Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft größer wird, sondern bedeutet außerdem noch — darüber soll man sich nicht täuschen —, daß auch in sonstiger Beziehung, vor allem in sozialpolitischer Hinsicht, dem Staate neue beträchtliche Lasten aufgebürdet werden. Wenn man annimmt, daß nur einige hundert oder tausend Rekruten jährlich aus der Landwirtschaft kommen, so bedeutet das, daß sie nach einigen Jahren wieder auf den Arbeitsmarkt, vor allem auf den industriellen Arbeitsmarkt, geworfen werden, daß sie dann der Arbeitslosenfürsorge anheimfallen oder andere Kräfte in der Industrie verdrängen und damit zur Steigerung der Arbeitslosigkeit beitragen. Das ist eine Politik, die wir nicht gutheißen können, weder vom Standpunkte des Heereswesens noch vom Standpunkte der Volkswirtschaft aus. Dabei ist es ja auch so, daß meistens zu viele Ausnahmen erfolgen, was in den letzten Jahren auch eine nicht unerhebliche Belastung mit sich gebracht hat und schon deshalb sehr ernsthaft zu überprüfen wäre.

Es gibt noch andere merkwürdige Dinge im Heereswesen. Ein besonderes Kapitel stellt der Pferdeluxus dar. Auch da kann ich dem Herrn Heeres-

minister mit seinen eigenen Worten aufzeigen, daß sich sein Standpunkt wesentlich gewandelt hat, seitdem er Minister geworden ist. Seinerzeit, am 12. März 1921, hat Herr Vaugoin als Berichterstatter zum Kapitel „Heereswesen“ zur Frage des Pferdewesens in der Armee wörtlich gesagt: „Es ist in der letzten Zeit eine bedeutende Vermehrung des Pferdebestandes, auf zirka 900 Pferde, vorgenommen worden. Wir werden es, wie ich hoffe, auf den halben vorgeschriebenen Stand, auf 1250 Pferde bringen können.“ Heute soll aber der Stand der Pferde in der Armee nach sehr glaubwürdigen Nachrichten 3500 Pferde betragen, also weit mehr als das Doppelte dessen, was der Heeresminister selbst einmal als ein anstrebenwertes Ziel bezeichnet hat. Da könnte angeführt werden der heutigen Entwicklung der Kriegstechnik, bei der ja die Pferde ohnedies nicht mitkönnen, sehr wohl mancherlei an Futter, Wartung usw. erspart werden. Außerdem wäre der volkswirtschaftliche Nutzen nicht gering, wenn man einen Teil dieses Pferdebestandes der Landwirtschaft zur Verfügung stellen könnte. Auf diese Weise kann man dem Bauernstand auch von dieser Seite her vielleicht etwas helfen.

Etwas ganz Merkwürdiges, man darf wohl sagen Einzigartiges, in unserer Armee ist die Briestaubenzucht. Wenn die österreichische Armee trotz ihrer Kleinheit auf irgendeinem Gebiete Vorbildliches leistet, so im Briestaubenwesen. Es sollen 5000 Briestauben heute im Heere vorhanden sein. Das ist allerdings eine sehr beträchtliche Zahl — auf drei Wehrmänner kommt eine Briestaube! Nun soll mir ein Mensch sagen, wozu man so viele Briestauben für ein so kleines Heer braucht? Wir leben doch im Zeitalter des Radios und des Telephons, es sind ja Verständigungsmöglichkeiten genug vorhanden. Aus dem Rechnungsabluß für das Jahr 1929 ist zu ersehen, daß damals eine außerordentliche Ausgabe von — ich glaube — annähernd 300.000 S für die Zwecke des sogenannten Heimatfunkdienstes gemacht wurden. Was es damit für eine Bewandnis hat, will ich in diesem Zusammenhang nicht untersuchen.

Wenn aber der Radiodienst des Heeres in den letzten Jahren ausgebaut wurde, wozu dann diese Vergrößerung der Briestaubenzucht? Das ist mir wahrhaftig ein Rätsel. Da wäre doch wohl eine beträchtliche Ersparnis an Futtermitteln wie auch an Gehältern möglich. Für das Futter der Briestauben allein sollen 26.300 S verausgabt werden. Das ist bei unseren Finanzverhältnissen wirklich etwas kostspielig. Es ist nicht zu leugnen, daß, auf dem Gebiete der Briestaubenzucht zumindest, das Bundesheer Erfolge zu verzeichnen hat. Wenigstens berichtet die „Österreichische Wehrzeitung“ am 6. Februar d. J., daß bei einer internationalen Taubenausstellung in Wien 700 Privattauben 1720 Wertungspunkte

erzielten, während schon 300 Heeresbrieftauben 1668 Bewertungspunkte erhielten, und daß die privaten Züchter von diesen Erfolgen der Heeresbrieftaubenzucht so begeistert waren, daß sie um die Überlassung von 100 Jungtauben aus den Heeresbeständen baten. Was das aber mit der Verteidigung der Grenzen unseres Landes zu tun hat, ist mir wirklich schleierhaft.

Wenn wir von Ersparungen sprechen, die im Heeresressort möglich wären, dann antwortet man uns gern, daß die Auflassung des Parlamentskommissariats eine solche Ersparungsmöglichkeit wäre. Daß das ein Herzenswunsch der Herren ist, das wissen wir ja. Aber man muß die Dinge nüchtern sehen und sich fragen, ob die Aufgaben, die die Parlamentskommission zu erfüllen hat, mit den Ausgaben, die sie verursacht, im Einklang stehen oder nicht. Dazu ist zunächst festzustellen, was offenbar nicht genug bekannt ist, daß die Funktionäre selbst, die als Parlamentskommissäre wirken, diese ziemlich umfangreiche Funktion völlig unentgeltlich leisten, daß sie keinerlei, auch nicht die geringste Entschädigung vom Staate genießen. Allerdings haben sie natürlich auch Hilfskräfte zur Verfügung. Aber dieses kommandierte Personal, das ohnedies aus den Beständen des Heeres stammt, verursacht faktisch für das Heereswesen keine Mehrkosten. Freilich berechnet man dem Parlamentskommissariat, das im Heeresamt seinen Sitz hat, wie ich höre, ziemlich hohe Beträge für seinen Apparat; so zum Beispiel für Telephon und Telegraphen 3000 S, während das ganze Ministerium 60.000 S solcher Espesen hat; für den Hausdienst, für eine Bedienerin, berechnet man 4300 S. Das sind sehr ansehnliche Beträge. Man hat fast den Eindruck, daß diese Beträge mit Absicht so hoch gehalten werden, um so beweisen zu können, daß die Parlamentskommission sehr kostspielig sei.

Wir meinen aber, daß die geringfügigen Ausgaben, die für die Parlamentskommission praktisch erwachsen, sich wirklich lohnen und daß es ungerechtfertigt ist, wenn man trachtet, diese Kontrolle loszuwerden. Die Parlamentskommission hat nach wie vor ihre gute Daseinsberechtigung.

Daß dies der Fall ist, will ich nur an einigen praktischen Beispielen beweisen. Im § 8 unseres Wehrgesetzes wird von den Heeresverwaltungsstellen gesprochen. Im Absatz 4 dieses Paragraphen heißt es (*liest*): „Den Heeresverwaltungsstellen obliegt es insbesondere, die regelmäßigen Beziehungen zur Bundesregierung aufrechtzuerhalten sowie die Werbungen zu leiten und durchzuführen.“

Es mag sein, daß sich auch auf diesem Gebiete die Dinge im Laufe der Zeit geändert haben. Aber niemand wird leugnen, daß sich lange Jahre hindurch diese Heeresverwaltungsstellen besonders bei den Werbungen und auch sonst sehr verdienstvoll bemüht haben, im Interesse der Hebung der Wehr-

kraft tätig zu sein. Heute ist auch auf diesem Gebiete ein neuer Kurs. Man verweigert tatsächlich den Mitgliedern der Kommissionen bei den Heeresverwaltungsstellen zum Beispiel das Betreten der Kasernen. Dabei sollte man doch meinen, daß es einer Heeresverwaltung, wenn die Frage auftaucht, daß ein Mitglied einer Heeresverwaltungscommission sein Amt so ernst nimmt, um in die Kaserne zu gehen und mit den Soldaten Fühlung zu nehmen, nur erwünscht sein kann, daß zwischen dem Volk und der Heeresleitung Fühlung besteht. Das ist doch der Zweck einer demokratischen Heeresorganisation und kann daher nur in den Intentionen einer demokratischen Heeresverwaltung liegen. Ganz anders bei uns! Das Heeresministerium hat es strikte abgelehnt, den Mitgliedern der Heeresverwaltungscommission das Recht zu geben, in die Kasernen zu gehen, ein Recht, das sie früher voll und unbefristet ausgeübt haben. Diese Dinge haben sich nicht etwa im roten Wien abgespielt, sondern sie sind im heiligen Land Tirol vorgekommen. Dort hat das christlichsoziale Mitglied der Heeresverwaltungscommission Bator den Wunsch geäußert, man möge den Mitgliedern der Kommission der Heeresverwaltungsstellen wieder das Betreten der Kaserne ermöglichen. Er hat diesen Wunsch damit begründet, daß ihm fortwährend Beschwerden der Soldaten zukommen und daß Beschimpfungen vorkommen sollen. Ferner hat Bator behauptet, daß in der alten habsburgischen Armee, in der wahrhaftig Rede- und Gefinnungsfreiheit nicht vorhanden gewesen ist, immer noch viel mehr Möglichkeiten bestanden haben, sich frei auszusprechen, als in der heutigen Wehrmacht. Das ist also wahrhaftig ein sehr trauriges Zeichen, wenn selbst christlichsoziale Funktionäre, denen doch gewiß das Schicksal der Wehrmacht am Herzen liegt, zu solchen Schlussfolgerungen kommen. Bator hat weiter davon gesprochen, daß in der Truppe Niedergeschlagenheit herrschen soll, daß eine Truppe, die unter solchen Bedingungen lebt, keinen inneren Wert hat. Ich will mich auf diese Dinge nicht näher einlassen, sondern nur feststellen, daß es der Wunsch eines christlichsozialen Mitgliedes der Kommission der Heeresverwaltungsstelle war und ist, die Kasernen betreten zu dürfen.

Allerdings hat man in diesem Zusammenhang auch andere Dinge gehört, die immerhin erwähnenswert sind. So soll es beim Alpenjägerregiment 12 in Innsbruck einen Oberst Wolf geben, der Mitglied des katholisch-deutschen Soldatenbundes ist. Herr Bator hat sich in der Heeresverwaltung auch dagegen gewendet, daß der Herr Oberst, der ein Freiheitlicher sein soll, Mitglied des katholisch-deutschen Soldatenbundes ist. Herr Bator findet, daß es unangebracht ist, daß ein Freiheitlicher sich in einem katholischen Soldatenbund befindet, und meint offenbar, daß die Bewegungsfreiheit der katholischen

Soldaten in diesem Bunde durch die Tatsache beeinträchtigt wird, daß ein so hoher Vorgesetzter dem Bunde angehört. Vator spricht in dem Zusammenhange von moralischen Notzuchtsakten an den Soldaten — also wahrhaftig sehr starke Ausdrücke, die wieder nicht von uns, von der Opposition, sondern von einem Mitglied und Funktionär der christlich-sozialen Partei stammen. Man muß also schon sagen, daß die Zustände im Bundesheer gewiß nicht sehr erfreulich sein können, wenn selbst Angehörige der Mehrheitsparteien zu solchen Schlußfolgerungen kommen. Es ist natürlich der Gedanke aufgetaucht, warum sich Herr Oberst Wolf dem katholisch-deutschen Soldatenbund angeschlossen hat, und man hat vielfach die Vermutung ausgesprochen, daß er diesen Schritt vielleicht deshalb getan hat, weil er wahrscheinlich länger im Heere verbleiben will. Das kann ich nicht beurteilen, immerhin wird aber von demselben Herrn Oberst auch behauptet, daß er enge Beziehungen zu Papst unterhalten haben soll, ein Umstand, der sicherlich auch sehr bedenklich ist, wenn man weiß, daß Herr Papst eben jetzt in Berlin weilen und draußen im Reiche mit den Nationalsozialisten Verhandlungen angeknüpft haben soll. In derselben Zeit, in der die nationalsozialistischen Mörder über Österreich weiter befördert werden sollten und worden sind, gibt es Offiziere, die zu Leuten, die mit den Nationalsozialisten in enger Verbindung zu stehen scheinen, Beziehungen unterhalten. Das sind bedenkliche Dinge, auf die man doch mit allem Nachdruck hinweisen muß und deren Abstellung im Interesse des Ansehens unserer Wehrmacht dringend erforderlich ist.

In der Kommission bei der Tiroler Heeresverwaltungsstelle ist übrigens auch der Wunsch geäußert worden, daß man der Mannschaft Milchkaffee zum Frühstück verabreichen möge. Auch Angehörige christlichsozialer Kreise haben sich für diesen Wunsch ausgesprochen, und es ist sicher, daß da für die Landwirtschaft Möglichkeiten einer Absatzbesserung bestehen würden. Daß es den Soldaten zu gönnen wäre, wenn sie Milchkaffee erhielten, ist ja wohl zweifellos. Das Heeresamt hat aber auch das abgelehnt. Wir verkennen nicht, daß dabei natürlich auch finanzielle Erwägungen eine Rolle gespielt haben, aber immerhin glauben wir, daß man diese Angelegenheit schon ernsthafter hätte behandeln sollen und daß es wahrhaftig nicht so ungeheure Kosten sein können, die da erwachsen wären. Der Landwirtschaft aber wäre sicher auf diese Weise auch ein wenig zu helfen gewesen, ohne daß dadurch untragbare Lasten hätten entstehen können. Dazu kommt, daß man vernimmt, daß das Heeresamt wiederholt Schützenvereinen, die sich an das Amt um Überlassung von kleinkalibrigen Gewehren gewendet haben, solche Spenden gewährt hat. Das ist eine Ausgabe, die wohl überflüssig ist, bei der gespart

werden könnte und die uns insbesondere deshalb merkwürdig erscheint, weil wir ja wissen, daß man Arbeiterschützenvereinen die kleinkalibrigen Gewehre in jener Regierungsperiode, in der der Herr Heeresminister Bundeskanzler war, abgenommen hat, obwohl sie behördlich genehmigt gewesen sind. Das ruft natürlich merkwürdige Auffassungen über die Rechtsgleichheit, die in Österreich besteht, hervor.

Dazu kommen noch all die Dinge, die man anläßlich der letzten Manöver zu lesen und zu hören bekam, dieser Manöver, die in ihrer Tendenz gegen Wien gerichtet gewesen sein sollen. Es mag sein, daß das vielleicht nicht der Fall war, aber man hätte es, wenn man in der Heeresverwaltung Laß beseßen hätte, wenigstens vermeiden müssen, daß in einer Zeit innerer Spannungen auch noch justament solche Manöver abgehalten werden, die den Eindruck erwecken müssen, als ob es letzten Endes dem Heere darauf ankäme, unter Umständen einmal die Hauptstadt, in der die Mehrheit der Bevölkerung nicht derselben politischen Gesinnung ist, zu erobern. Dabei weiß man ja, daß diese Pläne offenbar auch zum guten Teil damit zusammenhängen, daß man unter Umständen auch mit den Heimwehren kooperieren wollte. Wenn man sich jetzt demgegenüber die letzten Nachrichten vor Augen hält und sieht, daß jetzt das Bundesheer gewissermaßen als Schiedsrichter zwischen den einzelnen Heimwehrguppen fungieren muß, dann ist das ein sehr merkwürdiges Zusammentreffen von Umständen, und man sieht da immerhin, wie weit die Dinge gediehen sind, daß also die Heimwehrebewegung nicht ein richtiger Partner für irgendwelche staatliche Machteinrichtungen sein kann. Im übrigen waren diese Manöver und alles, was drum und dran gegangen hat, gewiß eine großzügige Propaganda für die christlichsoziale Partei. Auch das kann nur unser ärgstes Befremden erregen, und wir müssen fordern, daß auch diese Dinge in Zukunft von anderen Gesichtspunkten aus betrachtet und behandelt werden. Da aber derselbe Heeresminister, unter dem all dies geschehen ist, noch immer Minister ist und das Ressort verwaltet und wir zu ihm natürlich kein Vertrauen haben können, so kann man auch von uns nicht erwarten, daß wir unsere Zustimmung zu diesem Budget geben, sondern unsere Parole kann unter diesen Umständen nur lauten: Diesem System keinen Groschen! *(Lebhafter Beifall links.)*

Rösch: Hohes Haus! Nachdem mein Kollege Heinz das Kapitel „Heereswesen“ im allgemeinen behandelt hat, will ich die Anwesenheit des Herrn Ministers für Heereswesen dazu benutzen, mich mit ihm, respektive mit dem, was er hier in diesem Hause seinerzeit gesprochen hat, ein wenig zu beschäftigen. Ich tue das aus dem Grunde, um den Nachweis zu erbringen, daß das, was der Herr

Minister für Heereswesen hier im Hause zu sagen pflegt, nicht immer als ein Dogma aufzufassen ist. Ich will zu diesem Zwecke darauf hinweisen, daß ich in der vorjährigen Budgetdebatte bei der Behandlung des Kapitels „Heereswesen“ über eine Reihe von Unzukömmlichkeiten im Heereswesen gesprochen habe, und zwar deshalb, weil sie unbedingt von dieser Stelle hier einer Erörterung unterzogen werden mußten. Insbesondere waren es zwei Fragen, mit denen ich mich im wesentlichen beschäftigt habe: es war einerseits die nach meiner Auffassung vollständig ungerechte Anwendung des Einquartierungs-gesetzes und andererseits die geradezu furchtbare Konkurrenz, die die Militärarmistikapellen unseren Zivil-militären bereiten. Nach mir hat der Herr Minister für Heereswesen gesprochen, er hat mir in bezug auf die Aufteilung, respektive auf die Anwendung des Einquartierungsgesetzes vollständig recht gegeben und hat auch versprochen und die bindende Erklärung abgegeben, daß diesem Übelstande abgeholfen wird. Ich habe nämlich darauf verwiesen — und muß das heute hier anführen, um das, was der Herr Minister im vorigen Jahre im Hause mit einer bindenden Zusage belegte, hier entsprechend zu beleuchten —, ich habe darauf hingewiesen, daß es eine ganze Reihe von größeren Garnisonsorten gibt, die über gemeindeeigene Kasernen verfügen; diese Kasernen werden von der Heeresverwaltung auf Grund des Einquartierungsgesetzes angefordert. Solche Kasernen gibt es in Kornenburg, Klosterneuburg, St. Pölten, Stockerau usw. Insbesondere in Stockerau befindet sich eine große Kaserne, in der alle Waffengattungen untergebracht sind. Auf Grund des Einquartierungsgesetzes wurde nun ein Grundareal von zirka 15.000 Quadratmeter angefordert. Es befinden sich dort ausgedehnte Baulichkeiten, vor allem ein ausgedehntes Mannschaftsgebäude, ein Marodenhause, Stallungen, Wagenschuppen, Remisen und eine riesige gedeckte Reitschule mit 1600 Quadratmeter. Für alles das zusammen bekommt die Gemeinde den königlichen Betrag von sage und schreibe 5 S 50 g. (*Rufe links: Hört! Hört!*)

Das ist aber noch nicht alles. Die Gemeinde muß außerdem ein Zwanzigstel der Instandhaltungskosten bezahlen, so daß die Gemeinde für die Bereitstellung dieses ungeheuren Gebäudekomplexes nicht nur nichts bekommt, sondern noch jährlich 1000 bis 1200 S Instandhaltungskosten bezahlen muß. Das ist doch nichts anderes als eine glatte Enteignung von Gemeindevermögen. Ich habe damals ausdrücklich darauf verwiesen, daß ein solches Vorgehen der Heeresverwaltung, die sich auf Kosten der Gemeindesteuerzahler einen Nutzen verschafft, sicherlich nicht geeignet ist, das Ansehen unserer gegenwärtigen Heeresverwaltung besonders günstig zu beeinflussen.

Der Herr Heeresminister hat darauf geantwortet, er gebe ohne weiteres zu, daß dieser Zustand unhaltbar ist, er habe aber nichts unternehmen können, weil das Mietengesetz es nicht zuließ, den Gemeinden ein größeres Entgegenkommen zu zeigen. Wenn, sagte der Herr Heeresminister, das Mietengesetz novelliert werden sollte, werde es sein erstes sein, die Entschädigungen für gemeindeeigene Objekte, die die Heeresverwaltung anfordert, den bestehenden Bestimmungen des Mietengesetzes anzugleichen. Auf meine Frage, was mit den Instandhaltungskosten sein werde, erklärte der Herr Heeresminister, daß auch sie den Bestimmungen des Mietengesetzes angeglichen werden sollen. Bis zum heutigen Tage ist aber trotz der Zusage des Herrn Ministers in dieser Sache nichts geschehen.

Doch ich will nicht ungerecht sein: der Herr Minister hat etwas gemacht. In dieser gemeindeeigenen Kaserne befinden sich nämlich auch Mietwohnungen. In einem großen Marodenhause wurden vor längerer Zeit Mietwohnungen adaptiert, die von Militärbeamten und Offizieren bezogen wurden. Ungefähr zwei Monate nach der Behandlung dieses Kapitels hier in diesem Hause hat es der Herr Minister für Heereswesen sofort für notwendig gefunden, die Mietzinse in diesen Wohnungen auf das 3600fache zu erhöhen (*Hört! Hört! links*), aber nicht vielleicht, um der Gemeinde davon eine Entschädigung zu geben, sondern die Heeresverwaltung hat das Geld ruhig in ihre Taschen fließen lassen. Die Gemeinde bekommt bis heute nicht mehr als 5 S 50 g pro Jahr. Man muß also Äußerungen, die hier vom Herrn Minister für Heereswesen gemacht werden, mit äußerster Vorsicht aufnehmen, weil sonst, wenn man nicht äußerste Vorsicht walten läßt und damit rechnet, daß nunmehr die Gemeinden eine höhere Entschädigung bekommen, sich dies für die Gemeinden bitterböse rächen könnte. Ich will nicht einmal dem Herrn Minister die Schuld geben, er hat vielleicht im Drange der Geschäfte seine damalige Zusage vergessen. Vielleicht sind diejenigen schuld, die ihm die Informationen für seine Reden hier geben, seine sogenannten Ohrenbläser. Es wäre jedenfalls gut, wenn der Herr Minister bei allen Reden und Informationen, die er bekommt, ebenfalls äußerste Vorsicht walten lassen würde. Ich will aber die heutige Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne den Herrn Minister ganz ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß der gegenwärtige Zustand absolut unhaltbar ist und unter allen Umständen deshalb aus der Welt geschafft werden muß, weil sowohl der Herr Bundeskanzler als auch der Herr Finanzminister von dieser Stelle aus wiederholt darauf hingewiesen haben, daß auf der ganzen Linie gespart werden muß. Wenn der Herr Minister für Heereswesen dieses Sparen in der Weise auffaßt, daß er das, was er zu zahlen hätte, einem anderen zu

zahlen überläßt, so wäre das eine sehr bequeme Art des Sparens. Aber da ich glaube, daß das Sparen ernst zu nehmen ist und die Gemeinden absolut nicht in der Lage sind, diesen Zustand länger andauern zu lassen, da sie ohnedies unter der furchtbaren Wirtschaftskrise zu leiden haben, muß ich an den Herrn Minister appellieren, daß er wenigstens bei der jetzigen Budgetdebatte das Wort einlöst, das er bei der vorjährigen Budgetdebatte hier im Hause in bindender Weise gegeben hat. Jedenfalls könnten Sie sich, Herr Minister, als guter Christ eine Stufe in das Himmelreich bauen, wenn Sie diese Einlösung rückwirkend vornehmen würden.

Ich habe seinerzeit von der großen Konkurrenz der Militärmusiken gegenüber den Zivilmusikkapellen gesprochen und darauf hingewiesen, daß die Verhältnisse unter den Zivilmusikern derart traurig sind, daß es viele hunderte, ja sogar akademisch gebildete Musiker gibt, die mit ihren Familien hungern müssen, weil sie arbeitslos sind. Der Herr Minister hat damals erklärt, es sei nicht richtig, daß die Militärmusikkapellen den Zivilmusikern Konkurrenz machen, und zwar deshalb nicht richtig, weil die Militärmusiker verpflichtet sind, den Tarif der Zivilmusiker genauestens einzuhalten. Nun möchte ich, Herr Minister, darauf hinweisen, daß auch das nicht richtig gewesen ist, was Sie voriges Jahr in dieser Richtung gesagt haben. Ich hatte leider im Vorjahr nicht die Möglichkeit, Ihnen an der Hand unwiderleglicher Beweise die Unrichtigkeit Ihrer Behauptung vor Augen zu führen. Heute aber habe ich Informationen bei mir, die ich vorsichtsweise eingeholt habe und in denen folgendes steht: Der Regimentskapellmeister Gustav Gaigg des Infanterieregiments Nr. 3 hat an sämtliche Konzert- und Vergnügungslokalinhaber ein Offert gerichtet, aus dem hervorgeht, daß die Tarife nicht eingehalten werden, daß ferner die Militärkapellmeister sich mit jeder Besetzung, und zwar Original-Jazzband, Bauernkapellen, Schrammeln und Salonkapellen in der Stärke ab vier Mann, antragen. Aus einer Beilage, die ich ebenfalls hier habe, ist ersichtlich, daß zum Beispiel in der Gastwirtschaft Gschwandtner regelmäßig Fröhshoppenkonzerte der Regimentsmusik Nr. 4 stattfinden. In Tribuswinkel hat im vorigen Fasching beim Kränzchen des Deutschen Turnvereines die Militärkapelle des Infanterieregiments Nr. 1 von Wiener Neustadt mit zwölf Mann in der Zeit von 20 Uhr abends bis 4 Uhr früh um 240 S gespielt. Hier ist der Beleg dazu. (Dr. Hueber: Ich glaube es schon!) Es handelt sich nicht darum, daß Sie es glauben, Herr Doktor, sondern es handelt sich darum, daß es der Herr Minister glaubt. (Bundesminister Vaugoin: Wieviel Mann haben da gespielt?) Das steht nicht hier. (Bundesminister Vaugoin: Darauf kommt es an!) Die Tarife werden nicht eingehalten. Von den 14 S

pro Mann fließen 25 Prozent der Musikerkasse zu, die Restsumme wird je nach der Leistung auf die Mannschaften aufgeteilt. Dazu kommt noch, daß die Unternehmer für die Verwendung von Militärkapellen weder die Fürsorgeabgabe noch sonstige soziale Abgaben zu leisten brauchen. Der Herr Minister wird sich erinnern, daß ich im Vorjahre auf seine Erwiderung, daß die Militärmusiker die Tarife einhalten müssen und daher den Zivilmusikern nicht Konkurrenz machen können, ausdrücklich darauf hingewiesen habe, daß die Militärmusiker weder eine Lustbarkeitsabgabe noch sonstige Abgaben zu leisten haben. In der Monarchie war die Verwendung von Militärmusikern für Salonkapellen und Schrammeln streng verboten. Bei uns ist das leider nicht der Fall. Da die Spieltätigkeit der Militärkapellen in Konzertlokalen und Vergnügungstätten eine regelmäßige ist, werden allwöchentlich durchschnittlich 100 arbeitslose Berufs Musiker in Wien um den in Betracht kommenden Arbeitsverdienst gebracht.

Nun möchte ich Ihnen, Herr Minister, hier das Offert vorlegen, das der Kapellmeister Gustav Gaigg an eine ganze Reihe von Gastwirtschaften gerichtet hat. Da heißt es (*liest*): „Die Regimentsmusik des Infanterieregiments Wien Nr. 3 (Krennweg Kaserne) gestattet sich höflichst, für die kommende Saison, Konzerte, Bälle u. dgl. Veranstaltungen ihre Tarife bekanntzugeben.“ Da heißt es nun: Für die Dauer von fünf Stunden 14 Mann und Kapellmeister 262 S, 16 Mann und Kapellmeister 290 S usw., jeder weitere Mann 14 S. Dann geht aus diesem Offert hervor, daß die Militärmusikkapelle nicht nur als Militärmusikkapelle auftritt, sondern daß sie auch in Zivil den Zivilmusikern schwere Konkurrenz bereitet, denn in der zweiten Abteilung in Zivil sind für die Dauer von fünf Stunden die Ansätze festgesetzt, die Anzahl der Musiker und außerdem jeder weitere Mann mit 14 S. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß in den Tarifen für die Zivilmusiker der Mann mit 15 S fixiert ist. Diese Belege beweisen aber, daß die Militärmusiken unter dem Ziviltarif arbeiten, und es ist daher die Behauptung des Herrn Ministers vom Vorjahr hiedurch entsprechend widerlegt.

Außerdem heißt es hier (*liest*): „In sämtlichen Aufstellungen sind bei Ballmusik je fünf Mann mit Original-Jazzbandinstrumenten vertreten. Außerdem stellt die Regimentsmusik Original-Jazzband- und Bauernkapellen in jeder Stärke von fünf Mann aufwärts bei.“ Wenn man bedenkt, daß die Militärmusikkapellen in der Regel aus 42 Mann bestehen und schon von fünf Mann aufwärts vermietet werden können, so ist damit in Anbetracht dessen, daß wir vier solcher Musikkapellen haben, der Beweis erbracht, daß die Militärmusiken auf zirka 50 Stellen zu gleicher Zeit spielen können. Das

bedeutet selbstverständlich eine ganz unglaubliche und unverantwortliche Zurückdrängung der Zivilmusiker. (Weiser: Schmutzkonkurrenz!) Das ist im wahren Sinne des Wortes Schmutzkonkurrenz! (Rufe links: Sehr richtig!) Ja, ich glaube nicht, daß der Herr Minister für Heereswesen diese Dinge zu widerlegen imstande sein wird. Ich habe hier noch eine ganze Reihe von Belegen, wie zum Beispiel betr. ein Frühschoppenkonzert, wo die Deutschmeister gespielt haben usw. Ich habe auch hier Bestätigungen aus Tribuswinkel von einem Kapellmeister, der für zwölf Mann, die von 8 Uhr abends bis 4 Uhr früh gespielt haben, 240 S bekommen hat. Ich glaube, daß damit jedenfalls die Behauptung, die der Herr Minister für Heereswesen im Vorjahre hier vorgebracht hat, widerlegt ist. Ich will ihm keine böse Absicht beimessen, ich glaube aber, daß er, nachdem das Daten sind, die nicht hinwegzuleugnen sind und über die er nicht so leicht hinwegkommen wird, heute unbedingt wird zugeben müssen, daß diesem Abel je früher, desto besser gesteuert wird. Ich erlaube mir diesbezüglich auch folgenden Antrag hier einzubringen (liest):

Entschließungsantrag der Abg. Rösch, Müller u. Gen.:

„Der Bundesminister für Heereswesen wird aufgefordert, die erwerbsmäßige Ausübung der Musik durch Militärmusikkapellen für die Dauer des außerordentlichen Notstandes der Musikerschaft zu untersagen.“

Hohes Haus! Diese zwei Fragen, die ich mir heute hier vorzubringen erlaube, sind sicherlich geeignet, die Heeresverwaltung zu veranlassen, alles daranzusetzen, um hier Remedur zu schaffen. Es geht unmöglich an, daß sich die Heeresverwaltung auf Kosten der Steuerzahler in den Gemeinden bereichert und für die Mietwohnungen in den gemeindeeigenen Kasernen den 3600fachen Friedenszins einhebt, während sie die Gemeinden mit einem Pappenstiel abfertigt. Hier muß unter allen Umständen Wandel geschaffen werden, wobei noch zu fragen ist, ob die gegenwärtige Heeresverwaltung überhaupt berechtigt ist, das Einquartierungsgesetz in Anwendung zu bringen. Im Jahre 1920 wurde allerdings das Einquartierungsgesetz als zu Recht bestehend erkannt. Aber überall dort, wo es der Heeresverwaltung einen finanziellen Nachteil bringen könnte, lehnt sie es ab, der Nachfolger des früheren Militärärars zu sein, und überall dort, wo es ihr einen Vorteil bringt, ist sie mit derselben stereotypen Sicherheit der Rechtsnachfolger des Militärärars. Es ist also sehr zweifelhaft, ob die Anwendung des Einquartierungsgesetzes gerechtfertigt ist oder nicht. Ich bitte daher den Herrn Minister, nach dieser Richtung hin endgültig Stellung zu nehmen — ich glaube es Ihnen nicht, wenn Sie es heute wieder

sagen und es nicht machen, merken Sie sich das! Zeigen Sie, daß Sie einmal die Wahrheit reden können, und führen Sie es einmal durch, was Sie hier versprechen, und sehr viele Gemeinden werden Ihnen dafür dankbar sein.

Ebenso bitte ich den Herrn Minister, dafür zu sorgen, daß mit Rücksicht auf das namenlose Elend, das unter den Zivilmusikern besteht, endlich einmal diese Schmutzkonkurrenz der Militärmusiken aufhört.

Im übrigen bitte ich das hohe Haus, den von mir gestellten Antrag anzunehmen. (Lebhafter Beifall links. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Ramek den Vorsitz übernommen.)

Der genügend gezeichnete Entschließungsantrag Rösch wird zur Verhandlung gestellt.

Raab: Hohes Haus! Alle Jahre im Winter, wenn das Parlament das Budget der Regierung verabschiedet, ergibt sich beim Kapitel „Heereswesen“ das gleiche Bild und die gleiche Situation. Schon im Finanzausschuß wendet sich regelmäßig der Herr Abg. Deutsch, der gleichzeitig Führer des Republikanischen Schutzbundes ist, in seinen Ausführungen gegen dieses Ministerium, und es wird alles zusammengetragen und herausgesucht, um Kritik üben zu können. So hat im vorigen Jahre eine Polonaise eine Rolle gespielt, wo dann am Schluß die beiden Buchstaben C und B gebildet wurden. Auch das ist dem Heeresminister vorgeworfen worden. Heuer sind es die Briestauben. Wenn irgendein Pfarrer einen Brief schreibt und einen Bauernburschen zur Aufnahme in das Heer empfiehlt, so wird das dem Heeresminister vorgeworfen; wenn irgendein Wehrbundunteroffizier eine ungeschickte Bemerkung gemacht hat, wird das zusammengetragen und gesammelt. Diese kleinliche Kritik wird alle Jahre immer wieder anlässlich der Beratung des Kapitels „Heereswesen“ im Finanzausschuß geübt und dann auch ins offene Haus hineingetragen.

Heuer hat an Stelle des Führers des Republikanischen Schutzbundes dessen Stellvertreter Kritik geübt. Die Kritik am Heereswesen ist von der Sorge und der Mahnung ausgegangen, daß der Aufwand dieses Ministeriums ein zu großer sei. Diese Haltung steht im Gegensatz zur früheren Kritik, in der sich der Abg. Dr. Deutsch immer wieder über die niederen Stände, über die mangelhafte Ausrüstung des Heeres beklagt und immer mehr für das Heeresministerium verlangt hat. Heuer wird zum erstenmal das Heereswesen im gegenteiligen Sinne kritisiert.

Wenn man von der Wirtschaftsnot ausgeht und zum Sparen mahnt, so halte ich zum Beispiel in der Gemeinde Wien die Haltung einer Gemeindevache, die 4½ Millionen Schilling kostet, für vollkommen überflüssig. Und wenn der Herr Abg. Heinz zum Sparen mahnt, so lade ich ihn ein, die Verwaltungen von rot verwalteten Städten, wie es St. Pölten und

Wiener Neustadt sind, zu überprüfen. (*Heinz: Das steht nicht zur Diskussion!*) Gewiß, auch. (*Dr. Eisler: Es ist angenehmer für Sie, davon zu sprechen!*) Gewiß, weil es in einer Wirtschaftsnot, wie sie in St. Pölten herrscht, sehr angezeigt wäre, wenn die Bezüge der Stadträte und der Gemeinderäte herabgemindert würden.

Wenn der Herr Abg. Heinz alle Ausgaben für das Heereswesen auf einmal für überflüssig erklärt (*Heinz: Alle nicht!*) und meint, daß das Militär einzig und allein zum Grenzschutz da sei, so ist es richtig, daß dieses kleine Militär, welches wir haben und welches in erster Linie die Aufgabe hat, unser Heimatland im Falle auswärtiger Wirren zu verteidigen, eben weil es eine kleine Truppe ist, vorzüglich ausgerüstet sein muß. Aber dieses Militär ist nicht nur für die Aufgabe bestimmt, gegen den äußeren Feind aufzutreten, sondern auch Ruhe und Ordnung im Innern Österreichs aufrechtzuerhalten. (*Zwischenrufe links.*) Gewiß, wir haben gerade in den roten Städten immer wieder erlebt. . . (*Erneute Zwischenrufe links.*) Ich werde Ihnen gleich ein Beispiel erzählen. Gerade in diesen roten Städten haben wir, die Minoritätsgruppen, die Sicherung durch das Militär, durch unser österreichisches Heer, sehr oft wohlthuend empfunden. Das Militär hat Beweise dafür erbracht, daß es ein wertvolles Instrument zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ist, nicht nur im Juli des Jahres 1927, nicht nur beim Heimwehraufmarsch in Wiener Neustadt, sondern gerade in St. Pölten, am 4. Mai 1930, als dort ein Heimwehraufmarsch stattfand und Sie, meine Herren von der Opposition, aus reinem Mutwillen 15.000 Schutzbündler als Gegendemonstration am gleichen Tage und zur gleichen Stunde zusammengezogen haben. Die ganze Bevölkerung der Stadt, die Geschäftsleute und die ganzen Wirtschaftskreise danken es dem Militär und dem Heeresminister, daß dieser durch seine Truppen in dieser Weise Ruhe und Ordnung in der Stadt zu sichern und aufrechtzuerhalten verstanden hat. (*Heinz: Die wäre besser ohne Militär aufrechtzuerhalten gewesen!*) Nein, Sie sind am Trabrennplatz eingesperrt gewesen und mußten dann auf die Bahn transportiert werden! (*Heiterkeit rechts.*)

Man wirft dem Heereswesen die vielen Generale vor. Nun, auch bei den Stadtverwaltungen der Sozialdemokraten gibt es eine sehr große und eine sehr hohe Bürokratie, und man soll doch in erster Linie in seinem eigenen Parteilager aufräumen, wenn man anderen in dieser Beziehung einen Ratsschlag erteilt.

Wir sind der Meinung, daß bei der Reform des Wehrgesetzes die Parlamentskommission eine überflüssige Ausgabe bedeutet. Es wäre wertvoll, wenn einmal ein Bericht über die Tätigkeit dieser Parlamentskommission erstattet würde. Sie ist heute auch

deshalb überflüssig, weil ja (*Zwischenrufe*) das Parlament nicht mehr der oberste Kriegsherr ist, sondern der Bundespräsident. Es ist in keinem Ministerium der Fall, daß die Tätigkeit des Ministers durch eine parlamentarische Kommission verzögert und behindert wird. Das Heer ist nach unserer Auffassung ein Instrument der Sicherung und der Ruhe für das gesamte Volk. Und wenn Sie in Ihrer Kritik gegen den Heeresminister alle Jahre Ihren ganzen Parteiapparat spielen lassen, um nur alle möglichen Kleinigkeiten gegen das Ministerium zusammentragen zu lassen — das eine hat der Herr Minister im Gegensatz zum Generalissimus Deutsch für sich voraus: er hat in der Bevölkerung durch das Militär den Gedanken gefestigt, daß sich unser österreichisches Volk heute auf diese Truppe in allen Tagen und in allen Stunden der Not verlassen kann! (*Lebhafter Beifall rechts.*) Und deshalb ist Ihre Kritik so kleinlich. Sie üben ja sogar daran Kritik, wenn ein paar junge Leute aus der Landbevölkerung in das Militär aufgenommen werden. Der Herr Minister hat im Finanzausschuß schon erklärt, daß ihr Prozentsatz ein geringer ist und daß der Großteil der Soldaten sich aus den Städten rekrutiert. Aber wir können doch nicht deshalb, weil diese jungen Burschen nicht Ihrer politischen Meinung sind, irgendwelche Maßnahmen treffen, durch die sie überhaupt vom Militärdienst ausgeschlossen würden. Auch die haben ein Recht auf den Militärdienst, und gerade das Heeresministerium sorgt sehr vorbildlich für die Überführung dieser Leute in den öffentlichen und privaten Dienst und auch in die Industrie, so daß sie nach Ablegung ihrer Dienstleistung zum Großteil wertvolle Mitglieder unseres Staates werden.

Auch bezüglich der Erhöhung des Etats des Heeresministeriums halten wir es für eine kleinliche Kritik, wenn Sie meinen, daß die ganze Abgabenteilung aus dem Ressort des Heeresministeriums allein hätte bestritten werden können. Die Steigerung der Ausgaben vollzieht sich hier normal wie in allen Ministerien, und ich verweise darauf, daß ein Großteil dieser Ausgaben ja für den Sachaufwand verwendet wird und daß es daher schließlich wieder Industrien, Arbeitgebern und Arbeitnehmern zugute kommt, wenn für die Ausrüstung unseres kleinen, aber guten Heeres etwas geleistet wird.

Wir danken daher dem Minister und seinem Ministerium für die Tätigkeit, die er bei der Entwicklung unseres Heereswesens in Österreich entfaltet hat, und wir sehen den besten Beweis für den Wert dieser Tätigkeit darin, daß Sie in Ihrer Kritik gegenüber unserem Heere und unserem Bundesministerium für Heereswesen die Leistungen des Ministers und seiner Beamten nur mit kleinlichen Dingen heruntersetzen wollen, während im Gegenteil bei den Manövern, die Sie ja auch kritisiert haben, immer wieder zutage tritt, daß die Bevölkerung dieses Heer begeistert aufnimmt und nicht nur die Bürgermeister

der Mehrheitsparteien, sondern auch die sozialdemokratischen Bürgermeister es sich gerade anlässlich der vorjährigen Manöver nicht haben nehmen lassen, unser Heer immer und überall freundlich zu begrüßen. *(Heinz: Dafür durften sie nicht zum Empfang gehen!)* Gewiß, der Herr Dr. Deutsch war bei allen Manöveraktionen selbst draußen und ist nirgends vernachlässigt worden.

Wir sind daher in der Lage, für den Heeresetat zu stimmen, und sagen nach wie vor dem Herrn Minister für seine Arbeit unseren herzlichen Dank. *(Lebhafter Beifall rechts.)*

Deuath: Hohes Haus! Wenn der Landbund zu dem Kapitel „Heereswesen“ Stellung nimmt, so läßt er sich vor allem von zwei Gesichtspunkten leiten — es ist dies die Anerkennung der unbedingten Notwendigkeit einer verlässlichen, disziplinierten, schlagfertigen Wehrmacht und anderseits die Feststellung der eben solchen Notwendigkeit, auf Grund unserer heutigen ersten wirtschaftlichen Lage auch auf diesem Gebiete die möglichsten Ersparungen durchzuführen. Wir sind uns bewußt, daß Ruhe und Ordnung im Staate die Voraussetzung bilden, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau durchführen zu können. Wir wissen aber auch, daß Ruhe und Ordnung im Staate nur dann herrschen können, wenn die Staatsexekutive — Gendarmerie, Polizei und Wehrmacht — entsprechend ausgebaut und verlässlich ist. Ich will hier namens meiner Fraktion mit Dank und Anerkennung feststellen, daß diese Organisationen der Exekutive sich in bester Ordnung befinden und in der Lage und auch willens sind, jederzeit dem Gesetze und dem Rechte Geltung zu verschaffen. *(Zustimmung in der Mitte.)* Der Landbund, der in friedlicher, evolutionärer Entwicklung sich eine Festigung der politischen, eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse verspricht und erwartet, will also gerne der Wehrmacht, der Exekutive Verständnis entgegenbringen. Wir müssen auch sagen, daß in den letzten Jahren die Wehrmacht einen dankenswerten Aufschwung genommen hat und daß in den weitesten Bevölkerungskreisen das Vertrauen zur Wehrmacht gestärkt und gefestigt wurde. Wenn ich aber, hohes Haus, diese Anerkennung uneingeschränkt hier vorbringe, so fühle ich mich doch auch verpflichtet, auf Erscheinungen aufmerksam zu machen, die nicht nur bei uns, sondern ebenso in weiten Kreisen der Bevölkerung Anlaß zur Kritik geben müssen. Wir haben von jeher die Forderung nach Entpolitisierung des Heeres vertreten. *(Zustimmung beim Landbund.)* Nach dem Kriege mußten wir erleben, daß die sozialdemokratische Partei die Wehrmacht bald dazu ausgenutzt hätte, um eine sozialdemokratische Parteigarde daraus zu machen, und wenn heute die Opposition sich wundert, daß sich die Verhältnisse geändert und leider ver-

fehrt haben, so muß ich, obwohl ich diese heutigen Zustände keinesfalls gutheiße, wie Sie aus meinen Ausführungen erkennen werden, doch gerechterweise feststellen, daß halt die Sozialdemokratie die erste Partei war, die die Politik in die Wehrmacht gebracht hat, und schließlich und endlich ist der Militärverband zuerst gegründet worden, und dann ist die Gründung des Wehrbundes, der Soldatengewerkschaft erfolgt als Antwort, als Gegenmaßnahme zu dieser Politisierung im sozialdemokratischen Sinn. Wir sind diesen Erscheinungen immer mit großer Sorge entgegengetreten, wir haben gewarnt, und auch die Bevölkerung draußen hat immer mehr und mehr die Entpolitisierung verlangt. Heute müssen wir leider feststellen, daß diese Entpolitisierung nicht erreicht wurde, weil wir Beispiele zu Dutzenden anführen könnten, daß nicht nur von sozialdemokratischer, sondern auch von nichtsozialdemokratischer Seite parteipolitischer Mißbrauch, parteipolitische Ausnutzung von seiten auch der übrigen bürgerlichen Parteien Platz gegriffen hat. Eine Unpolitisierung, sei es in dieser oder jener Richtung, ist nicht jener Idealzustand, den wir im Interesse des Staates wünschen können. *(Rösch: Außer im Sinne des Landbundes!)* Wir haben im Landbund gar nichts damit zu tun, wir haben keine Soldatengewerkschaft, die hinter uns steht, und wenn wir eine hätten, würden wir mit ebensolcher Offenheit sprechen und uns von parteipolitischen Gesichtspunkten nicht leiten lassen. Das Heer ist für uns eine staatliche Einrichtung, aus allgemeinen Steuergeldern bezahlt, und zwar ziemlich teuer bezahlt *(Zustimmung in der Mitte)*, und daher müssen wir auch verlangen, daß dieses Heer der Gesamtheit, dem Staate, dient, daß es nicht in das parteipolitische Getriebe gezogen wird, sondern über den Parteien steht. Wenn sich aber Angehörige der Heeresmacht in irgendeiner Weise parteipolitisch betätigen, so kann ein solches Heer dem Staate nicht mehr dienen, weil es nicht mehr neutral ist und weil es den Geist der Zerfägung in sich trägt. *(Zustimmung in der Mitte.)* Durch solche Erscheinungen wird das Vertrauen der Bevölkerung zur Wehrmacht geschmälert, und die wichtigsten soldatischen Tugenden, die einem wirklichen Soldaten in Fleisch und Blut übergehen müssen: unbedingter Gehorsam, Disziplin, Zusammengehörigkeitsgefühl und Kameradschaft, können sich dann nicht entwickeln und durchsetzen.

Nach unserer Auffassung muß daher alles unternommen werden, um die Wehrmacht parteipolitischen Zwecken zu entziehen, um es den politischen Parteien unmöglich zu machen, sich um die Stimmen der Soldaten zu bewerben, wodurch die politischen Parteien selbst die Wehrmacht in das parteipolitische Getriebe hineinziehen. *(Erneute Zustimmung in der Mitte.)* Es muß weiters unmöglich gemacht werden, daß die verschiedenen Soldatenzeitleuten

aller Färbungen und auch die Gewerkschaften gegeneinander losziehen, weil dadurch nur Uneinigkeit und Zersplitterung in die Reihen der Wehrmacht gebracht wird.

Auch das Koalitionsrecht der Soldaten wird, hohes Haus, von den politischen Parteien nicht zu wirtschaftlichen Maßnahmen benutzt, sondern dazu mißbraucht, um die wirtschaftlichen und beruflichen Belange der Soldaten gegenseitig hinaufzulizitieren, um für sich Stimmung zu machen, um Mitglieder und Wähler zu werben. Es ist unsere felsenfeste Überzeugung, wobei wir der Wehrmacht und ihren Angehörigen nicht im mindesten nahe treten wollen, daß solche Erscheinungen nicht nur dem Staate nicht zuträglich, sondern geeignet sind, das Ansehen der Wehrmacht und ihrer Angehörigen herabzusetzen. Der Soldat hat eben himmelhoch über den Parteien zu stehen. Er hat keine andere Aufgabe, als seinem Eide gemäß dem Staate und der Verfassung zu dienen. *(Zustimmung in der Mitte.)*

Wir haben in der letzten Gesetzgebungsperiode den Antrag Klimann-Dewaty auf Entpolitisierung der Wehrmacht eingebracht — ohne Erfolg. In diesem Hause läuft der Antrag Wotawa-Dewaty, der leider noch nicht zur Behandlung gekommen ist. Der Herr Bundesminister hat im Budgetausschuß angekündigt, daß demnächst dem Hause eine Novelle zum Wehrgesetz unterbreitet werden wird. Eine Reform wird schon deshalb notwendig sein, weil die wehrgesetzlichen Bestimmungen mit dem Bundesverfassungsgesetz vom Jahre 1929 in Einklang zu bringen sind. Wir wollen von dieser Stelle aus den Herrn Bundesminister dringend bitten, bei der Novellierung des Wehrgesetzes unseren Wünschen auf Entpolitisierung der Wehrmacht im weitestgehenden Maße entgegenzukommen. Wir haben in diesem Sinne heute einen Resolutionsantrag eingebracht, der die Richtlinien angibt — es soll nur eine Skizze sein —, wie wir uns die Entpolitisierung in den wichtigsten Punkten vorstellen.

Der Resolutionsantrag, der in der Einleitung die Entpolitisierung verlangt, fordert konkret im Punkt 1 *(liest)*: „Die Entpolitisierung soll nach Meinung der Antragsteller insbesondere erreicht werden:“ — ich will damit sagen, daß es noch viele andere Maßnahmen geben kann, die ebenso die Entpolitisierung herbeiführen können — „1. durch Entzug des aktiven und passiven Wahlrechtes auf die Dauer des Präsenzdienstes für alle Heeresangehörigen.“ Es wird von der Opposition gesagt, dies sei nicht demokratisch, es stelle eine Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte dar. Gewiß ist es eine Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte, sie ist aber in der Sache gerechtfertigt, und wir wollen damit die Soldaten nicht hinter die anderen Staatsbürger stellen, sondern meinen, daß schon der überparteiliche Charakter allein dafür spricht, daß wir mit unserer

Forderung auf Entzug des Wahlrechtes auf die Dauer des Präsenzdienstes im Rechte sind. Auch andere Demokratien, wie das Deutsche Reich und die Tschechoslowakei haben den Soldaten das Wahlrecht entzogen. Wenn dagegen eingewendet wird, daß England und die Schweiz es nicht getan haben, so muß festgestellt werden, daß dies alte, erprobte und geklärte Demokratien sind, während unsere junge Republik noch lange nicht an diese Verhältnisse heranreicht. Wenn wir mit unseren demokratischen Auffassungen und Einrichtungen so weit sein werden wie zum Beispiel die Schweiz, werden wir es nicht notwendig haben, solche Anträge zu stellen.

In Punkt 2 fordern wir das Verbot der politischen Betätigung, der Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und Organisationen sowie der Teilnahme an politischen Versammlungen für Heeresangehörige.

In Punkt 3 verlangen wir die Beseitigung des Koalitionsrechtes mit Ausnahme der Behandlung rein wirtschaftlicher Fragen und die Auflösung der bisher parteipolitisch beeinflussten Vertretungskörper innerhalb des Bundesheeres, also des Wehrbundes, des Militärverbandes und der Deutschen Soldatengewerkschaft. Ich möchte der Wehrmacht, den Soldaten, sagen, daß ich ihnen mit diesen Forderungen nicht die wirtschaftliche Betätigung rauben, es ihnen nicht verwehren will, sich um ihre wirtschaftlichen und beruflichen Aufgaben und Bedürfnisse zu kümmern. Aber diese drei Verbände, die wir in Österreich haben, die ihren Satzungen nach unpolitisch sind, sind — das wird zweifellos von allen Richtungen zugegeben — parteipolitisch beeinflusst und werden auch parteipolitisch benutzt. Wir können uns keine Entpolitisierung des Heeres vorstellen, wenn sich diese parteipolitisch orientierten Organisationen weiterhin noch betätigen könnten. Statt daß der Soldat, wenn Wahlen vor der Tür stehen, nur für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zur Verfügung steht, wird sein Gehirn mit Parteipolitik beschäftigt, wird er in die Versammlungen gezerrt, werden von den Gewerkschaften Parolen und Flugschriften ausgegeben, und es muß einen mit Sorge erfüllen, wenn man um diese Zeit Zeitungen liest.

Daher verlangen wir viertens eine Begrenzung der Rechte der Vertrauensmänner auf das rein wirtschaftliche Gebiet. Die Vertrauensmänner haben heute das Recht, sich in Angelegenheiten der Disziplinargewalt bei Beschreibung der probeweise dienenden Wehrmänner einzumengen. Unserer Meinung nach geht diese Bestimmung zu weit, denn es greift schon an das Fundament alles Soldatentums, an den Gehorsam, wenn der Soldat seinen Vorgesetzten bei Beschreibung von Disziplinarangelegenheiten etwas dreinreden darf. Wir wollen die rein militärischen Angelegenheiten, die mit der Disziplin in engstem Zusammenhang stehen, den Vertrauensmännern nehmen und sie auf ihre wirtschaftliche Betätigung beschränken.

Schließlich verlangen wir in Punkt 5 die Auflösung der Parlamentskommission nach Durchführung dieser Maßnahmen. Ich halte genau so wie der Herr Vorredner, Kollege Raab, die Parlamentskommission für überflüssig. Ich bin überzeugt, daß die politischen Parteien das Interesse an der Parlamentskommission verlieren werden, wenn die Entpolitisierung durchgeführt ist. (*So ist es! in der Mitte.*) Zuerst die Parlamentskommission aufzulösen und dann alle anderen Maßnahmen durchzuführen, damit könnten wir uns natürlich nicht einverstanden erklären. Wir verlangen die Auflösung der Parlamentskommission nach durchgeführter Entpolitisierung.

Hohes Haus! Ich möchte noch einige Worte über Ersparungen sagen. Ich habe im Eingang meiner Ausführungen festgestellt, daß gerade wir als rein wirtschaftlich eingestellte Gruppe auch auf diesem Gebiet größere Sparsamkeit fordern. Wir sehen ja, daß die Ziffern des Ausgabenbudgets von Jahr zu Jahr steigen, und müssen offen sagen, daß die Notlage unserer Wirtschaft und unseres armen Staates so hohe Auslagen für eine Wehrmacht nicht tragen kann. (*So ist es! in der Mitte.*) Wir meinen, daß hier Ersparungen auch möglich sind, ohne daß darunter die Schlagkraft und die Disziplin des Heeres leiden müßte. Ich möchte nur ganz wenige Beispiele anführen. Wir meinen, daß die Zahl der Generalposten und der Beamtenposten der zweiten Dienstklasse zu verringern wäre. Es wurde uns im Budgetausschuß mitgeteilt, daß bei den anderen Ministerien ebenso viele Höchstposten vorhanden sind. Diese traurige Feststellung berechtigt noch lange nicht dazu, denselben Fehler beim Heereswesen zu machen. Wenn wir den Stand der Soldaten jenem der Offiziere gegenüberstellen, ergibt sich schon ein Mißverhältnis. Und wenn wir die Anzahl der Beamten in den höchsten Dienstklassen betrachten, so müssen wir, ohne den betreffenden Herrn irgendwie nahezutreten oder sie irgendwie anzugreifen, aus rein sachlichen und wirtschaftlichen Erwägungen der Ansicht Ausdruck geben, daß hier Ersparungen gemacht werden könnten. Dasselbe gilt für die Manöver und Sportfeste, die vom militärischen Gesichtspunkt selbstverständlich sehr wichtig sind, aber den Staat doch weniger kosten würden, wenn man sie vielleicht in einem vereinfachten und verkleinerten Maßstabe abhalten würde, wobei sie doch denselben Zweck erfüllen könnten. Als ich im vergangenen Jahr in Steiermark verschiedene Leute, die die Manöver beobachtet hatten, um ihre Eindrücke fragte, konnte ich auf der einen Seite aufrichtiges Lob hören — es hat zum Beispiel gerade der Bauernschaft auf dem Lande draußen gefallen, daß die Angehörigen der Wehrmacht den toten Helden des Weltkrieges vor den Kriegerdenkmälern Ehre erwiesen haben, und die bäuerliche Bevölkerung war auch davon überzeugt, daß diese Truppen verlässlich und diszipliniert sind, —

mußte aber auf der anderen Seite auch den Ausdruck tiefer Sorge darüber hören, daß hier vielleicht zu hohe Ausgaben gemacht werden. Dieser bäuerliche Steuerzahler, dem es oft nur schwer möglich ist, 10 oder 20 S als monatliche Steuerrate wegzuschicken, hat für diese Erscheinung natürlich einen weit empfänglicheren Blick als manche anderen Kreise. Wir meinen also, daß auch auf diesem Gebiet ohne Herabsetzung der Schlagkraft der Truppen Ersparungen möglich wären. Ich möchte überhaupt den Herrn Minister bitten, sein Hauptaugenmerk dem Abbau der Personallasten zuzuwenden, und meine Fraktion behält sich vor, im gegebenen Zeitpunkt, wenn solche Beratungen stattfinden, entsprechende Anträge zu stellen.

Hohes Haus! Ich habe noch einen Entschließungsantrag namens meiner Fraktion vorzulegen, durch den die Regierung aufgefordert wird, alle Schritte zu unternehmen, um die Zustimmung der Signatarmächte zum Ausbau der gesetzlichen Wehrorganisation auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht nach dem Muster des Schweizer Militärsystems zu erreichen.

Wir sind uns dessen bewußt, daß diese Frage eine schwierige außenpolitische Frage ist. Deswegen fordern wir die Regierung auf, diese Schritte zeitgerecht zu unternehmen. Wir meinen, daß wir heute, zwölf Jahre nach dem Friedensvertrag, schon diese Schritte unternehmen können. Es entspricht nicht dem Charakter und der Tradition des deutschen Volkes, sich auf die Dauer mit einem Söldnerheer abspesen zu lassen, wir stehen vielmehr auf dem Standpunkt der allgemeinen Wehrpflicht, schon aus erzieherischen Gründen für unsere Jugend, aber auch aus Gründen der Sparsamkeit. Wenn von militärischer Seite dem entgegengehalten wird, daß die Miliz unter Umständen teurer kommt, so möchte ich dem gegenüber sagen: wir brauchen nicht dieselben Löhnungen zu bezahlen wie die Schweiz, sondern wir werden einfach die Bezahlung dieses Volksheeres, ob wir nun es milizartig ausbauen oder nicht, den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen. (*So ist es! in der Mitte.*) Ich meine, daß die Parteien diesem Entschließungsantrag unserer Fraktion zustimmen können, denn je später wir mit den vorbereitenden Schritten zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht beginnen, um so später werden wir selbstverständlich in die Lage kommen, die Erlaubnis der Signatarmächte zu erhalten.

Zum Schlusse möchte ich eine Bitte an den Herrn Minister vorbringen. Die allgemeine Wirtschaftsnote wirkt sich selbstverständlich im besonderen bei unserer Grenzbevölkerung aus. Wir hören da aus dem Süden Steiermarks alle Augenblick Gerüchte, daß die südlichste steirische Garnison Straß aufgelassen werden soll. Wenn Hunderte von Menschen — mit den Familien sind es vielleicht tausend —

der Geschäftswelt und der umliegenden Bauernschaft entzogen werden, würde das selbstverständlich bedeuten, daß diese Grenzstadt und die ganze Grenzgegend überhaupt schweren wirtschaftlichen Schaden erleidet. Wir könnten eigentlich auf Grund der Interventionen, die die maßgebenden Körperschaften unternommen haben und denen mitgeteilt wurde, daß nicht daran gedacht ist, diese Garnison Straß aufzulassen, beruhigt sein, aber da diese Gerüchte nicht verstummen wollen, möchte ich doch den Herrn Minister bitten, eine Erklärung abzugeben, damit endlich diesen Gerüchten die Spitze genommen und die dortige Bevölkerung beruhigt wird.

Bei der zweiten Bitte handelt es sich um die südlichste österreichische Grenzstadt Radkersburg. Radkersburg war seinerzeit in der alten Monarchie der Mittelpunkt eines großen Wirtschaftsgebietes. Heute ist es durch die Grenzziehung nach dem Friedensvertrag an die äußerste Grenze gedrückt und nur durch die Mur von Jugoslawien getrennt. Das ganze wirtschaftliche Absatzgebiet ist zu Jugoslawien gefallen, und die Folge davon ist, daß diese Grenzstadt wirtschaftlich verdoert. Ich weiß, daß es schwer sein wird, um was ich den Herrn Minister bitte, vom Innern des Landes ein Bataillon in diese Grenzstadt zu versetzen, aber wenn man sich die besondere Not dieser Grenzbevölkerung vor Augen hält, wenn man insbesondere sich vor Augen hält, daß die dortige Bevölkerung nicht nur im Kriege, sondern nach dem Kriege, in den Umsturzjahren, ihren österreichischen Patriotismus in der Selbstwehr, in der Bauernwehr, im Bauernkommando mit ihrem Blute bewiesen hat, dann meine ich, müßten wir ein warmes Herz für diese notleidende Stadt Radkersburg und für das ganze notleidende deutsch-Steirische Grenzgebiet haben.

Diese Maßnahmen wären nicht nur grenz- und wehrpolitisch von Vorteil, sondern auch wirtschafts- und nationalpolitisch. Aus diesen Erwägungen heraus gestatten Sie mir, im Namen der Straßer, der Radkersburger, im Namen dieser wirklich besonders notleidenden Steirischen Grenzbevölkerung, den Herrn Minister zu bitten, diese meine Wünsche zu überprüfen und sie möglichst einer aufrechten Erledigung zuzuführen. *(Lebhafter Beifall in der Mitte.)*

Folgende genügend gezeichneten Anträge werden zur Verhandlung gestellt:

Resolutionsantrag der Abg. Dewath, Foppa, Ing. Tauschitz u. Gen.

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, ehe baldigst eine Reform zum Wehrgesetz einzubringen, die nicht nur die derzeit geltenden wehrgesetzlichen Bestimmungen mit dem Bundesverfassungsgesetze vom Jahre 1929 in Übereinstimmung bringt, sondern insbesondere Bestimmungen enthalten soll,

die eine restlose Entpolitisierung des Bundesheeres und der Bundesheeresverwaltung beinhalten.

Diese Entpolitisierung soll nach Meinung der Antragsteller insbesondere erreicht werden:

1. durch Entzug des aktiven und passiven Wahlrechtes auf die Dauer des Präsenzdienstes für alle Heeresangehörigen;

2. durch das Verbot der politischen Betätigung, der Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und Organisationen sowie der Teilnahme an politischen Versammlungen für Heeresangehörige;

3. durch die Beseitigung des Koalitionsrechtes. Die bisherigen parteipolitisch beeinflussten Vertretungskörper innerhalb des Bundesheeres (Wehrbund, Militärverband, Deutsche Soldatengewerkschaft) sind aufzulösen;

4. durch die Begrenzung der Rechte der Vertrauensmänner auf rein wirtschaftliche Fragen;

5. durch die Auflösung der Parlamentskommission nach der Durchführung dieser Maßnahmen.“

Entschließungsantrag der Abg. Dewath, Foppa, Ing. Tauschitz:

„Die Regierung wird aufgefordert, alle Schritte zu unternehmen, um die Zustimmung der Signatarmächte zum Ausbau der gesetzlichen Wehrorganisation auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht nach dem Muster eines Milizsystems zu erreichen.“

Dr. Hueber: Sehr geehrte Frauen und Herren! Ich möchte heute zunächst auf die Anrempelung des Herrn Dr. Kores zurückkommen. Wenn ich irgend einen Fehler begangen habe, so habe ich mich noch nie gescheut, ihn auch einzugestehen und zu verbessern. Wenn ich daher dem Herrn Abg. Forstner mit der Bemerkung von gestern unrecht getan habe, und er nicht der Vorstand dieser Automobiltaxiunternehmung, sondern der Gewerkschaft ist, so nehme ich das ohne weiteres zur Kenntnis. Aber das lächerliche hohle Pathos des Herrn Dr. Kores richtet sich von selbst, darüber brauche ich mich wohl nicht weiter zu verbreiten. Eine Richtigstellung werde ich nie verweigern, wenn sie sachlich notwendig ist, aber solche Dinge kann man eben kühl und sachlich erledigen.

Nun zur Heeresdebatte. Unser Heer trägt vielfach heute noch den Stempel seiner Entstehungszeit. Ich will damit durchaus nicht dem gegenwärtigen Heeresminister und auch nicht den übrigen Sachmaltern des Heeres irgendeinen Vorwurf machen, aber es ist ja selbstverständlich, daß die Zeit eines militärischen Zusammenbruches, auch eines militärischen Nervenzusammenbruches des ganzen Volkes, die ungeeignetste Geburtsstunde für eine Wehrmacht ist, die man sich denken kann. Wenn wir in die Umsturzzeit zurückblicken, dann müssen wir uns heute geradezu freuen, daß dem Heereswesen überhaupt wieder sachliches

Interesse zugewandt wird. Lange Zeit schien es, als wäre man in deutschen Ländern überall der Meinung, daß das Heer eine ganz überflüssige Einrichtung ist und daß ein normales Staatswesen überhaupt kein Heer braucht. Damals wurde so viel von Abrüstung und „Nie wieder Krieg!“ geredet, daß man schon von einem Friedensparadies auf Erden zu träumen versucht war. Ich kann mich erinnern, wie noch vor wenigen Jahren die Sozialdemokraten einen Versammlungsturm „Nie wieder Krieg!“ durch Österreich veranstaltet haben, wohl die lächerlichste Versammlungsfarce, die jemals in einem entwaffneten Lande stattgefunden hat, gerade in einem Lande, das diese Agitation am allerwenigsten auf der ganzen Welt notwendig hat, nach „Nie wieder Krieg!“ zu schreien und Versammlungstürme zu veranstalten.

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um allen anwesenden Volksvertretern — nicht vom Parteistandpunkt, sondern ausschließlich vom vaterländischen Standpunkt — die gegenwärtige Lage des gesamten deutschen Volkes und besonders unserer österreichischen Republik in militärischer Beziehung und im Vergleich zur Umwelt zu schildern. Der Vergleich ist ein vernichtender. Sie wissen, daß wir ein Söldnerheer besitzen. Gut! Es ist auf Grund der Friedensverträge eben so bestimmt worden, das Diktat von Saint-Germain hat uns, und das Diktat von Versailles dem Deutschen Reiche diese Beschränkung der Wehrmacht auferlegt. Die Voraussetzung dafür ist jedoch nicht eingetreten, an ihre Einhaltung hat wahrscheinlich auch schon damals überhaupt niemand gedacht. Die Voraussetzung der Beschränkung unserer Rüstungen war die allgemeine Abrüstung in Europa und in der Welt überhaupt.

Wenn wir uns da nur an der Hand einiger Vergleichsziffern vergegenwärtigen, wie es mit dieser versprochenen allgemeinen Abrüstung in der Welt aussieht, wie wir als die entwaffnete scheinbare Insel der Seligen, die nie mehr kriegerische Ereignisse zu befürchten hat, mitten drin liegen zwischen Staaten, die bis an die Zähne bewaffnet sind, so können Sie sich ein Bild machen von der Rolle, die unser Staat und das Deutsche Reich, mit einem Wort das ganze deutsche Volk, notwendigerweise in der Welt spielen müssen, aber nicht bloß in militärischer Beziehung, sondern auch sonst, denn es läßt sich ja kein Gebiet der Politik von dem anderen vollständig trennen, es läßt sich die Volkswirtschaftspolitik nicht von der politischen Macht und es läßt sich die politische Macht nicht von der militärischen Macht trennen, und es läßt sich letzten Endes auch die wirtschaftliche Bedeutung eines Volkes niemals von seiner Heeresmacht trennen. Nehmen Sie England seine Flotte und sehen Sie, was von der wirtschaftlichen Bedeutung Englands übrigbleibt! Wenn wir die Ziffern betrachten, und zwar nur den Mann-

schaftsstand — die Materialziffern würden auch ein interessantes Bild geben —, so haben wir folgende Friedensstände: Belgien über 70.000, Frankreich über 670.000, Tschechoslowakei 140.000, Polen 265.000, Rumänien 202.000, SHS. 110.000, dagegen Deutsches Reich 99.000 und Österreich ungefähr 21.000, wenn ich recht unterrichtet bin, England 129.000, Sowjetrußland, Friedensstand heute schon wieder 563.000, Italien 325.000, Ungarn ungefähr unseren Stand, vielleicht etwas stärker, Bulgarien ebenfalls, die Türkei 140.000. Das sind erst die Friedensstände. Die Kriegsstände sehen noch ganz anders aus:

Belgien 1,200.000 Mann, Frankreich 6,500.000, Tschechoslowakei 1,500.000, Polen 1,200.000, Rumänien 1,700.000, SHS. 2,000.000 Mann. Dann auf der anderen Seite: Sowjetrußland 7,000.000, England 14,000.000 bis 18,000.000, Italien 5,000.000, die Türkei 1,500.000 Mann.

Das ist, wenn man rechnet, daß Deutschland und Österreich zusammen ungefähr 150.000 Mann aufbringen, immerhin keine besonders rosige militärische Situation für uns. Aber es hat geheißen, es gibt keinen Krieg mehr, wenn wir kriegsmüde sind, wenn wir kriegsunfähig sind, wenn wir Friedensversicherungen abgeben, wenn wir Schalmeyen nach allen Seiten blasen, wird es auf der Welt nie mehr Krieg geben!

Es ist mir kürzlich ein Buch eines militärisch sicherlich ernst zu nehmenden Mannes in die Hand gekommen, die Schrift von Ludendorff: „Weltkrieg droht.“ Ich will mich hier mit dem politischen Teil der Schrift gar nicht befassen. Ich möchte nur feststellen, daß das Bündnisystem, das Ludendorff dort geschildert hat, im wesentlichen zutrifft und daß auch die militärischen Stärkeverhältnisse anzuerkennen sind — da werden auch die Herren des Heeresministeriums nicht daran zweifeln —, wenn ich auch sonst die politischen Ansichten Ludendorffs, die er dort äußert, keineswegs vollinhaltlich teile. Aber immerhin, ich habe mit Militärs über dieses Buch gesprochen, und die militärischen Möglichkeiten sind zweifellos so, wie sie Ludendorff dort geschildert hat, gegeben. Wir hätten daher allen Grund, uns gerade mit dem Gebiete des Heereswesens auf das eingehendste zu befassen und auch jene außenpolitischen Verhandlungen aufzunehmen, die uns allenfalls eine Änderung des gegenwärtigen Systems ermöglichen. Jedenfalls ist es hoch an der Zeit, da wir in die politischen Ereignisse der Zukunft nicht hineinschauen können, sich allmählich für alle Fälle, die da kommen könnten, vorzubereiten, wenigstens alles in dieser Richtung zu tun, was in unserer Macht steht.

Was unsere Einstellung zum Heer anbelangt, so ist sie aus dem Gesagten eigentlich schon ersichtlich. Wir betrachten das Heer nicht als einen Zummelplatz für die Innenpolitik, nicht als Bankapfel für

die politischen Parteien, sondern wir sehen im Heer ein notwendiges und im Ernstfall vielleicht sogar bitter notwendiges Instrument unserer Außenpolitik — wenn Sie die Einschränkung wollen —, unseres Grenzschatzes, um wenigstens das eine zu erreichen, daß es uns gelingt, die Gefahr eines Krieges auf österreichischem Boden, die bei unseren feindlichen Nachbarn keineswegs ausgeschlossen ist, zu verhindern, wenigstens unsere Grenzen davor zu schützen, wovor sie die Tapferkeit unserer Heere im Weltkrieg zu schützen vermocht hat, davor, daß Kriegshandlungen auf österreichischem Boden ausgetragen werden müssen.

Wir haben daher auch die Anträge des Landbundes mit Interesse aufgenommen und sind durchaus nicht abgeneigt, in Verhandlungen über diese Anträge einzugehen. Auch wir sind der Meinung, daß eine Entpolitisierung, und zwar eine vollständige Entpolitisierung, des Heeres das einzig Richtige für diesen Körper ist. Ich betone, daß das nicht das geringste Mißtrauensvotum gegen den derzeitigen Heeresminister beinhaltet. Im Gegenteil, wir kennen uns ja, und ich glaube, daß das Verdienst des Heeresministers, aus dem Heere das gemacht zu haben, was es heute ist, ein verwendungsfähiger und verlässlicher Körper, von allen Seiten, ohne Unterschied der Partei, anerkannt werden muß. Und ich bin auch überzeugt, daß es die erste Tat zur Entpolitisierung war, daß man jedenfalls die anfängliche politische Färbung des Heeres wenigstens teilweise modifiziert und umgewandelt hat. Ich will auch das — es wird natürlich parteipolitisch klingen — ganz sachlich und nüchtern betrachten. Die unmöglichste Gesinnung für einen Soldaten ist naturgemäß die internationale Gesinnung (*Zustimmung auf der äußersten Rechten*); denn wenn ein Mann sein Leben, sein Alles für das Vaterland einsetzen, wenn er jeden Tag bereit sein soll, Gut und Blut für das Vaterland zu lassen, und er dann internationaler Gesinnung ist, so läßt sich das schwer vereinbaren. Es hat ja in früheren Zeiten Söldnerheere gegeben, bei denen die Gesinnung keine besondere Rolle gespielt hat. Aber unser Heer ist ja doch kein Söldnerheer in dem Sinne, wie sie im Mittelalter bestanden, wo sich die Söldner irgendwo und von irgendwem, bei dem, der am meisten gezahlt hat, haben anwerben lassen und ohne Rücksicht auf Vaterland und Nationalität gegen einen andern Söldnerhaufen gegen guten Sold losmarschiert sind. Wohl ist unser Heer auch ein Söldnerheer, aber in jedem dieser Söldner ist vor allem die Vaterlandsliebe und die Liebe zum angestammten deutschen Volke so tief verankert, daß von irgendeiner internationalen Gesinnung von vornherein gar keine Rede sein kann. Das kann von außen hineingetragen werden, das kann den Soldaten verderben und ihn zu einem solchen Soldaten machen, wie sie Remarque

in seinem Film und seinem Buch geschildert hat (*Zustimmung auf der äußersten Rechten*), aber wir haben kein Interesse daran, solche Soldaten heranzuziehen. Der Soldat muß sein Vaterland und sein Volk lieben und daher auf dem gefunden, vaterländischen, nationalen Boden stehen, darf aber nicht parteipolitisch eingestellt sein. Das Parteipolitische halten wir für den Soldaten für untragbar, und wir gehen da in mancher Beziehung sogar noch weiter, als der Landbund es mit seinen Anregungen tut. Und es ist wieder kein Mißtrauensvotum gegen den Herrn Heeresminister, wenn wir den weiteren Wunsch aussprechen, daß das Heer auch unter das Kommando eines Soldaten gestellt werden soll, daß es also wirklich, wie es im Deutschen Reiche der Fall ist, einen militärischen Oberbefehlshaber des Heeres geben soll, wobei selbstverständlich der Heeresminister das Recht hätte, die großen Richtlinien der Ausbildung zu bestimmen. Aber die eigentliche Kommandogewalt halten wir in den Händen eines Berufsfolaten am besten aufgehoben, und zwar aus dem Grunde, weil unwillkürlich jeder Führer des Heeres ihm seinen Stempel aufdrückt. Ist nun der Führer des Heeres ein Politiker, so wird er ihm ganz unwillkürlich, ob er will oder nicht, einen mehr politischen Stempel aufdrücken; ist dagegen der Führer ein Soldat, so wird er ihm eher jene soldatische Note aufdrücken, die die einzige richtige für das Heer ist. Wir sind nicht der Meinung — ich betone das, um richtig verstanden zu werden —, daß der Heeresminister ein Offizier sein muß. Das ist wieder etwas ganz anderes. Als Heeresminister eignet sich in vieler Beziehung sicherlich ein Politiker, ein Zivilist, vor allem in der parlamentarischen Vertretung des Heereswesens, in der Aufrechterhaltung der notwendigen politischen Beziehungen nach allen Richtungen usw. Das liegt dem Soldaten im allgemeinen weniger. Ich weiß das, ganz offen gestanden, von meiner eigenen Natur, die sich vielleicht auch zum Soldaten besser eignet als zum Politiker. Jedenfalls begrüßen wir es, daß man sich jetzt so intensiv mit dem Heereswesen zu befassen beginnt. Dagegen muß ich sagen, dem zweiten Antrag des Landbundes (*liest*): „Die Regierung wird aufgefordert, alle Schritte zu unternehmen, um die Zustimmung der Signatarmächte“ — offenbar: des Friedensvertrages — „zum Ausbau der gesetzlichen Wehrorganisation auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht nach dem Muster des Schweizer Militärsystems zu erreichen“, können wir nicht ganz beipflichten. Die allgemeine Wehrpflicht, ohne weiteres! Auch wir halten die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in unseren Ländern für eine absolute Notwendigkeit, auch wir würden sie auf das wärmste begrüßen, schon vom nationalen Gesichtspunkte aus, weil nach unserer Auffassung auch unser Volk das Recht in Anspruch zu nehmen hat, seine volle Wehr-

kraft zu erreichen, und das kann naturgemäß nur auf dem Gebiet der allgemeinen Wehrpflicht geschehen. Dagegen können wir den Zusatz „nach dem Muster des Schweizer Milizsystems“ nicht ohne weiteres unterschreiben. Das ist eine außerordentlich schwierige Materie. Soviel ich weiß, sind sich die besten militärischen Fachleute über den Wert des Milizsystems und der einzelnen Arten des Milizsystems nicht ganz im reinen, und ich möchte mich keineswegs von Haus aus auf das Schweizer System festlegen, schon vor allem aus dem Grunde, weil es meines Wissens kein sehr billiges System ist, und zweitens deshalb, weil gerade das Schweizer System eine Voraussetzung hat, die bei uns in Österreich absolut nicht erfüllt ist, nämlich ein ausgeprägtes, starkes Vaterlandsgefühl aller Heeresangehörigen. Das Schweizer System, bei dem der Mann seine Ausrüstung mit nach Hause nimmt, ist wohl nur dann möglich, wenn jeder sich in seinem innersten Herzen, mit aller Schärfe seines Gewissens dem Vaterlande zu Treue und Ergebenheit verpflichtet fühlt. Wir sind in Österreich leider noch nicht so weit, wir leben unter viel unglücklicheren politischen Verhältnissen als die Schweiz, wir fühlen uns noch viel weniger bewogen, den Zusammenhang zu finden, den die Schweiz schon seit Jahrhunderten besitzt. Wir meinen immer noch, wir können uns bei aller politischen und wirtschaftlichen Not die Spielerei des Klassenkampfes leisten, der unser Volk zerreißt und nach außen hin zur Ohnmacht verurteilt.

Das wäre das Wesentliche, was ich ihnen zum Heereswesen zu sagen hätte. Ich schließe mich auch dem Dank anderer Herren an den Heeresminister für seine bisherige Arbeit im Heereswesen an. Der Herr Heeresminister Baugoin ist von vielen Seiten schon als ein großer Reformator des Heereswesens gefeiert worden. Ich glaube, daß er dann, wenn er die Aufgabe auf sich nimmt, auch die letzten notwendigen Reformen zu erfüllen und durchzuführen, wirklich der ist und der wird, als der er vielfach jetzt schon bezeichnet wird: der Reformator des österreichischen Heeres. Es ist nun merkwürdig, daß scheinbar auch in den eigenen parteipolitisch nahestehenden Kreisen des Herrn Heeresministers mitunter Äußerungen fallen, die nicht verständlich sind. Es liegt mir hier ein Zeitungsbericht vor — und zwar wiederholt sich das an zwei Stellen —, wonach der n. ö. Landtagsabgeordnete Behetmayer in einer öffentlichen Versammlung in Feuersbrunn erst im Februar gesagt hat (*liest*): „Die Offiziere sind feig gewesen und immer, wenn es ernst wurde, davongelaufen. Jetzt kommen sie heraus und wollen uns kommandieren, damit wir die Wadeln spreizen, und wenn es ernst wird, laufen sie wieder davon. Auch die Wehrmacht ist nichts wert, auf die können wir verzichten.“ Ich kann diesen Bericht natürlich nicht auf seine Richtigkeit überprüfen. Es ist jedenfalls eine

mehrfach gebrachte Zeitungsmeldung. Wenn das tatsächlich so sein sollte, so muß ich schon diesen Vorwurf, diese Pauschalverdächtigung gegen Offiziere, die übrigens ja auch von der Linken dieses Hauses recht oft gebraucht wurde, mit aller Entschiedenheit und Energie zurückweisen. (*Lebhafter Beifall auf der äußersten Rechten.*) Ich bin selbst im Felde gestanden, ich weiß, wie sich unser Offizierskorps geschlagen hat (*Zustimmung auf der äußersten Rechten*), und ich muß schon sagen: Es möge sich nur niemand, der es mit seiner Vaterlandsliebe ernst meint, zu solchen Parteiturteilen, beziehungsweise zu solchen einseitigen Pauschalurteilen hinreißen lassen! Wenn das von der Linken des Hauses geschieht, so ist man daran schon gewöhnt, das kränkt auch niemanden, ich glaube, auch keinen Offizier mehr. Aber die anderen Teile unseres Volkes, die vaterländisch eingestellt sind, sollten sich wohl sehr hüten, solche Dinge auszusprechen.

Abschließend möchte ich wiederholen: wir glauben nicht daran, daß wir dazu ausersehen sind, auf einer Insel der Seligen der Zukunft entgegenzuträumen, daß wir allein uns nur innere Kämpfe leisten können und von allen äußeren Kämpfen verschont bleiben werden, es braucht sich dabei nicht um Kämpfe zu handeln, in die wir selbst aktiv hineingezogen werden, sondern es können auch Kämpfe zwischen unseren Nachbarn sein. Ich glaube daher, daß wir unserem Heereswesen in der Zukunft viel mehr Augenmerk werden schenken müssen, als wir es in der Vergangenheit getan haben. Wenn mir manche andere Budgetpost als zu hoch erschien, das Heeresbudget ist mir verhältnismäßig niemals zu hoch erschienen und das hiefür aufgewendete Geld ist vielleicht eine besser angebrachte Ausgabe als manche andere. Ich glaube, daß wir sogar den letzten Rest unserer finanziellen Kraft daran setzen müssen, unser Heer so auszugestalten, wie es im Ernstfall möglicherweise von uns verlangt werden wird.

Ich wiederhole nochmals: wir erblicken im Heere nicht einen Tummelplatz für politische Parteien. Für uns ist das Heer eine heilige Einrichtung, die dem ganzen Vaterlande gehört. Für uns ist es das letzte und schärfste Mittel, das dann einzusetzen ist, wenn kein anderes mehr verfassen will. (*Lebhafter Beifall auf der äußersten Rechten.*)

Toppa: Hohes Haus! Wenn man die Ausführungen der letzten Vorredner überblickt, so muß man dem Gedanken, der soeben ausgesprochen wurde, vollinhaltlich beipflichten, daß diesmal die Debatte über das Heereswesen auf ein hohes sachliches Niveau gestellt ist. Letzten Endes ist es bei ernstlichen Beratungen doch Pflicht und Aufgabe aller Volksvertreter, mit Ernst die Dinge zu betrachten und mit Ernst und Würde das zu betonen, was nach der Meinung der einzelnen Vertreter eben zu ändern oder zu bessern wäre.

Die letzten Redner haben zunächst hervorgehoben, daß unser Heer im Laufe der zwölfjährigen Entwicklung einen Aufstieg zu einer gewissen inneren Festigung, zu einer weitgehenden inneren Disziplin genommen hat, die in der Bevölkerung gesteigertes Vertrauen zu diesem Heer hervorgerufen hat. Es ist kein Zweifel, daß, wenn ein derartiges Vertrauen erzeugt zu werden vermag, die Entwicklung jedenfalls als gut zu bezeichnen ist.

Meine unmittelbaren Herren Vorredner haben besonders zwei Momente hervorgehoben, nämlich die Frage der Landesverteidigung und die Frage der Entpolitisierung des Bundesheeres. Was die Frage der Landesverteidigung anbelangt, so glaube ich, entgegen den Rednern der Opposition sagen zu müssen, daß wir alle in diesem Hause das größte Gewicht darauf zu legen hätten, den Ausbau der Landesverteidigung unbedingt zu fördern. Ich kann in diesem Belange den Ausführungen des Herrn Abg. Hueber nur zustimmen, wenn ich auch seine außenpolitischen Erwägungen, die er daran geknüpft hat, nicht vollinhaltlich teile. Wir können uns natürlich nicht mit dem Heeresaufwande und Heeresgebilde der großen Staaten vergleichen, die ja letzten Endes auch ganz andere Ziele mit ihrem Heere verfolgen. Wir wollen mit unserem Heere — und das steht auch in unserer Verfassung — nicht mehr und nicht weniger als in erster Linie — das ist wohl die vornehmste Aufgabe des Heeres — unsere Grenzen schützen; Grenzschutz, Grenzverteidigung, Landesverteidigung. Wenn dieser Aufgabe die ganze Kraft der Heeresleitung gewidmet ist, dann hat auch das Volk die Verpflichtung, schwere Aufgaben finanzieller Natur zu erfüllen. Nun scheint mir allerdings, daß über die Frage der Landesverteidigung seitens des Heeresministeriums nicht soviel gesagt wird, als es wünschenswert wäre. Es wäre wohl notwendig, daß das Heeresministerium einmal daranginge, seine diesbezüglichen Pläne und Ziele der Öffentlichkeit in klarer Weise bekanntzugeben. In dieser Hinsicht müßte intensiver gearbeitet werden, und zwar nach den verschiedensten Richtungen. Schon vom Standpunkte der Landesverteidigung muß die Frage aufgeworfen werden, ob unsere Heeresorganisation in allen Belangen entsprechend ist. Der Herr Vorredner, der Herr Abg. Dr. Hueber, hat, allerdings von einem ganz anderen Gesichtspunkte ausgehend, gesagt, daß die Trennung von Heeresleitung und Heeresverwaltung sehr wünschenswert wäre. Ich glaube auch, daß wir dem unbedingt unser Augenmerk zuwenden müssen, denn es ist jedem Laien — man braucht dazu nicht Fachmann zu sein — ohne weiteres ersichtlich, daß die weitestgehende Vorbereitung für die Ziele des Grenzschutzes und der Landesverteidigung einen Mann an die Spitze des Heeres fordert — ohne daß die Befehlsgewalt des Bundespräsidenten und des Ministers für Heereswesen ausgeschaltet wird —

der absolut und nur Fachmann ist und sich als solcher unabhängig und unbeeinflusst ganz allein dieser Aufgabe zu widmen vermag. Wir müssen daher den Herrn Minister für Heereswesen ersuchen, bei der Schaffung einer Novelle zum Wehrgesetz dieser Frage sein ernstestes Augenmerk zuzuwenden. Man kann sich auch kaum vorstellen, daß vom parteimäßigen Standpunkte aus auch nur von einer Partei des Hauses irgend etwas an einer derartigen Änderung der Gliederung der Organisation, der Teilung der Befehlsgewalt gefunden werden kann, denn wir alle müssen ein Interesse daran haben, daß die Fachmänner im Heere entscheidend zum Worte kommen. Dieses Moment kann dem Heeresministerium und seinem Leiter, der nicht Fachmann ist und dessen Hauptaufgabe es ist, von der politischen Bank, von der Regierungsbank die Interessen des Heeres in wirtschaftlicher und standespolitischer Beziehung zu vertreten, nur angenehm sein. Wenn eine derartige Änderung durchgeführt würde, würde damit allein schon eine wesentliche Vereinheitlichung im ganzen Aufbau unseres Heeres eintreten. Wir müssen aber auch die Frage stellen, ob die Standesverhältnisse vom Standpunkte der Landesverteidigung und des Grenzschutzes gerechtfertigt sind. Da stelle ich die Frage anders als die Opposition. Ich verlange das Gegenteil von dem, was die Opposition verlangt hat, welche den Mannschaftsstand herabgemindert wünscht, sogar weniger Mannschaft einstellen will, als uns der Friedensvertrag von Saint-Germain gestattet. Bei einem entsprechenden Ausbau der Landesverteidigung wäre es voll und ganz gerechtfertigt, alle Mannschaften einzustellen, deren Einstellung uns der Friedensvertrag als äußerste Grenze gestattet. Wenn aber weniger Mannschaften eingestellt sind — und es werden viel weniger Rekruten angeworben, als wir einstellen dürften und könnten —, so muß wohl verlangt werden, daß das dadurch erübrigte Geld — und die veranschlagten Ausgaben für das Heer sind ja sehr hoch — im weitesten Maße und mit ganzer Kraft zur entsprechenden Ausrüstung dieses Heeres für den Grenzschutz und die Landesverteidigung eingesetzt wird. Man könnte auch auf anderen Gebieten viel ersparen, zum Beispiel auf dem Gebiete allzu weitgehender sportlicher Veranstaltungen innerhalb unseres Bundesheeres. Die Kritik darüber läuft nicht einseitig bei irgendeiner Partei, sondern im ganzen Lande, und Sie werden diese Kritik bei allen Menschen in unserem Lande antreffen. Dasselbe gilt für die zu kostspielig gestalteten Manöver. Wenn der Kollege Raab erklärt hat, daß unser Bundesheer bei den Manövern von der Bevölkerung überall freundlich und freudig aufgenommen wird, so gebe ich das gerne zu. Unser Volk hat immer eine Freude mit seinen Soldaten gehabt und hat immer die Soldaten auf den Manövern mit Freude begrüßt. Das ist aber noch kein Beweis

dafür, daß die Bevölkerung mit gewissen Erscheinungen dieser Manöver vollkommen einverstanden ist. Man weiß ja ganz genau, wie weitgehend gerade im letzten Herbst die Kritik bezüglich der Aufmachung unserer Manöver gewesen ist und daß viele Dinge nicht gerade sehr beifällig aufgenommen worden sind.

Was nun die Ausgaben für das Heer anlangt, so geht ein sehr weitgehender Wunsch, der immer öfter und immer deutlicher erörtert wird, dahin, den Beginn der Dienstzeit der angeworbenen Soldaten vom Frühjahr auf den Herbst zu verschieben. Der 1. Oktober, der in der alten Monarchie als Beginn des Präsenzdienstes eingeführt war, wäre eine viel bessere Antrittszeit, sowohl vom Standpunkte der Arbeitslosigkeit als auch vom Standpunkte der Ausbildung der Soldaten, letzteres auch deshalb, weil die Soldaten, die erst im März oder April in das Heer eintreten, bis zum Beginn der größeren Manöver noch kaum über die notwendigste Grundausbildung hinausgekommen sind und daher, wenn sie in größere Truppenformationen eingereiht werden, den höheren Aufgaben der Manöverdispositionen nicht gerecht zu werden vermögen.

Wenn ich ersuche, gerade im Hinblick auf die Landesverteidigung diese Wünsche ernstlich zu prüfen, muß ich auch die zweite Frage erörtern, die hier von den letzten Rednern angeschnitten wurde, nämlich die Frage der Entpolitisierung. Ich glaube, wir können unserem Heer nichts Besseres geben als die vollständige Entpolitisierung. Es ist, wie heute schon erwähnt oder angedeutet worden ist, eine vollständige Verkenntung des Wertes und der Bedeutung eines Heeres für den Staat, wenn die sozialdemokratische Partei unter dem Eindruck des Zusammenbruches und der Revolution diese Entpolitisierung des Heeres nicht gleich am Anfang energisch durchgeführt hat, wenn sie sich nicht gleich am Anfang dessen bewußt war, daß das Heer für den Staat und allein für den Staat da zu sein hat und daher jedem politischen Einfluß entrückt werden muß. In diesem Belange hat auch über den Zusammenbruch und über die Revolution hinweg der deutsche Sozialdemokrat Noske ganz anders gedacht und ganz anders gearbeitet. Er hat ganz klar gewußt: Das Heer muß unter allen Umständen, sei die Staatsform, wie sie wolle, in der Disziplin erhalten werden, wenn es seine Aufgabe für den Staat zu erfüllen in der Lage sein will. So müssen auch wir denken. Es wäre vielleicht vieles erspart geblieben, wenn diese Auffassung über das Heer schon im Jahre 1918 Platz gegriffen hätte. So ist es zu einer Reaktion gekommen, und diese Reaktion hat sich naturgemäß zunächst einmal darin geäußert, diese Lockerung in eine Festigung umzuwandeln, die Wiederherstellung der Disziplin des Heeres durchzuführen. Dabei ist nun aber, und gerade in den letzten Jahren, nach unserem Emp-

finden der Bogen stark überspannt worden, und die Unpolitisierung, die da Platz gegriffen hat und die der Altbundeskanzler Dr. Seipel selbst einmal in einer Aussprache, die er über unseren seinerzeitigen Antrag mit Oberst Klimann durchgeführt hat, als notwendig bezeichnet hatte, führte eben tatsächlich nicht zur Entpolitisierung; denn eine Entpolitisierung könnte diese Unpolitisierung nur dann herbeiführen, wenn es im ganzen Staate Österreich nur mehr eine Partei gäbe und alle Heeresangehörigen naturgemäß dieser Partei oder dieser Richtung angehören würden. Nachdem aber das nicht der Fall ist, muß jede Unpolitisierung, von welcher Seite sie immer durchgeführt wird, wieder zu einer Reaktion führen, und in dieser Beziehung waren wir schon in der Mehrheitsregierung des alten Hauses immer die Rufer in der Wüste und haben das Menetekel an die Wand gemalt. Ich glaube, daß der 9. November schon ein Zeichen dafür war, daß diese zu weitgehende Unpolitisierung sich in eine Reaktion verwandeln könnte, in eine Reaktion aber von den verschiedensten Seiten her, und daher könnten Regierung und Heeresminister nichts Besseres tun, als den Gedankengängen und Anregungen, die heute gegeben worden sind, voll beizupflichten und im weitestgehenden Sinn des Wortes die Entpolitisierung des Heeres herbeizuführen.

In diesem Sinne begrüße ich auch die vom Herrn Abg. Dewatz eingebrachte Resolution. Ich pflichte dieser Resolution bei. Ich glaube auch, daß die politischen Rechte dem Soldatenstand genommen werden müssen. Der Soldatenstand ist etwas ganz für sich Bestehendes, und schließlich muß ja in diesen Soldatenstand niemand hinein, der eben nicht auch die Pflichten, die dieser Stand ihm auferlegt, nicht auf sich nehmen will. Wenn ich in einem Punkte dieser Resolution nicht beipflichten kann, so ist es der Punkt 4 der Resolution, der von der Begrenzung der Rechte der Vertrauensmänner auf rein wirtschaftliche Fragen spricht. Ich werde Gelegenheit nehmen, wenn diese Frage einmal verhandlungsreif ist, dazu im Hause einen Zusatzantrag einzubringen, der dahingeht, daß an Stelle der bestehenden Gewerkschaften — das streben wir ja auch bei der übrigen Angestelltenschaft an —, eine Heereskammer aufgerichtet werden soll, die die wirtschaftlichen und Standesinteressen des Bundesheeres zu vertreten hat.

Was nun die Entpolitisierung des Bundesheeres anlangt, so wird vielfach zum Ausdruck gebracht, daß wir Schwarzzeher seien und daß die Dinge sich ja in Wirklichkeit nicht so verhalten, daß der Wehrbund ein unpolitisches Gefüge, eine unpolitische Gewerkschaft wäre, die alle umfassen könne usw. Es ist von uns auch immer abgelehnt worden, wenn die sozialdemokratische Partei ihre freien Gewerkschaften als etwas Unpolitisches in der Welt angenagelt hat.

Wir haben immer wieder den nachdrücklichen Beweis zu erbringen vermocht, daß diese freie, sogenannte unpolitische Gewerkschaft ein Instrument der sozialdemokratischen Partei ist. In demselben Maße glauben wir aber auch sagen zu können, daß der Wehrbund letzten Endes in seiner ganzen Zusammenfassung und in allen seinen Spitzen der christlich-sozialen Partei so nahe steht, daß er eben als ein Organ der christlichsozialen Partei gewertet werden muß. *(Zwischenrufe.)* Es ist das nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. *(Ruf: Was ist es mit der Deutschen Soldatengewerkschaft?)* Die Deutsche Soldatengewerkschaft ist mit dem Wehrbund nicht sehr einverstanden, Sie können sich auch denken, warum. *(Lachen rechts.)* Durch ihr Lächeln beweisen Sie nur, daß der Wehrbund diese Deutsche Soldatengewerkschaft tatsächlich in sehr vielen Fällen an die Wand drückt. Und wie sehr der Wehrbund als etwas Politisches aufzufassen ist, das ist wohl zu ersehen, wenn man zum Beispiel einen Wahlaufmarsch liest, den die christlichsoziale Stadtparteileitung anlässlich der letzten Wahlen in Klagenfurt im Bundesheer verbreiten ließ, wo die Mitglieder des Bundesheeres von dieser Stadtparteileitung aufgefordert werden, weder die sozialdemokratische Partei noch die großdeutsche Partei noch den Heimatblock noch die nationalsozialistische Partei zu wählen, sondern allein die christlichsoziale Partei. Und die Begründung wurde damit gegeben *(liest)*:

„Wir glauben, die Antwort auf diese Frage ist leicht. Ein Soldat, der seinen Dienstleid halten und seinen Kameraden nutzen will, kann nicht anders, sondern muß für alle Vertretungskörper, also auch für die Gemeinde, nur christlichsozial wählen.“ *(Spalowsky: Ist der Aufruf vom Wehrbund?)* Nein, ich habe ja ausdrücklich erwähnt, dieser Aufruf ist von der Stadtparteileitung. Er zeigt aber, wie sehr die christlichsoziale Partei diesem Wehrbund nahesteht. *(Ruf: Es sind ja Wähler!)* Ich könnte noch Beispiele bezüglich der Offiziersvertrauensmännerwahlen anführen, die auch erst in jüngster Zeit, am 3. November 1930, stattgefunden haben. Vor diesen Wahlen wurde von sämtlichen Brigadieren den wahlberechtigten Offizieren eine Zusage des Ministeriums für Heereswesen verlesen, die besagt, daß es dem Ministerium genehmer sei, wenn die vom Wehrbund aufgestellte Kandidatenliste und nicht die des unpolitischen Heeresoffiziersverbandes gewählt würde. Ich bitte den Herrn Heeresminister, wenn diese Nachricht auf Falschmeldung beruhen sollte, sie richtigzustellen. Das ist mir wenigstens bekanntgeworden und zeigt, daß dieser Wehrbund jedenfalls in ganz einseitiger Weise bevorzugt wird, was ja auch aus einer ganzen Reihe personeller Fälle hervorgeht.

Ich möchte aber hier nicht die Kritik erweitern, sondern habe nur einige Fälle anführen zu müssen

geglaubt, um damit zu zeigen, wie notwendig es wäre, zur endgültigen und ernstlichen Entpolitisierung unseres Bundesheeres zu schreiten. Ich glaube, es würde außerordentlich viel Differenzstoff entfernt werden, wenn man die in Anregung gebrachten Änderungen im Wehrgesetz durchführen würde. Denn dann gäbe es keine Partei im Hause mehr, die auf dieses Heer irgendeinen parteipolitischen Einfluß hätte, und es wären zwei ohne budgetäre Belastung durchführbare Maßnahmen: auf der einen Seite Trennung von Heeresleitung und Heeresverwaltung und auf der andern Seite Entpolitisierung durch Umwandlung aller Gewerkschaften in eine Heereskammer und eine entsprechende Einschränkung des aktiven und passiven Wahlrechtes der Heerespersonen. *(Beifall in der Mitte.)*

Bundesminister für Heereswesen **Baugoin**: Hohes Haus! Zuerst möchte ich mit Befriedigung feststellen, daß sich die Heeresdebatte im heutigen Jahr auf einem ziemlich hohen und guten Niveau bewegt hat. Ich hätte auch gar nicht das Wort ergriffen, wenn nicht wichtige Gegenstände, insbesondere finanzieller und politischer Natur, hier angeschnitten worden wären und wenn ich es nicht für meine Pflicht erachten würde, den Abgeordneten darüber Aufklärung zu geben.

Zuerst hat der Herr Abg. Heinz eine Rede gehalten, die mir, ich muß es leider sagen, etwas bekannt vorgekommen ist. *(Lebhafte Heiterkeit rechts. — Heinz: Dafür kann ich nichts!)* Denn diese Rede habe ich heuer im Ausschuß in den meisten Punkten schon gehört, allerdings vom Herrn Abg. Dr. Deutsch und nicht vom Herrn Abg. Heinz. *(Brachmann: Man muß es zweimal sagen!)* Wenn Sie es mir zweimal sagen, so muß ich Ihnen halt auch zweimal darauf Antwort geben. Der Herr Abgeordnete hat allerdings eine neue Note hineingebracht. Es ist ja versucht worden, das Heeresbudget schon im Ausschuß mit allerhand Dingen auszuschmücken, um es recht bombastisch erscheinen zu lassen, Briestauben und Generale und alles durcheinander sind hier als Illustrationsmittel verwendet worden. *(Sever: Nebeneinander!)* Nebeneinander? Die können ja nicht so schnell fliegen als die Briestauben. *(Sever: Sonst würden wir sie fliegen lassen! — Heiterkeit.)* Das Neueste ist nun, daß man die Budgets von Heer, Polizei und Gendarmerie zusammenzählt. Es sind zwei ganz verschiedene Ressorts, und es ist diese Zusammenzählung ein ganz neues Beginnen. Und weil dieses Sicherheitsbudget — ich habe es nicht kontrollieren können — angeblich 242 Millionen Schilling beträgt, wird daraus gefolgert, daß aus Österreich ein Obrigkeitsstaat gemacht werden soll.

Nun kann ich Ihnen sagen, wir sind mit unseren inneren und äußeren Sicherheitsvorkehrungen ziemlich weit von einem Obrigkeitsstaat entfernt, und ich muß

es bedauern, daß hier in diesem Hause der Herr Abg. Heinz — ich glaube einzig unter allen den Staaten, die die Friedensverträge unterschreiben mußten — aufgetreten ist, um eigentlich durch seine Anträge die Wehrfähigkeit noch mehr einzuschränken, als sie der Friedensvertrag eingeschränkt hat. (Dr. Hueber: Das wäre Selbstmord!) Ja, Ja! — Wenn ich auf das Budget von 1928 zurückgehe, dann sage ich Ihnen, daß nicht mit einigen Rinkerschchen, mit einigen Nichtavancements von Obersten zu Generalen oder mit irgendeinem Briestaubenabbau hier geholfen werden könnte. Nein, meine Herren, dann müßte man tief einschneiden in sachlicher oder personeller Hinsicht oder in beiden.

Meine Herren! Wenn ich schon über den Personal- und Sachaufwand rede, so muß ich sagen: Ich bin tief unter den vom Friedensvertrag gestatteten Mannschaftsbeständen. (Rufe rechts: So ist es!) Ja, ich bin tief darunter und nicht zu hoch. Aber ich tröste mich dabei mit dem Umstande, daß ich in der letzten Zeit manches in der sachlichen Ausrüstung aufholen konnte. Denn wenn man eine Kompanie mit 200 Soldaten versieht und sie schlecht ausrüstet, dann ist es schade um jeden Groschen, der für diese 200 Soldaten ausgegeben wird. Wenn man aber die Kompanie nur 80 Soldaten stark macht und sie gut ausrüstet, hat man mehr getan als im ersten Falle. Ich bin zu dem zweiten Verfahren gezwungen, ich muß in dieser Richtung arbeiten, weil es mir eben nicht möglich ist, die hohen Stände vollständig zu erstellen.

Im übrigen habe ich in den vergangenen Jahren — ich könnte es wörtlich zitieren — hier aus dem Munde des ständigen Redners der Opposition, des Herrn Abg. Dr. Deutsch, immer wieder gehört: Sie haben zu niedere Stände, Sie haben eine zu geringe Ausrüstung, Sie müssen die Stände erhöhen, Sie sind tief unter dem Friedensvertrag! (Sever: Immer bezüglich der Mannschaftspersonen!) Bezüglich der Mannschaft? Da ist ja heute auch beanstandet worden, daß wir zuviel werben. Ja, man kann die Stände nicht erhöhen, wenn man nicht wirbt. (Zwischenruf Heinz.) Neuer höre ich das Gegenteil. Ich habe mich — auch aus eigener Überzeugung — in diesem Sinne bemüht, das Heer zu ergänzen, und nachdem ich das möglichste getan habe, erhalte ich wieder vom Herrn Abg. Heinz eine Rüge, daß ich zuviel geworben und in dieser Beziehung zuviel getan habe.

Der Herr Abg. Heinz gibt sich übrigens einer großen Täuschung hin. Er sagt, daß der Wehrmacht nur der Schutz der Grenzen obliegt. Das ist die vornehmste, die höchste Aufgabe der Wehrmacht. Aber wenn Sie das Wehrgesetz zur Hand nehmen, werden Sie finden, daß darin für die Wehrmacht noch andere Aufgaben vorgesehen sind, nämlich das Eingreifen und die Hilfeleistung bei Elementar-

katastrophen und die Mitwirkung bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern. Das sind die Aufgaben, die dem Heere — und zwar die eine wie die andere in gleicher Weise — obliegen und die ihm vom Wehrgesetz vorgeschrieben werden. Es ist also keine kostspielige Hochstapelei, wie der erste Herr Redner sich auszudrücken beliebte, wenn man das Heer auch befähigt, diesen beiden anderen Aufgaben nachzukommen, und ich glaube, daß die Popularität, der sich das Heer in Österreich in den letzten Jahren erfreut, eben darauf zurückzuführen ist, daß es bei hunderten und hunderten Unglücksfällen elementarer Natur, die dem Volke zugestoßen sind, geholfen hat und daß es ein unbedingter Hort der Ruhe und Ordnung in diesem Staate ist. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.)

Wenn nun hier — und das gilt auch für den Herrn Abg. Dewaty — von Ersparungen gesprochen und dabei die Zahl der Generale einer Kritik unterzogen wurde, so möchte ich sagen: Wenn Sie glauben, daß der österreichische Offiziersstand auf Rosen gebettet ist, dann irren Sie sich. (Dewaty: Das habe ich nie behauptet!) Sie wissen, daß der österreichische Offizier schon in seiner Jugend als Leutnant nichts gehabt hat und heute nichts hat. (Dewaty: Davon habe ich nicht gesprochen, Herr Minister!), daß er sich schwer durchkämpfen muß ... (Zwischenrufe.) Ich komme noch darauf ... daß er sich schwer durchkämpfen muß, bis er Stabs-offizier wird, und daß nur einige wenige zum Schluß die Generalschance erreichen können. Wollen Sie den Offizieren auch noch diese letzte Aussicht nehmen? Wenn Sie diese Möglichkeit den übrigen Beamten geben, dann müssen Sie auch den Offizieren die Freude an ihrem Handwerk, an ihrem edlen Berufe lassen. Ich bin hier wirklich nicht verschwenderisch vorgegangen. Wenn Sie bedenken, daß ein Offizier des höheren Dienstes nach den vorgeschriebenen Richtlinien 30 effektive Dienstjahre vollstreckt haben muß, um Generalmajor zu werden, und wenn Sie hören, daß in einem Ministerium ein rechtskundiger Beamter mit 22 bis 24 Jahren die zweite Dienstklasse erreicht, dann können Sie wirklich nicht davon reden, daß irgendwie in bezug auf das Offiziersavancement zu liberal vorgegangen wird. Das wollte ich sagen, meine Herren, denn ich höre, daß die Zahl der Generale zu den Mannschaftsständen in ein Verhältnis gebracht wird. Da wird dividiert und noch dazu schlecht dividiert, Herr Abg. Heinz! Nach Ihrer Rechnung addieren Sie nämlich zu den Generalen noch die Intendanten in der zweiten Dienstklasse, die Juristen in der zweiten oder ersten Dienstklasse, die Baubeamten in der zweiten Dienstklasse dazu und dividieren nun und sagen: Auf 350 Soldaten kommt ein General. Nun ja, wenn man so rechnet — da dürfte ich Sie vielleicht

fragen, auf wieviel niedere Beamte in einem anderen Ministerium ein hoher Beamter kommt! (*Rösch: Schneiden wir das Kapitel nicht an, Herr Minister!*) So kann man doch nicht rechnen, meine Herren! Und dann will ich Ihnen noch etwas sagen: Je kleiner eine Armee ist, desto größer und kostspieliger ist der Verwaltungsapparat. Ich konstatiere ohne weiteres, daß man fast mit demselben Verwaltungsapparat, den wir jetzt haben, die doppelte Anzahl von Soldaten verwalten könnte. (*Ing. Tauschitz: Und auch mit der Hälfte den gleichen Stand!*) Das ist eben nicht möglich. (*Lebhafte Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Ramek: Ich bitte um Ruhe!

Bundesminister für Heereswesen **Vaugoin**: Ich möchte Ihnen ganz offen sagen, Sie irren, meine Herren! Natürlich könnte man auch das Heer ganz ohne Generale oder mit wenigen Generalen verwalten. Aber da darf man doch wirklich nichts sagen, wenn in der ganzen Wehrmacht drei erste Dienstklassen sind. Sagen Sie mir noch ein Ressort, wo mit so wenigen hohen Dienstposten das Auslangen gefunden wird!

Dann hat der Herr Abg. Heinz über die Pferde gesprochen und hat dabei eine Rede von mir aus dem Jahre 1921 zitiert, worin ich gesagt haben soll, daß ich froh wäre, wenn ein Stand von 1250 Pferden erreicht wäre. Ja, im Jahre 1921 wäre ich schon froh gewesen, wenn wir damals die 1250 Pferde gehabt hätten! Sie werden auch eine Rede von mir aus dem Jahre 1921 finden, in der ich Ihnen zeigte, wie die Armee damals mit Pferden ausgerüstet war, daß es ganze Regimenter gegeben hat, in denen irgendein altes Pferd übriggeblieben ist, auf dem womöglich das ganze Regiment hätte reiten sollen. Es mußte natürlich in diesem Belange etwas geschehen. Es ist ja auch für die Ausrüstung mit Autos, Telegraph, Telephon und Radio vorgesorgt worden. Da möchte ich gleich etwas über die Brieftauben sagen. Ich habe diesem Gegenstand wirklich im Ausschuß zu wenig Bedeutung beigelegt. Ich habe geglaubt, es mache da der Herr Redner einen kleinen Scherz mit den Brieftauben. Nun sehe ich aber, daß diese Sache größere Dimensionen annimmt. Es haben die Zeitungen sich mit den Brieftauben beschäftigt, und heute in der Debatte sind wieder die Brieftauben aufgetaucht. Dabei wird gesagt: Ja, weiß man denn nichts von Telephon, Telegraph und Radio? O ja, wir haben Telephon, Telegraph und Radio — aber zeigen Sie mir eine Wehrmacht der Welt, in der man die Brieftauben abgeschafft hat! (*Zwischenrufe links.*) Es kann eben Zeiten geben und gibt solche Zeiten im Krieg, in denen alle anderen Verbindungsmittel zerstört worden sind und man eben nur mehr mit diesem Verbindungsmittel arbeiten kann. Dabei, meine Herr-

schaften, mit 1½ g Futter und Erhaltung im Tag hat das Heereswesen, glaube ich, keine wahnwitzigen Auslagen gemacht.

Es ist auch eine Rekrimation erhoben worden, daß die Heeresverwaltungsstelle zu wenig Rechte habe. Die Heeresverwaltungsstelle ist eine amtliche Stelle — es ist offenbar die gewählte Kommission gemeint, die bei der Heeresverwaltungsstelle besteht. Dabei wurde gesagt, daß man ihr jetzt verweigert, in die Kasernen zu gehen. Es war ihr dies nie erlaubt. (*Heinz: Sie war aber immer dort!*) Wenn hier Reden eines christlichsozialen Abg. Bator angeführt werden, so habe ich nicht das Vergnügen, ihn zu kennen, und kenne auch seine Reden nicht. Ich kann daher zu diesen Reden nicht Stellung nehmen.

Was die Anregungen wegen des Milchkaffees betrifft, so wird es selbstverständlich das Bestreben der Heeresverwaltung sein, in dieser Beziehung alles vorzuzuführen, aber es bestehen hier finanzielle Hindernisse, nicht bloß bei der Heeresverwaltung, sondern auch bei den Soldaten, die bekanntlich ein Drittel ihrer Kost selbst bezahlen müssen.

Von verschiedenen Seiten, insbesondere vom ersten Herrn Redner, wurde auch über die Manöver gesprochen. Es ist richtig: Manöver kosten Geld. Man hat gesagt, daß man vielleicht diese Manöver in einem kleineren Stile machen könnte. Ich bitte aber, zu bedenken, daß alles eine organische Entwicklung und einen organischen Aufbau haben muß. Wir haben vor Jahren mit den Regimentsübungen begonnen. Als die Schulung in diesen Belangen durchgeführt war, sind wir zu den Brigadeübungen und dann später, zum Schluß, zu den Übungen in größeren Verbänden übergegangen. Man wird wahrscheinlich wieder zu den kleineren Übungen zurückkehren und wieder aufbauen. Aber wenn Sie dem Soldaten am Schlusse des Ausbildungsjahres die Manöver streichen, dann nehmen Sie ihm das Wichtigste weg: daß er es lernt, sich im Terrain, auf dem Boden seines Vaterlandes auszukennen und daß er damit die letzte und wichtigste Ausbildung erhält. (*Frühwirth: Im Jahre 1914 hat man mit den Erfahrungen aus den Manövern nicht viel ausgerichtet!*) Ich weiß nicht, ob Sie große Erfahrungen aus den Manövern gesammelt haben, ich kann Ihnen aber mitteilen, daß es keinen Staat gibt, in dem nicht Manöver abgehalten werden. (*Zustimmung in der Mitte und rechts.*)

Der Herr Abg. Rösch hat wieder die Einquartierungen in Stockerau besprochen. Das Einquartierungs-gesetz gilt nicht bloß für Stockerau, sondern für ganz Österreich, und wenn der Herr Kollege Rösch im Zweifel darüber ist, ob das Einquartierungs-gesetz gilt, so kann ich leider diese seine Zweifel nicht teilen. Ich bin nicht im Zweifel, das Gesetz gilt bestimmt, darüber können Sie beruhigt sein.

Der Herr Abg. Rösch hat aber auch die Vergütungsbeiträge beanstandet, die wir zahlen, und hat gesagt, die geringe Entschädigung, die wir in Stockerau für die Kasernen bezahlen, komme einer Enteignung der städtischen Gebäude gleich. Daß das, was nach dem Mietengesetz an Zins gezahlt wird, einer Enteignung gleichkommt, das ist möglich. Aber wir zahlen eben die nach dem Mietengesetz vorgeschriebenen Beträge. Wenn vielleicht die letzte Regulierung, wie ich heute erfahre, noch nicht aufgeholt sein soll, so werde ich die Sache sofort betreiben.

Ich möchte aber eines doch zu bedenken geben. Gar so sehr zahlt die Gemeinde bei den Einquartierungen nicht drauf. Ich bin überzeugt: wenn ich heute sagen würde, ich nehme ein Bataillon von Stockerau weg, so würden sich sofort 50 Gemeinden darum bewerben, daß dieses Bataillon zu ihnen in Garnison kommt (*Zustimmung in der Mitte und rechts*) und daß das größte Entgegenkommen gezeigt werden würde. Man muß doch auch in Betracht ziehen, daß eine Garnison wie die in Stockerau auch eine bedeutende Hebung der ganzen wirtschaftlichen Lage der Gemeinde mit sich bringt. Wenn wir heute von Stockerau die ganze Garnison abziehen würden, dann würden Sie erst sehen, Herr Kollege Rösch, wie Stockerau leiden würde.

Auch die Konkurrenz der Militärmusiken ist hier besprochen worden. Ich weiß nicht, was der Kapellmeister Gaigg für Offerte ausgeschickt hat, ich werde mir diese Offerte sofort kommen lassen. Sicher ist, daß strenge Befehle bestehen (*Ruf links: Die nicht eingehalten werden!*) — wenn sie jemand nicht einhält, so werde ich den Betreffenden zur Verantwortung ziehen —, daß eine Unterbietung gegenüber den Zivilmusikern nicht stattfinden soll.

Der Herr Abg. Rösch hat auch gemeint, daß die sogenannten Ohrenbläser mir etwas mitteilen. Ich muß ihm sagen, daß ich über diese Kategorie von Beamten und Offizieren nicht verfüge, sondern daß die hohen Offiziere und Beamten nicht blasen, sondern nur pflichtgemäß ihre Referate erstatten. Den Fall Tribuswinkel bitte ich mir genauer mitzuteilen, ich weiß nicht, welches Regiment das gewesen sein soll. (*Rösch: Ich werde es sagen!*)

Ich danke den Herrn Abg. Raab und Dewaty für die Worte der Anerkennung, die sie für den Aufschwung des Bundesheeres gefunden haben. Der Herr Abg. Dewaty hat auch die Frage der Entpolitisierung angeschnitten, und das ist wohl eine der allerheikelsten Fragen. (*Ing. Tauschitz: Sie ist sehr einfach, Herr Minister!*) Natürlich sehr einfach, Sie sind sich klar darüber, daß Sie dafür sind, jetzt müssen Sie aber auch noch die anderen Majoritäts- und auch Minoritätsparteien dafür gewinnen. (*Ing. Tauschitz: Der Herr Abg. Kunschak hat doch vor zwei Jahren erklärt, wie er sich die*

Entpolitisierung vorstellt, und zwar genau so wie wir!) Ich weiß es nicht, weil sich der Klub damit noch nicht beschäftigt hat. Ich weiß nur, daß ein solcher Antrag im Hause von Ihrer Seite vorliegt und daß er den Gegenstand von Klubberatungen wird bilden müssen, um so mehr, als die Entpolitisierung eine Verfassungsänderung beinhaltet, nämlich eine Änderung des Artikels 7 der Bundesverfassung, so daß dazu eingehend wird Stellung zu nehmen sein. Sachlich möchte ich aber sagen, vergessen Sie doch nicht, meine Herren, woraus dieses Heer entstanden ist.

Wenn Sie die Frage der Entpolitisierung anschneiden, dürfen Sie nie vergessen, daß dieses Heer aus der Revolutionsarmee Österreichs entstanden ist, also aus einer Armee, in der die Politik eigentlich die Grundlage ihrer Existenz gebildet hat. Herr Dr. Bauer hat einmal in einem Buche geschrieben, nicht in den Fabriken, sondern in den Kasernen ist die Revolution des Jahres 1918 gemacht worden. Aus dieser revolutionären Armee heraus ist das Bundesheer entstanden. Es war nun die Aufgabe und dabei keine leichte Aufgabe, aus der absolut revolutionär eingestellten Wehrmacht, in der die Vertrauensmänner die Hauptrolle gespielt haben und die Offiziere im Dienste Nebensache gewesen sind (*Sehr richtig! rechts*), langsam in evolutionärer Entwicklung eine Armee zu schaffen, in der der Kommandant jedes Regiments und jeder Abteilung wieder derjenige ist, der uneingeschränkt die Befehlsgewalt ausübt.

Wenn von einem Redner verlangt wurde, daß man die Rechte der Vertrauensmänner einschränken müsse, weil sie bei der Beschreibung etwas mitzureden haben — ich glaube, es war der Herr Abg. Dewaty —, so scheint mir da insofern ein Irrtum vorzuliegen, als sie nur eine Äußerung abzugeben haben, wenn Leute nach Ableistung ihrer vierwöchigen Probepflichtzeit entlassen werden sollen. Eine Beschreibung haben sie dabei nicht zu verfassen, maßgebend ist ihr Votum nicht, und niemand ist verpflichtet, sich an dieses Votum zu halten. Jetzt ist natürlich die Frage, ob man die Entpolitisierung so durchführen will, wie sie der Herr Abg. Dewaty — ich glaube in vier Punkten — beantragt hat. Ob die eingebrachte Resolution einen tiefstehenden Wert hat, weiß ich nicht. Wir werden ja in der allernächsten Zeit die Heeresreform behandeln, und bei dieser Gelegenheit wird auch der Antrag Dewaty, Toppa u. Gen. durchberaten werden. Ich erkläre hier noch einmal: Wenn die Mehrheitsparteien — aber in diesem Falle natürlich auch die Opposition — dem Antrag auf Entpolitisierung zustimmen, dann werden Sie bei mir sicherlich kein Hindernis finden. Im Gegenteil, ich werde es sehr begrüßen, falls es der Wille der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes ist. Wenn ich aber nicht sehr danach

gedrängt habe, so möchte ich folgendes bemerken: Sie müssen bedenken, daß diese Entpolitifizierungsbestrebungen in Österreich darauf zurückzuführen sind, daß man traditionell gewohnt ist, in der österreichischen Armee keine Politik zu haben. Aber die alte österreichische Armee, die aus Leuten bestanden hat, die ein Jahr, zwei Jahre oder höchstens drei Jahren gedient haben, ist doch wesentlich von dem jetzigen Heer zu unterscheiden, bei der die Dienstzeit sechs bis zwölf Jahre beträgt und bei der es natürlich nicht zu vermeiden sein wird, daß die Soldaten an dem allgemeinen öffentlichen Leben, das sich rings um sie abspielt, teilnehmen.

Vor einem möchte ich aber warnen und da würde ich auch nicht mittun: Wenn die Entpolitifizierungsbestrebungen so weit gehen sollten, aus der Wehrmacht einen Fremdkörper zu bilden, der von allem Denken und Fühlen des Volkes abgesondert ist, dann würde ich das für bedenklich erhalten, als wenn wir bei dem jetzigen Zustande bleiben. (*Glöckel: Sie müssen verfassungstreue Republikaner sein. — Zwischenrufe.*)

Ich wäre danach nicht in der Lage, mich für alle Punkte des Antrages Dewaty auszusprechen. Für den einen oder anderen wohl, aber nicht für alle. Ich möchte doch, daß Resolutionen, die gefaßt werden, von der Regierung auch sehr ernst behandelt werden. Dieses Thema wird uns aber noch in dieser Tagung vielleicht durch Wochen beschäftigen.

Der zweite Entschließungsantrag betrifft die allgemeine Wehrpflicht. Ich würde sie begrüßen, wenn es mit einem Entschließungsantrag abgetan wäre. Das können Sie aber nicht einmal mit einem Gesetz machen, denn es steht nicht in unserer Macht, das Wehrsystem zu ändern. Wenn Sie es aber immer wieder verlangen, damit das Ausland sieht, daß Österreich die allgemeine Wehrpflicht wünscht, so pflichte ich Ihnen bei.

Nun hat der Redner des Landbundes, Herr Abg. Dewaty, gesagt, daß die Ausgaben für das Heer schon etwas zu hoch sind. Ich glaube Ihnen sehr gern, daß Ihnen die Ausgaben sehr hoch vorkommen. Ich bin auch vollkommen von dem Ernst der wirtschaftlichen Lage durchdrungen, in der sich jetzt unser Vaterland befindet. Aber wenn Sie jetzt an der Wehrmacht herumzuknicken und herumzusparen anfangen, einer Wehrmacht, die nicht einmal ihren vollen Stand hat, so werden Sie der Wirtschaft dieses Staates keinen guten Dienst leisten. Herr Kollege Dewaty verlangt von mir die Aufrechterhaltung der Garnison Straß und die Errichtung einer neuen Garnison in Radkersburg. (*Dewaty: Die Verlegung!*) Das kostet eben Geld. Die Zusammenlegung der Garnisonen erspart und die Errichtung neuer Garnisonen kostet Geld, denn man braucht auch für eine kleine detachierte Truppenabteilung alle jene Verrechnungsstellen, Ärzte und

andere Einrichtungen, die man für größere Truppenkörper braucht. Ganz abgesehen davon braucht man natürlich auch neue Ubitationen, Übungs- und Schießplätze, die erhalten werden müssen. (*Zwischenrufe.*) Eingreifende Ersparnisse können nicht damit gemacht werden, daß man einige Offiziere nicht zu Generalen befördert, sondern eine gründliche Ersparnis könnte vor allem damit erzielt werden, daß man, ohne die Stände herabzumindern, Garnisonen in großem Maßstab zusammenlegt. Und dagegen würden sich alle wehren. Da kommen immer Deputationen, nicht bloß aus Radkersburg — dort war ja schon einmal eine Garnison, und wir haben uns ja auch damit schon beschäftigt, daß man die fünfte Schwadron eventuell dorthin geben könnte —, sondern auch aus anderen Gegenden, aus Niederösterreich und anderen Ländern zu mir und zum Herrn Bundeskanzler und bitten um die Errichtung von Garnisonen, weil eine Garnison die wirtschaftlichen Verhältnisse günstig beeinflusst.

Ich danke auch dem Herrn Abg. Dr. Hueber für die anerkennden Worte, die er der Wehrmacht gewidmet hat. Was er über die Entpolitifizierung gesprochen hat, ist ja durch meine früheren Ausführungen schon erledigt.

Es wurde ferner Klage geführt, daß der n. ö. Landtagsabgeordnete Jechtmayer sich über die Offiziere und auch über die Wehrmacht abfällig geäußert haben soll. Das ist nicht bloß heute von einem Vorredner mitgeteilt worden, sondern das habe ich auch schon in Zuschriften verschiedener Organisationen und Vereine erfahren. Ich muß sagen: Wenn die Worte wirklich so gefallen sind, wie es behauptet wird, wären sie auf das schärfste zu mißbilligen. Aber ich glaube nicht, daß diese Worte gebraucht worden sind, und ich habe mich an den Herrn Landeshauptmann Dr. Buresch gewendet, und ihn gebeten, die Sache erheben zu lassen. Ich werde dann den einschreitenden Organisationen Bericht darüber zukommen lassen.

In der Frage der Landesverteidigung ist vom Abg. Zoppa gewünscht worden, wir sollen die Vorbereitungen mehr bekanntgeben. Vorbereitungen sind ja nach dem Friedensvertrag verboten.

Was die Trennung unserer Heeresleitung von der Heeresverwaltung betrifft, bin ich anderer Meinung als meine Vorredner. Es wird hier das deutsche Beispiel angeführt und behauptet, daß in der Reichswehr die Trennung der Heeresleitung von der Heeresverwaltung durchgeführt sei. Dem ist nicht so. Der Chef der Obersten Heeresleitung ist durchaus kein selbständiger General, der unabhängig vom Minister ist. Er befindet sich in einer ähnlichen Situation wie unser Heeresinspektor. Es ist nur ein Unterschied: Der Heeresinspektor berichtet über die Wahrnehmungen bei der Truppe dem Ministerium,

und auf Grund dieser Berichte werden dann die Befehle hinausgegeben, während der Chef der Heeresleitung allenfalls direkte Befehle gibt. Das ist der Unterschied. (*Foppa: Aber ein einschneidender!*) Das ist nicht das Entscheidende. Der Heeresinspektor ist ein Hilfsorgan des Bundesministeriums für Heereswesen genau so, wie der Chef der Obersten Heeresleitung ein Hilfsorgan des Reichswehrministeriums ist. Was hier von manchen angestrebt wird, ist etwas, was nach unserer Verfassung unmöglich ist. Verfassungsgemäß trägt jeder Minister die volle Verantwortung für sein Amt. (*Zwischenruf.*) Ich glaube nicht, daß Sie es so meinen — in der Presse ist dieses Thema auch schon öfters erörtert worden —, es würde dann eine Stelle geschaffen, die niemandem verantwortlich wäre, der der Minister nichts dreinzureden hätte, für die er aber die volle Verantwortung gegenüber dem Nationalrat zu tragen hätte. Ein solcher Zustand wäre verfassungsrechtlich unmöglich. Daß man dem Heeresinspektor hier irgendwelche neue Befugnisse gibt, soweit sie mit der Bundesverfassung verträglich sind, dagegen habe ich nichts einzuwenden. Aber ich glaube, der Heeresinspektor reißt sich gar nicht um solche Rechte. Der jetzige Zustand, in dem er doch eigentlich entscheidend die Ausbildung des Bundesheeres überwacht und dem Bundesministerium darüber berichtet, ist sicher ein solcher, bei dem jedenfalls wesentliche Fortschritte in der Disziplinierung und Ausbildung des Heeres gemacht werden konnten.

Aber die Heereskammer will ich nicht reden. Ich möchte auch solche Ausdrücke nicht gern gebrauchen. Heereskammer — das mahnt mich daran, daß man noch einen Körper schaffen soll. In der Zeit der Ersparungen halte ich das nicht für richtig. Es ist ohnedies eine gesetzliche Personalvertretung für die Soldaten vorhanden, die beim Bundesministerium für Heereswesen und auch draußen bei den einzelnen Brigaden und Truppen fungieren. Ich halte daher die Schaffung einer neuen Kammer für entbehrlich.

Was die Kritik der Wahlaufrufe betrifft, so werden Sie es mir erlassen, darauf einzugehen. Ich habe weder früher solche Wahlaufrufe zur Genehmigung vorgelegt bekommen noch nachträglich solche gesehen.

Das hätte ich zu den Bemerkungen der Herren Abgeordneten zu sagen.

Hohes Haus! Ich vertrete nunmehr mit heutigem Tage zum zehntenmal das Heeresbudget in diesem hohen Hause. Ich denke dabei zurück an die schwierigen Zeiten der Entwicklung unseres Heeres, an die schwierigen Zeiten, in denen man von vielen Seiten dem Heere nicht das Notwendigste geben wollte. Ich glaube, die Herren Abgeordneten werden, wenn sie erwägen, daß doch in den letzten Jahren die Wehrmacht oft und oft staatserschaltend, volks-

beruhigend, volksunterstützend das Ansehen des Staates im Ausland vermehrend und damit den Kredit fördernd gewirkt hat, zu dem Entschlusse kommen, das Heeresbudget in dem vorgeschlagenen Ausmaß zu votieren, weil sie damit das Geld nicht verschwenden, sondern nützlich und im Interesse unseres Staates anlegen. (*Beifall rechts und in der Mitte.*)

Und wenn ich nun zum zehntenmal heute hier zum Heeresbudget spreche, so möchte ich Ihnen eines sagen: Es wird sich auch in Zukunft, solange ich das Vertrauen dieses hohen Hauses habe, in der Richtung der Verwaltung und der Aufwärtsführung unseres Heereswesens nichts ändern. (*Zustimmung rechts und in der Mitte.*) Nach wie vor wollen wir alle — meine Benigkeit, Offiziere, Beamte, Unteroffiziere und Mannschaft — zusammen tätig sein, um unserem Vaterlande und unserem Volke in diesem ernsten Beruf zu dienen. (*Anhaltender, lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.* — *Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Straffner den Vorsitz übernommen.*)

Seber: Hohes Haus! Der Herr Bundesminister für Heereswesen sowie auch der Herr Abg. Raab haben es sich sehr leicht gemacht, die Beantwortung der Rede meines Freundes Heinz zu erledigen. Der Herr Bundesminister hat gemeint, er habe die Rede schon einmal gehört, er höre sie heute zum zweitenmal. Nun, nachdem der Herr Bundesminister uns heute hier erklärt hat, daß er heute ein Jubiläum feiert, daß er zehn Jahre Bundesminister ist, so kann ich ihm sagen, daß ich die Rede, die er heute gehalten hat, schon zehn Jahre gehört habe (*Heiterkeit links*), ohne daß ich mich darüber aufgehalten habe. Es ist eben das Heereswesen, das besprochen wird, und beim Heereswesen muß man über das Heereswesen reden. Es wird immer wieder dasselbe gesagt werden müssen, wenn nicht eine Änderung auf Seiten des Heeresministeriums Platz greift, und es werden immer wieder der Bundesminister und ein Redner der Majorität das sagen müssen, was die beiden Herren heute gesagt haben. Wenn der Herr Abg. Raab gemeint hat, es sei alles hervorgeholt worden, um dem sozialdemokratischen Redner die Möglichkeit zu geben, gegen die Leitung des Heereswesens Stellung zu nehmen, so sage ich nein, Herr Kollege Raab, es ist nur das allerwenigste hervorgeholt worden; wenn wir alles hervorholen wollten, dann könnten wir vielleicht auch so wie der Herr Minister ein Jubiläum feiern, bevor wir alles gesagt haben.

Sie sind sehr klug gewesen, Herr Kollege Raab, Sie haben sich gedacht, antworten kann ich dem Kollegen Heinz nichts, reden wir von was anderem. (*Heiterkeit links.*) Sie haben uns erzählt, was sich in der Gemeinde Wien, in St. Pölten und in der Verwaltung von Wiener Neustadt abspielt, alles

Dinge, die sicher in den betreffenden Verwaltungskörpern besprochen und erledigt werden und bezüglich deren doch gesagt werden muß, daß wir hier im Nationalrat nicht dazu berufen sind, zu beurteilen, ob die betreffende Gemeinde richtig oder unrichtig vorgegangen ist.

Ich habe vom Herrn Minister Vaugoin erwartet, daß er eine Bemerkung des Herrn Abg. Raab richtigstellen werde, die dieser in einer Form vorgebracht hat, als ob bei den Parlamentskommissären Ersparungen erzielt werden könnten. Ich habe erwartet, daß der Herr Bundesminister erklären wird, daß von den Parlamentskommissären kein einziger auch nur einen Groschen Entschädigung bekommt. *(Bundesminister Vaugoin: Das ist schon längst bekannt! — Raab: Das habe ich auch gar nicht behauptet!)* Entschuldigen Sie, heute hat der Herr Kollege Raab wieder auf die hohen Kosten hingewiesen, die die Parlamentskommissäre erfordern. *(Raab: Die Kommission!)* Ihr Bundesrat Hemala ist Parlamentskommissär. Fragen Sie ihn, wenn Sie nicht den Herrn vom Landbau oder unseren Herrn fragen wollen, ob nur einer jemals einen Groschen bekommen hat, ob das nicht ein Dienst ist, der als Ehrendienst geleistet wird. Und es ist nicht schön ... *(Raab: Die Kommission kostet 74.000 S)* ... eine Behauptung aufzustellen, von der man weiß, daß sie unrichtig ist. Die Parlamentskommissäre nicht ... *(Raab: Aber die ganze Kommission, der Apparat!)* ... die Kommissäre nicht, sondern das kosten die Ämter, die dort bestehen, und da dürfen Sie nicht so tun, wie wenn die Parlamentskommissäre auch nur einen Groschen bekämen.

Der Herr Abg. Raab sagt uns, das ganze Volk sei dem Herrn Minister für seine Tätigkeit auf dem Gebiete des Heereswesens dankbar. Sie wollen und werden uns nicht glauben, weil Sie in uns Menschen sehen, die gegen die heutige Form unserer Heeresverwaltung um jeden Preis Stellung nehmen, wie es übrigens jeder, der es mit der Republik ehrlich meint, tun müßte. Ich werde Ihnen daher ein paar andere Gewährsmänner zitieren, vielleicht glauben Sie denen mehr. Am 31. Dezember 1930 ist in der „Deutschösterreichischen Tageszeitung“ ein Artikel eines aktiven österreichischen Stabsoffiziers erschienen, in dem es unter anderem geheißen hat, daß es während der Zeit, in der Dr. Deutsch Staatssekretär für Heereswesen gewesen ist, viel anständiger zugegangen sei als heute. *(Zwischenruf Raab.)* Schauen Sie, Herr Kollege Raab, Sie waren kein Stabsoffizier, und ich war es nicht, so müssen wir schon dem Manne glauben, daß er davon ein bißchen mehr versteht als wir zwei. Ich war Trainsoldat, und der Herr Minister war Trainsoldat, wir haben beide vom Stab nichts verstanden.

Wenn der Herr Minister glaubt, heute alles zu verstehen, so werden wir zwei zugeben müssen, daß

wir es trotzdem nicht verstehen, sehr verehrter Herr Kollege Raab: Der Mann schreibt *(liest)*: „Der politische Machtkampf, der teilweise von der Straße aus geführt wurde, wurde natürlich auch in der Wehrmacht empfunden. Festgestellt aber muß werden, daß bei aller Politisierung der Mannschaft dem Führerstand, Offizier und Unteroffizier, die Entscheidung selbst überlassen wurde. So erfolgte die Aufnahme von Offizieren und Unteroffizieren in das Bundesheer keineswegs nach parteipolitischen Gesichtspunkten, sondern nach Würdigung in Anbetracht der Kriegsdienstleistung und teilweise nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten.“ Der Mann schreibt dann weiter in diesem Artikel: Wie sieht das heute aus? Heute ist nicht die Tüchtigkeit ... *(Bundesminister Vaugoin: Welcher Stabsoffizier war denn das? Steht der Name des Stabsoffiziers darauf?)* Er steht im genannten Blatte, Sie brauchen nur ... *(Bundesminister Vaugoin: Es wird kein Stabsoffizier gewesen sein!)* ... Sie brauchen sich nur die „Deutschösterreichische Tageszeitung“ vom 31. Dezember 1930 anzusehen. Bitte, vielleicht den Herrn Sektionschef Hecht zu ersuchen — Ihr Rechtsbureau wird in einigen Minuten dieses Blatt zur Stelle haben. *(Beifall rechts.)* Ich komme schon auf das Rechtsbureau noch, vielleicht applaudieren Sie auch dann! *(Heiterkeit links. — Raab: Eine Armee muß schlagfertig sein!)* Ja, wenn Sie das Rechtsbureau des Herrn Sektionschefs Hecht für unsere Armee halten, dann gratuliere ich Ihnen dazu! *(Beifall links.)* Der Mann sagt uns hier, daß die Offiziere — alles das steht in seinem Artikel, es sind nicht meine Worte, sondern seine Worte — nicht nach der Tüchtigkeit gewertet werden, daß sie jetzt korumpiert werden, um nur nach der Parteizugehörigkeit die Möglichkeit zu haben, einen Schritt nach vorwärts zu kommen.

Wenn Sie dem Mann vielleicht nicht glauben wollen, dann will ich Ihnen sofort die Äußerungen eines zweiten Mannes zitieren, dessen Artikel am 10. Februar 1931 in einem Tiroler Blatt erschienen ist. Der Artikel ist vom Herrn Oberstleutnant von Ritzow. *(Bundesminister Vaugoin: Der war nie im Bundesheer, hat nie im Bundesheer gedient, nicht einen Tag!)* Aber Oberstleutnant ist er, und jedenfalls wird er aktiver österreichischer Oberstleutnant gewesen sein. *(Bundesminister Vaugoin: Aber er hat nie im Bundesheer gedient!)* Jedenfalls ist er nicht christlichsozial, sonst wäre er sicher im Bundesheer. *(Bundesminister Vaugoin: Damals war ich noch nicht Minister!)* Er schreibt in einem deutschnationalen Blatt, es ist daher ganz erklärlich, daß er nicht im Bundesheer ist. Der Herr Oberstleutnant schreibt *(liest)*: „Das österreichische Wehrgesetz ermöglicht es dem zum Heeresminister ernannten nichtfachlichen Parteimann, das Bundesheer, dieses wichtigste Machtmittel der Staatsregierung und der

von ihr verfolgten Außenpolitik, der Staatsleitung zu entziehen und Parteizwecken nutzbar zu machen.“ Und er sagt weiter — ich werde Ihnen nicht den ganzen Artikel vorlesen . . . *(Zwischenrufe rechts.)* Wenn Sie es wünschen, ich bin gerne dazu bereit, bei mir brauchen Sie nicht darum betteln. *(Zwischenruf Lichtenegger.)* Bevor ich mit euch einen Zwischenruf wechsle, stelle ich mich lieber in eine Ecke und tu bitterlich weinen. *(Lebhafte Heiterkeit links.)* — *Lichtenegger:* Haben Sie auch gestern geweint? Ersparen Sie sich's, Sie werden von mir keine Antwort bekommen. *(Lichtenegger: Tut mir sehr leid!)* Ob es Ihnen leid tut oder nicht. Ich verkehre mit jedem anständigen Menschen, aber nie mit einem Renegaten, merken Sie sich das. *(Lebhafter Beifall links.)* Wenn die Christlichsozialen hier einen Herrn ächten, weil sie sagen, daß er von Ihnen gegangen ist, so werden Sie als ehemaliger Sozialdemokrat und als Gelber, der Sie heute sind, geächtet. Sie können sich jeden Zwischenruf bei uns ersparen, Sie werden keine Antwort darauf bekommen. *(Zwischenrufe.)*

In diesem Artikel steht weiter *(liest):* „Die dringlich gewordene Änderung des Wehrgesetzes wird daher vor allem die Beseitigung des Parteibilletantismus in der Heeresführung bringen müssen.“ Sie ersuchen daraus, daß nicht wir allein sagen, daß die heutige Leitung des Heereswesens nicht so ist, wie sie sein soll, sondern daß auch andere Menschen so denken und daß infolgedessen dem Herrn Abg. Raab nicht das Recht zusteht, zu sagen, daß die gesamte Bevölkerung mit der Art und Weise, in der das Heereswesen vom Herrn Minister Vaugoin geführt wird, einverstanden ist.

Der Herr Minister meinte, er müßte, wenn er auf das Budget des Jahres 1928 zurückgehen soll, nicht mit kleinen Ersparungen anfangen, sondern dann müßten große Dinge abgeschafft werden, um diese Summe zu erzielen, die die Differenz zwischen den Budgets der Jahre 1928 und 1930 ausmacht. Sie brauchen, hochverehrter Herr Minister, sich gar nicht mit Kleinigkeiten zu beschäftigen. Kein Mensch wird von Ihnen verlangen, daß Sie die Ausbildung oder das Ausbildungsmaterial den Mannschafspersonen kürzen sollen, niemandem wird es einfallen zu sagen, daß Sie statt 18.300 nur 16.000 Mann haben sollen. Nicht an den Mannschafspersonen sollen Sie sparen, sondern bei der Bureaukratisierung des Ministeriums für Heereswesen sollen Sie zu sparen beginnen.

Die Herren haben früher eine große Freude gehabt, als ich auf das Rechtsbureau des Herrn Ministers zu sprechen kam. Glauben Sie, daß es notwendig ist, daß das Heeresamt ein Rechtsbureau hat, in dem 18 Beamte sitzen, vom Sektionschef abwärts bis zur letzten Gehaltsklasse der Beamten? Das in der Zeit, in der man uns sagt, daß die

Disziplinarverhandlungen gegen Mannschafspersonen und Chargen immer mehr und mehr abnehmen, wo uns der Herr Minister selbst eine Liste vorlegt und uns zeigt, daß die Disziplinarverhandlungen immer weniger werden? Ein derartig hoher Personalstand in einem Rechtsbureau kostet Geld, Herr Minister! Und wenn Sie außerdem noch die Möglichkeit haben, durch ein Zirkular 1630 S als Remuneration für Überstunden auszuzahlen — ja welche Arbeit haben denn die Herren? *(Bundesminister Vaugoin: Viel, Herr Kollege, sehr viel Arbeit!)* Sie sagen uns ja selbst, daß die Disziplinarsachen weniger geworden sind — vielleicht müssen die Herren alle Zeitungen lesen, in denen etwas über sie darinnen steht, um berichtigen zu können, das ist ja möglich, aber daß das nicht zum Heereswesen gehört, das müssen Sie doch selbst zugeben.

Wir haben schon im Finanzausschuß gesagt, wo Sie zu sparen anfangen sollen. Niemand wird Ihnen etwas sagen, wenn Sie in so schönen Worten uns auseinandersetzen, daß ja der alte Offizier, der dem Volke treu gedient hat, auch das Recht auf eine Auszeichnung hat. Wenn er den Generalstitel oder irgendeinen anderen Titel bekommt — um einen Titel werden wir uns nie raufen, sondern immer nur um die Mittel, die wir nicht haben, um sie auszahlen zu können. Sie selbst sagten uns, Sie hätten so viel vor und können es nicht durchführen, weil Ihnen die Mittel fehlen. Schauen Sie einmal in Ihrem Ministerium nach, Herr Minister, ob es nicht heute schon so überkomplett ist wie das Finanzministerium oder ein anderes. *(Bundesminister Vaugoin: Ein Viertel von dem Stand, wie ich es übernommen habe! Ich habe 900 Personen übernommen und jetzt habe ich 269! — Ruf links: Woher kommen die Steigerungen?)* Die Steigerungen kommen daher, daß von den 900 Personen 700 ganz niedrige Gehälter hatten, aber durch die ewige Heranziehung aller derjenigen, die es verstehen, sich bei Ihnen Liebkind zu machen . . . *(Bundesminister Vaugoin: Die Steigerungen kommen von den Gehaltserhöhungen der letzten acht Jahre!),* vorrücken, ohne irgendwelche Qualifikation zu besitzen. Nicht nur von den Gehaltserhöhungen allein, sondern durch die vielen hohen Beamten, die im Ministerium, ohne sie zu brauchen, eingestellt worden sind.

Wenn Sie dann weiter unserem Freund Heinz sagen, Sie haben nicht gedacht, daß die Taubengeschichte eine ernste Geschichte ist . . . *(Bundesminister Vaugoin: Sie ist ernst, ich kann ohne Tauben nicht auskommen!)* Ja, sie ist ernst. Ich werde Ihnen Ihre Tauben nicht nehmen, aber entschuldigen Sie, Herr Minister, und ich rufe alle Herren als Zeugen auf: Ein Staat, der 18.300 Mannschafspersonen und Mannschafschargen zusammen hat, der hat 5000 Flugtauben . . . *(Ruf*

rechts: Spatzen wären billiger! — Heiterkeit.) 5000 Flugtauben, von denen der Herr Minister sagt, daß sie ihm im Tage $1\frac{1}{2}$ g kosten! Das macht im Jahr rund 16.000 S aus. (Ruf links: Mehr!) Also sicher mehr sogar. (Bundesminister Vaugoin: 26.300 S!) 26.300 S! Na, entschuldigen Sie, Herr Minister, glauben Sie nicht, daß sich da etwas ersparen lassen kann? Niemand wird Ihnen sagen, daß Sie keine Flugtauben haben sollen, jeder wird sagen: Bitte, wir werden zwar mit unseren 18.000 Mandeln niemals einen Krieg führen können, aber wenn wir Flugtauben brauchen — gut, dann sollen wir welche haben, aber daß wir 5000 haben, daß drei Mann auf eine Taube kommen: . . . (Bundesminister Vaugoin: Können wir in den Krieg gehen mit 18.000 Mann?) Sie haben ja nicht mehr. (Bundesminister Vaugoin: Aber die Flugtauben müssen vorbereitet sein!) Bis ein Krieg kommt, leben ja die heutigen Tauben nicht mehr und wir beide auch nicht mehr. (Bundesminister Vaugoin: Hoffentlich wir beide noch! — Heiterkeit.) Ich möchte das Volk kennen auf der Welt, das nach dem Verbrechen von 1914 den Mut hat, in so kurzer Zeit wieder einen Krieg beginnen zu wollen. Ich glaube, daß es keinen Menschen in einem Staate geben kann, der es sich wünschen würde, daß in so kurzer Zeit wieder das kommt, was sich in den vier Jahren von 1914 bis 1918 abgespielt hat. Halten Sie also Ihre Zucht von Tauben, aber werfen Sie nicht unnütz Geld hinaus! Nehmen Sie eine bestimmte Zahl von Tauben, zum Beispiel diese 300, die Sie bei der Taubenausstellung gehabt haben, wenn Sie 300 sich halten, werden Sie mehr als genug haben. (Bundesminister Vaugoin: Ich halte mir gar keine Tauben!) Das weiß ich nicht. Wenn Sie sich selber welche halten, so geht mich das nichts an, da zahlen Sie ja das Futter; aber wenn das Futter aus Staatsmitteln gezahlt werden muß, dann frage ich einen der Herren Agrarier, was er mit 26.000 S im Jahre füttern kann, und er wird mir eine andere Antwort geben als die, daß er um den Betrag Flugtauben füttern würde.

Das, meine Herren, sind keine Entschuldigungen für das große Ansteigen des Budgets des Heeresministeriums. Sie können das nicht aus der Welt schaffen, daß die Möglichkeit vorhanden wäre, eine Verkürzung des Budgets ohne Verringerung des Standes, ohne Verschlechterung der Ausbildung, ohne daß nur irgendein Ausrüstungsgegenstand weggenommen werden müßte, durchzuführen, wenn eben die Bureaucratie nicht auch im Heeresministerium so starken Einfluß gewonnen hätte. Wir werden mit allen Mitteln auch weiterhin auf Ordnung im Ministerium für Heereswesen dringen — Ordnung in dem Sinne, daß, wenn jetzt von der Regierung eine Kommission eingesetzt würde, die sich mit Er-

sparungsmaßregeln beschäftigen soll, solche Ersparungsmaßregeln nicht bei den Mannschaftsständen, sondern bei der Hoheitsverwaltung des Ministeriums für Heereswesen vorgenommen werden, daß dort genau hineingeleuchtet wird, um zu prüfen, ob alles notwendig ist, was dort an Beamten und Offizieren zu finden ist. (Hareter: Auch bei der Fohlenzucht in Bruckneudorf unten! — Bundesminister Vaugoin: Ja, auch dort!)

Gestatten Sie mir nun, mit einigen Worten auf die Resolution einzugehen, die die Herren Abg. Dewaty, Foppa und Tauschitz beantragt haben. Ich erkläre Ihnen heute von dieser Stelle aus, daß wir nicht nur gegen diese Resolution stimmen werden, sondern daß wir alles daran setzen werden, um zu verhindern, daß die politischen Freiheiten der Wehrmänner angetastet werden. Schon der Herr Minister hat Ihnen gezeigt, wie unsere Wehrmacht entstanden ist: Es sind nicht Soldaten einer Monarchie, die laut Staatsgesetz ihre drei Militärjahre abdieneu mußten, es sind junge Menschen, die sich freiwillig ihrem Mutterland zur Verfügung stellen als Wehrmänner oder auch als Offiziere, und es wäre ein schlechter Dank der Republik, wenn man diesen Menschen sagen würde: Ihr habt kein Recht, etwas dreinzureden, ihr habt nicht mitzuwählen, ihr müßt wohl euere Republik verteidigen und alles daransetzen, um die Republik innen und außen zu schützen, aber mitzureden habt ihr nichts, das ist nur Sache der anderen Bundesbürger. Alle Punkte, wie sie hier von 1 bis 5 aufgezählt sind, bedeuten nichts anderes, als daß den Wehrmännern alle politischen Rechte genommen werden sollen, und kann ich nicht glauben, daß Männer, die Republikaner sind, sich dazu hergeben können, gegen unsere Wehrmänner derart vorzugehen.

Was den zweiten Entschließungsantrag des Herrn Abg. Dewaty anlangt, so hat eigentlich schon der Herr Minister die Antwort darauf gegeben. Wir waren es, die zuerst mit dem Vorschlag gekommen sind, eine Miliz einzuführen. Wir konnten und durften sie nicht einführen. Der Herr Minister hat ganz richtig gesagt, daß die Vorarbeiten und alles andere längst von allen Parteien besprochen war, daß die Durchführung jedoch nicht möglich gewesen ist, weil wir nicht die Zustimmung der Mächte dazu erhalten haben. Ich weiß nicht, ob gerade jetzt der günstigste Moment ist, mit dieser Frage zu kommen, bei der man voll und ganz überzeugt sein kann, daß sie nicht mit dem Sieg für unsere Republik ausgehen kann.

Ich habe mich ganz kurz gefaßt, weil ich ja eigentlich nur dem Herrn Kollegen Raab antworten wollte. Ich möchte noch einmal das hohe Haus bitten, daß es dessen eingedenk sei, daß wir alles daransetzen müssen, den Stand unserer Wehrmacht zu erhöhen, daß wir alles daransetzen müssen, daß sie richtig ausge-

bildet wird; aber wir müssen auch vom Herrn Bundesminister für Heereswesen, wenn hier von Entpolitisierung gesprochen wird, verlangen, daß er in erster Linie damit anfangen soll, daß er die Offiziere nicht drangsalieren soll, daß er sie sowie die Mannschaftepersonen in den Wehrbund nicht mehr hineinpresse. (Bundesminister Vaugoin: Fällt mir gar nicht ein!) Herr Minister, ich wollte heute altes Material nicht verwenden, weil wir uns gesagt haben, daß wir nicht die alten Geschichten wieder aufrollen wollen, wir wollten nur die finanzielle Gebarung Ihres Ministeriums besprechen. Wenn alle Offiziere die Möglichkeit hätten, frei zu sprechen, dann würden Sie aus dem Mund so manchen Offiziers hören, wie sie zum Wehrbund gekommen sind. Sehen Sie alles daran, Herr Minister, um aus unseren jungen Wehrmännern echte Republikaner zu machen, die die Republik Österreich schützen. Trachten Sie, alles daranzusetzen, daß das Spitzeltum, das Denunziantentum aus den Kasernen herauskommt. Erziehen Sie diese jungen Menschen zu aufrechten Republikanern und nicht zu Spitzeln und Denunzianten, dann werden Sie die Entpolitisierung ohne Gesetz und ohne andere Hilfsmittel in allen Kasernen durchgeführt haben. (Lebhafter Beifall links.)

Damit ist die Aussprache über den VII. Abschnitt beendet.

Es wird der VIII. Abschnitt in Verhandlung gezogen: Kapitel 27, Titel 1, „Tabak“, Titel 2, „Salz“, Titel 3, „Staatslotterien“, Kapitel 28, Titel 6, „Staatsdruckerei“, Titel 7, „Hauptmünzamt“, Kapitel 26 a, „Zuschuß an die Postsparsasse“, Kapitel 16, „Finanzverwaltung“, Kapitel 17, „Öffentliche Abgaben“, Kapitel 18, „Rassenverwaltung“.

Bundesfinanzgesetz.

Spezialberichterstatte **Seizinger**: Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 27, Titel 1, „Tabak“, in seiner Sitzung vom 20. Jänner in Beratung gezogen. Wir können heuer ebenfalls wieder berichten, daß das Tabakmonopol so wie im Vorjahre einen beträchtlichen Überschuß abwirft, und zwar eine kassamäßige Nettoabfuhr von 197.6 Millionen Schilling gegenüber dem Vorjahre von 186.3 Millionen Schilling. „Tabak“ ist ein gutes Geschäft für den Bund, wie wir alle wissen. Wir haben uns im Finanzausschuß eingehend mit diesem Kapitel beschäftigt. Es sind auch entsprechende Summen für Investitionen eingestellt, für die Vergrößerung der Fabriken in Linz und in Hainburg, um dadurch auch hier Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Ich möchte namens des Finanzausschusses den Antrag stellen (liest):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Kapitel 27, Titel 1, „Tabak“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1931 in der

Fassung der Regierungsvorlage (B. 1) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Bei den „Staatslotterien“ ist ebenfalls gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung in den Einnahmen zu verzeichnen. Im Bundesvoranschlag für das Jahr 1931 sind an Betriebseinnahmen im ganzen 56.799.500 S ausgewiesen, an Betriebsausgaben zusammen 42.271.700 S, es ergibt sich daher ein kassamäßiger Monopolsertrag von 14.527.800 S.

Überdies fließt dem Bundeshaushalt aus dem Zahlenlotto und den Staatswohlthätigkeitslotterien an 25prozentiger Gewinnsteuern ein Betrag von 2.880.800 S zu, so daß beim Monopolsbetrieb „Staatslotterien“ mit einem Gesamterfolg von 17.408.600 S gerechnet wird.

Beim Personalaufwand im Gesamtbetrag von 739.900 S sind 361.400 S für Aktivitätsbezüge und 378.500 S für Ruhe- und Versorgungsgenüsse veranschlagt.

Ich bitte auch hier namens des Finanz- und Budgetausschusses, dem Antrage zuzustimmen (liest):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Kapitel 27, Titel 3, „Staatslotterien“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1931 in der Fassung der Regierungsvorlage (B. 1) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Ich referiere nun über Kapitel 28, Titel 6, „Staatsdruckerei“. Hier erleben wir es zum erstenmal, daß wir mit einem Betriebsüberschuß rechnen können, während man im Vorjahre noch mit einem Betriebsdefizit zu rechnen hatte.

Für das Jahr 1931 werden die kassamäßigen Betriebsausgaben mit 9.135.600 S, die Betriebseinnahmen mit 9.390.200 S präliminiert. Es ergibt sich sohin ein kassamäßiger Betriebsüberschuß von 254.600 S. Hieron wird der gleiche Betrag wie im Vorjahre, nämlich die Summe von 80.000 S, für die zur Ergänzung des Maschinenparkes unbedingt notwendigen Investitionen verwendet werden. Es ergibt sich sohin eine kassamäßige Nettoabfuhr an den Bund von 174.600 S.

Der Personalstand wird für das Jahr 1931 in der gleichen Höhe wie für das Jahr 1930, nämlich mit 153 Angestellten und 900 Arbeitern, angenommen. Auch der Personalaufwand für die Aktiven zeigt gegenüber dem Vorjahre keine wesentliche Veränderung. Er beträgt für die Angestellten 908.700 S, für die Arbeiter 3.975.900 S.

Der Pensionsaufwand beträgt pro 1931 2.148.000 S, wovon wie im Vorjahre 600.000 S den allgemeinen Pensionsetat und der Rest von 1.548.000 S die Gebarung der Staatsdruckerei belasten.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat sich mit dem Kapitel „Staatsdruckerei“ eingehend befaßt und stellt den Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Kapitel 28, Titel 6; „Staatsdruckerei“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1931 in der Fassung der Regierungsvorlage (B. 1) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Spezialberichterstatter **Grtl**: Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 28, Titel 7, „Hauptmünzamt“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1931 in seiner Sitzung vom 20. Jänner 1931 in Verhandlung gezogen. Die Einnahmen sind mit 2,256.800 S veranschlagt, während die Ausgaben mit 2,210.000 S veranschlagt sind. Es ist daher nach Abzug der Investitionen von 10.000 S ein, wenn auch nur bescheidener Reingewinn von 46.800 S zu verzeichnen.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 28, Titel 7, „Hauptmünzamt“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1931 in seiner Sitzung vom 20. Jänner 1931 in Verhandlung gezogen.

Dem geringeren Bedarf an Münzen für den Bund und der dadurch bedingten schwächeren Beschäftigung Rechnung tragend, konnten die einzelnen Ansätze im Voranschlag des Hauptmünzamtes für 1931 gegenüber dem Vorjahre in den Ausgaben insgesamt um 788.500 S geringer mit 2,210.000 S, mußten aber auch die Einnahmen um 823.900 S geringer mit 2,256.800 S angesetzt werden. Auch die vorjährigen Investitionen, um 9000 S gekürzt, belaufen sich nur mehr auf 10.000 S.

Nach dem Voranschlag ergibt sich sonach ein kassamäßiger Betriebserfolg (Nettoabfuhr) von 36.800 S gegenüber 63.200 S im Vorjahr.

Die gesamten Ausgaben von 2,210.000 S verteilen sich auf folgende Posten:

1. Personalaufwand für 21 pragmatische Beamte und 4 Vertragsangestellte 175.600 S, Ruhe- und Versorgungsgenüsse der Beamten und Arbeiter 253.600 S, zusammen 429.200 S.

2. Sachaufwand einschließlich Erhaltungskosten des Gebäudes und der Maschinen 1,761.200 S.

Mit diesem Betrag werden die folgenden hauptsächlichsten Auslagen gedeckt: die Löhne der Arbeiter einschließlich der Beiträge zur sozialen Versicherung 292.450 S, Steuern und Abgaben 23.700 S, Materialien für den Betrieb 127.000 S, Ankauf von Edelmetallen 1,210.000 S, Erhaltung der Gebäude und Mobilien 26.700 S und Verschiedene Auslagen 81.350 S.

3. Verzinsung und Tilgung des Investitionsaufwandes 19.600 S.

Hiezu kommen noch 10.000 S für Mobilienankäufe (Investitionen).

Diese Ausgaben werden ihre Deckung durch Einnahmen von insgesamt 2,256.800 S finden. Diese Einnahmen setzen sich zusammen aus den Gebühren für vom Hauptmünzamt ausgeführte Arbeiten und Leistungen 665.400 S, für die Ausmünzungen für Rechnung des Bundes 231.300 S, aus dem Verkauf von Edelmetallen 1,325.600 S, aus verschiedenen kleineren Einnahmen von zusammen 34.500 S.

Das Hauptmünzamt hat im Jahre 1930 die im Voranschlag vorgezeichnete Arbeit programmäßig erledigt, sogar statt der veranschlagten 25,360.000 Stück Münzen deren 86,296.799 Stück ausgeprägt. Abgesehen von der nicht vorgesehenen Prägung von 500.000 Stück Walther-von-der-Vogelweide-Doppelschillingen, war besonders die Ausprägung von Bundesgoldmünzen zu 25 und 100 S stark, während von den Levantinertalern nur 40 Prozent der veranschlagten Menge ausgemünzt wurde.

Dieses starke Zurückbleiben ist auf den ungeheuren Sturz des Silberpreises, der von 104 S am Beginn des Jahres 1930 auf nunmehr 65 S gefallen ist, zurückzuführen.

Aus dem Ausland erhielt das Hauptmünzamt 1930 drei Prägaufträge.

Hoffentlich wird aber das Hauptmünzamt auch im Jahre 1931 eine gute Beschäftigung aufzuweisen haben.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den Titel 7, „Hauptmünzamt“, des Kapitels 28 angenommen und stellt den Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Kapitel 28, Titel 7, „Hauptmünzamt“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1931 in der Fassung der Regierungsvorlage (B. 1) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Spezialberichterstatter **Dr. Kneußl**: Der Finanz- und Budgetausschuß hat Kapitel 27, Titel 2, „Salz“, in Verhandlung gezogen und angenommen.

Ich möchte kurz zu diesem Kapitel folgendes mitteilen: Die Betriebsausgaben haben sich um 413.400 S erhöht. Die Erhöhung ist teils auf den Personalaufwand zurückzuführen, teils auf den Sachaufwand.

Die Betriebseinnahmen haben sich erfreulicherweise ebenfalls erhöht, und zwar um 907.000 S.

Außerdem ist ein Plus für Investitionen von 399.000 S vorgesehen.

Im allgemeinen kann man sagen, daß die kassamäßige Nettoabfuhr sich in diesem Jahre fast um 100.000 S erhöht hat.

Der Personalstand hat sich zum Teil vermindert.

Im Laufe der Debatte wurde eine Entschliebung eingebracht und angenommen. Es erübrigt sich, diese Entschliebung vorzulesen. Ich möchte sie zur Annahme empfehlen.

Der Finanz- und Budgetausschuß beantragt (liest):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Kapitel 27, Titel 2, „Salz“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1931 in der Fassung der Regierungsvorlage (B. 1) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Spezialberichterstatter Dr. **Weidenhoffer**: Hohes Haus! Zum Kapitel 26a, „Zuschuß an die Postsparkasse“, ist zu bemerken, daß der Postsparkassenzuschuß in diesem Jahr mit 5·5 Millionen Schilling beantragt ist, obwohl der Betriebsabgang 5·7 Millionen Schilling beträgt. Doch glaubt man, die 200.000 S durch sonstige höhere Einnahmen bei der Postsparkasse hereinbringen zu können und mit 5·5 Millionen Schilling das Auslangen zu finden.

Die allgemeinen Unkosten und Amtserfordernisse haben gegenüber dem vorjährigen Voranschlag eine Steigerung von 800.000 S erfahren. Diese Erhöhung ist zurückzuführen auf eine Umstellung im Vertrieb der Druckorten, auf Erhöhung der Kosten der Materialien und auf größere Portoauslagen auf Grund der letzten Steigerung der Posttarife.

Das Kapitel 26a wurde am 5. Februar zugleich mit den Kapiteln 5, 16 und 18 und dem Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1931 in Beratung gezogen.

Der Finanz- und Budgetausschuß nahm das Kapitel an und beantragt (liest):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Kapitel 26a, „Zuschuß an die Postsparkasse“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1931 in der Fassung der Regierungsvorlage (B. 1) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Zum Kapitel 16, „Finanzverwaltung“, Bundesausgaben und -einnahmen, ist zu bemerken, daß sich die persönlichen Ausgaben auf 50·1 Millionen Schilling belaufen und sohin ein Plus von 1·3 Millionen aufweisen. Die sachlichen Ausgaben machen den Betrag von 14·1 Millionen aus und erhöhen sich um 1·1 Millionen Schilling.

Die persönlichen Mehrausgaben sind zurückzuführen auf den automatischen Anfall von gesetzlichen Vorrückungsbeträgen, auf Zeitbeförderung und Zeitvorrückung auf Grund des Gehaltsgesetzes, ferner auf die Auswirkungen der dritten Gehaltsgesetznovelle vom 20. Dezember 1929, B. G. Bl. Nr. 436, und des Mietzinsbeihilfengesetzes vom 30. Oktober 1929, B. G. Bl. Nr. 361.

Die sachlichen Mehrausgaben ergeben sich einerseits durch die gesteigerte Tätigkeit, namentlich der Unterbehörden und Organe — ein Plus von 0·4 Millionen —, andererseits aus der durch höhere Veranschlagung der direkten Steuern zwangsläufig

resultierenden Erhöhung der Vergütung an die Städte Wien und Graz für die Einhebung von Bundesabgaben — ein Plus von 0·7 Millionen.

Von den Gesamtausgaben für 1931 entfallen auf das Bundesministerium für Finanzen 6·8 Millionen Schilling, gegenüber 1930 ein Plus von 0·2 Millionen, auf die Unterbehörden und Organe 50·3 Millionen, gegenüber 1930 ein Plus von 1·5, und auf die Vergütung an die Städte Wien und Graz für die Einhebung von Bundesabgaben 7·1 Millionen, gegenüber 1930 ein Plus von 0·7 Millionen. Die Ausgaben betragen also zusammen 64·2 Millionen Schilling, das ist gegenüber 1930 ein Plus von 2·4 Millionen Schilling.

An Einnahmen sind in diesem Kapitel nur die mit der Finanzverwaltung in unmittelbarem Zusammenhang stehenden zu erwähnen, und zwar entfallen auf das Bundesministerium für Finanzen 0·4 Millionen Schilling, gegenüber 1930 ein Plus von 0·1, auf die Unterbehörden und Organe 6·6 Millionen, gegenüber 1930 ein Plus von 0·5, auf die Vergütung für die Einhebung von Landes- (Gemeinde-)abgaben 2·9, gegenüber 1930 ein Plus von 0·2, und auf die Vergütung für Einhebung der Zinsgroßchen 0·4 Millionen, gegenüber 1930 ein Plus von 0·1 Millionen, zusammen also 10·3 Millionen, gegenüber 1930 ein Plus von 0·9 Millionen Schilling.

Im Kapitel 17, „Öffentliche Abgaben“, ist zwischen den ursprünglichen Ziffern des Bundesvoranschlages und des Finanzgesetzes und den geänderten Ansätzen zu unterscheiden, die sich durch den Nachtrag ergeben haben, der durch die Einführung der Bezinsteuer und der Kraftwagenabgabe einerseits und die Erhöhung der Zuckersteuer andererseits notwendig geworden ist.

Die Ausgaben sind für 1931 mit 30·8 Millionen Schilling, das ist gegenüber dem Voranschlag 1930 um 16·9 Millionen Schilling höher, veranschlagt. Davon entfällt der größte Teil von 27 Millionen Schilling auf die „Förderung des Zuckerrübenbaues“, die gemäß den Bundesgesetzen vom 13. Dezember 1928, B. G. Bl. Nr. 332, 20. Dezember 1929, B. G. Bl. Nr. 409, und vom 16. Juli 1930, B. G. Bl. Nr. 222, aus dem Mehrertrag der Zuckersteuer gewährt werden. Gegenüber 1930 sind die Ausgaben für die Förderung des Zuckerrübenbaues um 17 Millionen Schilling höher veranschlagt, welchen korrespondierenden Mehreinnahmen aus der Zuckersteuer gegenüberstehen.

An Einnahmen sind veranschlagt der Ertrag der öffentlichen Abgaben, und zwar: aus den direkten Steuern mit 394·7 Millionen Schilling, gegenüber 1930 ein Plus von 28·4 Millionen, aus den Zöllen mit 347·1 Millionen, gegenüber 1930 ein Plus von 69·1, aus den Ausfuhrabgaben mit 0·6 Millionen, gegenüber 1930 ein Minus von 1·1, aus den Verbrauchssteuern mit 166·4 Millionen, gegen-

über 1930 ein Plus von 62'8, aus den Gebühren mit 385'1 Millionen, gegenüber 1930 ein Plus von 7 Millionen, und aus den Eintreibungsgebühren mit 1 Million Schilling. Es ergibt sich hieraus ein Plus an Einnahmen von 166'2 Millionen Schilling.

Von den Bruttoeinnahmen pro 1294'9 Millionen Schilling gehen ab die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden mit 276'6 Millionen Schilling. Infolgedessen bleiben reine Bundeseinnahmen von 1018'3 Millionen Schilling, was eine Steigerung von 152'6 Millionen Schilling bedeutet.

Von den Bruttomehreinnahmen führen folgende Teilbeträge auf die mit der zwangsläufigen Ausgabensteigerung im Zusammenhange stehenden Quellen zurück:

auf die zur Bedeckung der Ausgaben für das landwirtschaftliche Notopfer eingeführten außerordentlichen Zuschläge zum Zuckerzoll von 20 Millionen Schilling, zur Biersteuer von 23 Millionen Schilling und zur Zuckersteuer von 23'6 Millionen Schilling, zusammen also 66'6 Millionen Schilling;

auf die zur Bedeckung der Mehrausgaben für Förderung des Zuckerrübenbaues verfügte Erhöhung der Zuckersteuer um 17 Millionen Schilling.

Scheidet man diese Mehreinnahmen von 83'6 Millionen Schilling aus dem obigen Betrage der Bruttomehreinnahmen von 166'2 Millionen Schilling aus, so verbleiben restliche Mehreinnahmen von 82'6 Millionen Schilling. Diese letzteren verteilen sich wie folgt: direkte Steuern ein Plus von 28'4, Zölle, ausschließlich der außerordentlichen Zuschläge vom Zuckerzoll, ein Plus von 49, Ausfuhrabgaben ein Minus von 1'1, Verbrauchssteuern, ausschließlich der außerordentlichen Zuschläge zur Bier- und Zuckersteuer sowie der Erhöhung der Zuckersteuer, ein Minus von 0'8, Gebühren ein Plus von 7, Nebeneinnahmen bei Zöllen, das ist eine Überstellung vom Kapitel 16, ein Plus von 0'1 Millionen Schilling.

Ich habe bereits in meinem Generalbericht zum Budget bemerkt, worauf sich die veranschlagten Mehrerträge bei den Zöllen gründen. Wir gehen von der Annahme aus, daß die Erreichung der mutmaßlichen Zolleingänge sich auf die schon in den Verhandlungen mit Ungarn im Sommer 1930 vereinbarten Vertragszölle wird gründen können. Die höhere Veranschlagung von direkten Steuern und Gebühren gründet sich auf die Erfolge im ersten Halbjahr 1930 bei den bestehenden direkten Steuern und Gebühren. Auf Steuerermäßigungen, deren die Wirtschaft teilhaft werden soll, wie uns der Finanzminister immer wieder und auch leghlich noch versichert hat, wurde in dem vorliegenden Voranschlag keine Rücksicht genommen.

Die Ertragsanteile der Länder (Gemeinden) sind gegenüber dem Jahre 1930 um 13'6 Millionen

Schilling höher veranschlagt, was sich automatisch aus der höheren Veranschlagung der gemeinschaftlichen Abgaben erklärt.

Ich habe schon früher erwähnt, daß sich zu diesen Ziffern noch ein Nachtrag ergibt, der zum Teil durch die Einführung der Benzinsteuer und der Kraftwagenabgabe mit dem Bundesgesetz vom 28. Jänner 1931, B. G. Bl. Nr. 45, begründet ist. Diese Abgaben gehören dem Bund zu 20 Prozent, den Ländern zu 80 Prozent. Dennoch wird die voraussichtliche Einnahme des Jahres 1931 gänzlich den Ländern und Gemeinden zufließen. Es erklärt sich dies dadurch, daß man bei der Benzinsteuer nur mit einem Termin von 5½ Monaten, mit einem Verbrauch, der sich nur auf 5½ Monate erstreckt, wird rechnen können. Dies hängt erstens mit der Zollstundung zusammen, zweitens damit, daß ja auch die in den inländischen Raffinerien einfließende Steuer erst einen Monat nach Wegbringung der betreffenden Materialmengen zu bezahlen ist.

Nimmt man also einen Mehrverbrauch von 1'45 Millionen Meterzentner und einen Steuersatz von 13 g für 1 Kilogramm Benzin an, so ist der Jahresertrag der Benzinsteuer mit 18,850.000 S zu veranschlagen, daher entfallen auf 5½ Monate 8,640.000 S.

Dazu kommt die Nachtragssteuer für die am Wirksamkeitsbeginn vorhandenen Benzinvorräte mit etwa 1,300.000 S. Es ist daher der voraussichtliche Ertrag der Benzinsteuer im Jahre 1931 mit 9,940.000 S zu erhoffen.

An Kraftwagenabgabe entfallen auf das Jahr 1931 drei von den vier vierteljährlichen Zahlungsterminen. Unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Zahl der steuerpflichtigen Fahrzeuge und einer voraussichtlichen Jahresleistung dieser Fahrzeuge von 6'5 Millionen Schilling ist also mit einem Ertrag der Kraftwagenabgabe im Jahre 1931 von 4,860.000 S zu rechnen.

Es wird daher der voraussichtliche Ertrag der Benzinsteuer und der Kraftwagenabgabe zusammen 14,800.000 S betragen.

Diese Einnahmen sind bei Einnahmenkapitel 17, „Öffentliche Abgaben“, Titel 3, „Verbrauchssteuern“, unter dem neu zu eröffnenden § 10 mit den entsprechenden Unterteilungen, und zwar: 1. Benzinsteuer 9,940.000 S, 2. Kraftwagenabgabe 4,860.000 S in den Voranschlagsentwurf 1931 einzubeziehen. Der bisherige § 10 (alt) für den Ansatz „Verschiedene Einnahmen“ ist als § 11 zu bezeichnen.

Auf Grund der Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1930 sind die den Ländern gebührenden Ertragsanteile unter Berücksichtigung, daß aus dem Titel der Garantie Ergänzungszahlungen zu leisten sein werden, für das Jahr 1931 mit einem den

Bruttoeinnahmen gleichkommenden Betrag von 14.800.000 S zu veranschlagen.

Demgemäß sind die unter Einnahmenkapitel 17, „Öffentliche Abgaben“, Titel 7, veranschlagten „Ertragsanteile der Länder (Gemeinden) an den gemeinschaftlichen Abgaben“ von 276.629.000 S um den obigen Betrag von 14.800.000 S zu erhöhen, so daß sich die Ertragsanteile auf 291.429.000 S erhöhen.

Auch die Zuckersteuer wurde erhöht. Im Voranschlagsentwurf 1931 ist unter Einnahmenkapitel 17, „Öffentliche Abgaben“, Titel 3, „Verbrauchssteuern“, § 7, der Bruttoertrag der Zuckersteuer auf Grund des damals in Geltung gestandenen Steuersatzes von 26 Goldkronen pro 100 Kilogramm mit 43.840.000 S veranschlagt.

Auf Grund des Gesetzes vom 16. Juli 1930, B. G. Bl. Nr. 221, und der Verordnung vom 22. Jänner 1931, B. G. Bl. Nr. 35, wurde der Steuersatz von 26 auf 31 Goldkronen pro 100 Kilogramm mit Wirksamkeit vom 2. Februar 1931 erhöht.

Der aus dieser Steuererhöhung sich ergebende Mehrertrag der Zuckersteuer für die Zeit vom 2. Februar bis 31. Dezember 1931 ist mit rund 6.335.000 S und zuzüglich der zu entrichtenden Nachsteuer für die bei Wirksamkeitsbeginn vorhandenen Vorräte von 145.000 S mit zusammen 6.480.000 S zu veranschlagen, um welchen Betrag der obige Einnahmenansatz auf 50.320.000 S zu erhöhen ist.

Damit korrespondieren aber Mehrausgaben für die Förderung des Zuckerrübenbaues. Mit den Gesetzen vom 13. Dezember 1928, B. G. Bl. Nr. 332, 20. Dezember 1929, B. G. Bl. Nr. 409, und 16. Juli 1930, B. G. Bl. Nr. 222, wurde der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, zum Zwecke der Erhaltung des heimischen Zuckerrübenbaues für die Zeit der Wirksamkeit der verfügten Erhöhung der Zuckersteuer über 10 Goldkronen Bundesmittel in einer Höhe zur Verfügung zu stellen, die jene Summe nicht überschreiten darf, welche sich als Mehrerträgnis aus der Erhöhung des Zuckersteuersatzes über 10 Goldkronen ergibt. Auf dieser Grundlage und eines Steuersatzes von 26 Goldkronen sind im Voranschlagsentwurf 1931 unter Ausgabenkapitel 17, „Öffentliche Abgaben“, Titel 3, „Verbrauchssteuern“, § 3, „Förderung des Zuckerrübenbaues“, die Ausgaben für die Förderung des Zuckerrübenbaues mit 26.960.000 S veranschlagt.

Infolge der eben auseinandergesetzten Erhöhung der Zuckersteuer um 5 Goldkronen mit der Bestimmung, den Rübenbau zu fördern, wird auch der Mehrertrag der Zuckersteuer von 6.480.000 S diesem Zwecke zugeführt werden, so daß der gesamte Mehrertrag der Zuckersteuer im Betrage von

33.440.000 S für die Förderung des Zuckerrübenbaues im Jahre 1931 veranschlagt wird.

Daraus resultieren nun gewisse Abänderungen der Schlußsummen des Bundesvoranschlagsentwurfes für 1931 in der Weise, daß bei den sachlichen Ausgaben ein Plus von 6.480.000 S hinzukommt, so daß die Ausgaben nunmehr 2.136.797.000 S betragen werden; bei den Einnahmen ist ebenfalls ein Plus von 6.480.000 S einzusetzen, so daß die Einnahmen jetzt mit 2.172.492.100 S veranschlagt sind.

Ich gehe gleich über zum Kapitel 18, „Rassenverwaltung“. Hier werden die Ausgaben für das Jahr 1931 mit 4.1 Millionen veranschlagt, die Differenz beträgt gegenüber 1930 100.000 S. Die Einnahmen sind veranschlagt mit 26.9 Millionen gegenüber 32.8 Millionen im Jahre 1930, so daß also hier ein Minus von 5.9 Millionen aufscheint. Die Mehrausgaben ergeben sich aus den beim Postsparkassenverkehr des Bundes entstandenen Mehrkosten. Die Mindereinnahmen von 5.9 Millionen Schilling ergeben sich hauptsächlich aus der geringeren Veranschlagung der Rückzahlung von Darlehen. Die Böslauer Kammgarnfabrik hat nämlich den ihr seinerzeit gewährten Wollkredit bereits im Jahre 1930 zurückgezahlt, so daß sie im Jahre 1931 nichts mehr zu zahlen hat, weiters hat die Centralbank deutscher Sparkassen in Liquidation das ihr vom Bund im Jahre 1926 gewährte Darlehen von rund 58 Millionen Schilling bis Ende 1930 zur Gänze zurückgezahlt, so daß nur mehr Zinsen im Betrage von 2.2 Millionen Schilling ausfallen, die jedoch voraussichtlich auch noch eingehen werden.

Die Beratungen der Kapitel 16, 17 und 18 fanden ebenfalls am 5. Februar statt. Es wurde eine gemeinsame Debatte darüber abgeführt. Der Finanz- und Budgetausschuß nahm diese Kapitel mit den von mir dargestellten Abänderungsanträgen an und stellte den Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Den Kapiteln 16, „Finanzverwaltung“, 17, „Öffentliche Abgaben“, und 18, „Rassenverwaltung“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1931 mit den vom Berichterstatter beantragten Änderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Generalberichterstatter Dr. Weidenhoffer: Ich habe nun über die Vorlage der Bundesregierung, betr. den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für 1931, zu berichten. Ich erwähne, daß die Beratung des Bundesfinanzgesetzes und des Bundesvoranschlages in 15 Sitzungen des Finanz- und Budgetausschusses absolviert wurde und daß der Finanz- und Budgetausschuß auf Grund dieser Verhandlungen den Wortlaut und alle ziffermäßigen

Ansätze des Bundesfinanzgesetzes sowie des Bundesvoranschlages in der vorliegenden Fassung angenommen hat. Ich verweise im übrigen in bezug auf das, was zu den einzelnen Artikeln des Bundesfinanzgesetzes noch etwa zu sagen wäre, auf den schriftlichen Bericht und auf das, was ich soeben bei den Kapiteln 16, 17 und 18 bemerkt habe. Als besonders erfreulich will ich nur nochmals den Wegfall des bisherigen Artikels VI hervorheben, der bekanntlich folgenden Wortlaut hatte (*liest*):

„Ohne besondere gesetzliche Ermächtigung dürfen Zahlungen für Reparationen oder als Kompensation für die Nichterfüllung von Verpflichtungen nach Artikel 184 des Staatsvertrages von Saint-Germain nur mit Zustimmung aller Inhaber der österreichischen Reliefschuldverschreibungen geleistet oder zu leisten versucht werden.“

Mit Rücksicht auf das Haager Abkommen vom 20. Jänner 1930, B. G. Bl. Nr. 263, entfiel die Aufnahme einer analogen Bestimmung im Bundesfinanzgesetz 1931. Das ist ein sichtbarer Beweis für die Selbstständigkeit, die Österreich in seiner finanziellen Gebarung erlangt hat.

Im Laufe der Debatte beantragten die Abg. Dr. Hampel u. Gen., Ing. Tauschitz u. Gen., Janicki u. Gen., Erzl u. Gen. fünf Entschlüsse, die sich sämtlich auf Fragen des Dienst- und Besoldungsrechtes der öffentlichen Angestellten beziehen. Zu diesen Entschlüssen gab der Bundesminister für Finanzen Dr. Fuch die Erklärung ab, er sei ohne weiteres bereit, zu veranlassen, daß diese Fragen nochmals als Vorbereitung für den Fall der Möglichkeit ihrer Realisierung durchgeprüft werden. Er bat die Abgeordneten, die Anträge in Beamtensfragen überreicht haben, dringend, diese Anträge zurückzuziehen, und versprach, daß die Regierung mit den zuständigen Personalvertretungen in Fühlung treten werde. Auf Grund dieser Erklärungen zogen Abg. Dr. Hampel im Namen der Antragsteller der Mehrheitsparteien und Abg. Zelenka im Namen der Antragsteller seiner Partei die beantragten Entschlüsse zurück.

Die Abg. Zelenka, Janicki, Tomschik u. Gen. hatten überdies zwei Entschlüssenanträge gestellt, die in meinem Bericht auf den Seiten 2 und 3 abgedruckt sind. Abg. Zelenka verzichtete im Hinblick auf die Versprechungen des Bundesministers für Finanzen auf eine Abstimmung über diese Anträge, so daß auch sie als zurückgezogen gelten.

Auch der Dienstpostenplan hat im Verlaufe der Beratung des Budgetausschusses eine Änderung erfahren, die bei der Beratung am 5. Februar vom Ausschusse angenommen wurde.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat sodann das Bundesgesetz samt dem Bundesvoranschlag und dem Dienstpostenplan für das Jahr 1931 mit den

vom Generalberichterstatter vorgeschlagenen Änderungen angenommen und beantragt, der Nationalrat wolle dem angeschlossenen Entwurf eines Bundesfinanzgesetzes samt dem richtiggestellten Bundesvoranschlag und richtiggestellten Dienstpostenplan für das Jahr 1931 die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zelenka: Hohes Haus! Beim VIII. Abschnitt des Bundesvoranschlages ist Gelegenheit, über die Monopole und Bundesbetriebe zu sprechen, und da der Herr Bundesminister für Finanzen anwesend ist, möchte ich auch einige Angelegenheiten, die wir im Finanz- und Budgetausschuß ausführlich verhandelt haben, hier besprechen, nicht um sie nur wieder in Erinnerung zu bringen, sondern weil sich in den letzten Wochen die Möglichkeit ergeben hat, auch noch Ergänzungen dazu vorzubringen, und weil ich den Herrn Finanzminister bitten möchte, auch diese Mitteilungen, die ich hier mache, noch zu berücksichtigen.

Bevor ich über die Monopole und Bundesbetriebe spreche, möchte ich aufmerksam machen, daß dem Herrn Generalberichterstatter in seinem schriftlichen Bericht zu Kapitel 16, „Finanzen“, eine kleine Abweichung von unserer Vereinbarung mit dem Herrn Bundesminister für Finanzen unterlaufen ist, die ich schon bei dem Kapitel „Post- und Telegraphenanstalt“ ausführlich besprochen habe, bezüglich deren ich aber auch jetzt, nachdem ich mündlich Gelegenheit hatte, mit dem Herrn Bundesminister für Finanzen zu sprechen, klar zum Ausdruck bringen möchte, daß die Verhandlungen über die zwei Anträge, die ich auf Grund der Zusage des Herrn Finanzministers zurückgezogen habe, in dem Sinne geführt werden, daß das Bundesministerium für Finanzen einerseits mit der Generaldirektion für das Post- und Telegraphenwesen, andererseits aber auch mit der Personalvertretung verhandeln wird. Es hätte ja keinen Wert, wenn der Vorgang sich so abspielen würde, wie er im Berichte des Herrn Generalberichterstatters festgehalten ist. Das ist eine Feststellung, die ich noch machen mußte.

Und nun möchte ich an den Herrn Bundesminister für Finanzen ein Ersuchen richten. Bei der Verhandlung über das Kapitel 27, „Tabak“, wurde im Budgetausschuß hinsichtlich der Arbeiter im allgemeinen, ferner jener Arbeiter, die Beamtendienste verrichten, sowie der Beamten überhaupt eine Anzahl von Wünschen vorgetragen, deren Erfüllung dem Bundesvoranschlag, beziehungsweise dem Betrieb keine wesentliche oder eine solche Belastung bringt, die es rechtfertigen würde, Härten anzuwenden, wie sie die Tabakregie bei Arbeitern, die seinerzeit irgendwelche kleine Delikte begangen haben, aber pardonierte wurden, nun plant, indem sie diesen Menschen am Ende ihrer Dienstzeit für die Pension

nicht jenen Teil der Vordienstzeit, den sie vorher im Tabakbetriebe zubrachten, zur Anrechnung bringen will, der ihnen gebührt. Die Tabakregie hat die Absicht, diesen Menschen nur die letzte Dienstzeit von der Zeit der Wiedereinstellung anzurechnen, so daß solche Tabakarbeiter oder -arbeiterinnen mit einer derart kleinen Pension in den Ruhestand treten würden, daß sie nicht existieren könnten und das Leben für sie geradezu unerträglich wäre. Ubrigens stünde ein solches Vorgehen auch in Widerspruch mit der seinerzeit im Jahre 1923 in der Tabakregie geübten Methode, gemäß der nach den seinerzeit stattgehabten, sicherlich nicht gutzuheißenden Vorkommissen ein Generalpardon gegeben wurde. Es ist nicht einzusehen, warum man dies nicht auch jetzt bei den in Betracht kommenden Arbeitern zur Anwendung bringen würde. Es ist doch nicht gut möglich, diesen alten Menschen, die zwischen dem 60. und 70. Lebensjahre stehen, ihre im eigenen Betrieb zugebrachte Dienstzeit von 10 bis 20 Jahren vom vorherigen Dienstverhältnis nicht anzurechnen. Ich appelliere daher, da Generaldirektor Sektionschef Dr. Dorrek mitgeteilt hat, das Hindernis liege im Bundesministerium für Finanzen, an den Herrn Bundesminister für Finanzen, hier Gnade für Recht ergehen zu lassen, weil ja auch darin ein Widerspruch läge, diesen Leuten zwar die Dienstalterszulage von der gesamten Dienstzeit bis zum letzten Tag des aktiven Dienstes auszuzahlen, dann aber beim Übertritt in den Ruhestand nur jenes Ausmaß von Dienstjahren nach der Pardonierung anzurechnen, während der Betreffende in Wirklichkeit doch oft 10 bis 20 Dienstjahre und noch mehr aufweist.

Nun möchte ich auch die Verhältnisse in der Staatsdruckerei und im Münzamt besprechen. Obzwar die Verhältnisse in diesen beiden Betrieben im Finanz- und Budgetausschusse eingehend besprochen wurden, haben sich die Zustände dort nicht geändert, und es wird immer und immer wieder der Versuch gemacht, bei Aufnahme der Arbeiter und Behandlung der im Dienste stehenden Arbeiter nach politischen Gesichtspunkten vorzugehen. Es wird notwendig sein, daß endlich die vom Arbeiterbetriebsrat mit der berufenen Organisation verlangte Aussprache mit dem Herrn Finanzminister ermöglicht werde, damit Gelegenheit geboten wird, das Material zu unterbreiten, das diese Vorwürfe beweist, damit endlich ein Weg gefunden wird, um die Vorschriften des Betriebsrätegesetzes sowie eine unpolitische Geschäftsföhrung zur Geltung zu bringen. Es geht doch nicht an, daß eine Minorität von christlichen Arbeitern und Beamten eines Betriebes trotz der bestehenden Gesetze und Dienstanweisungen anders behandelt wird, es darf auch nicht möglich sein, daß bis hinauf ins Ministerium Protektion geübt wird. Ich möchte auch noch erwähnen, daß hinsichtlich jener beiden Fragen, die in bezug auf die Münzarbeiter

im Ausschusse aufgeworfen wurden, neuerlich Verhandlungen gepflogen werden müssen. Ich war der Meinung, daß die im Ausschusse gemachten Mitteilungen genügen werden, daß auf Grund der Beschwerden, die im Finanz- und Budgetausschusse vorgebracht wurden, diese unmoralischen Zustände beseitigt werden, daß man Leuten, die ein Pensionrecht auf Grund eines eventuellen schweren Betriebschadens, der durch einen Unfall im Betrieb eingetreten ist, haben, die ihnen auf Grund dieses Unfalles gebührende Unfallrente in Abzug bringt oder die Pension, respektive Provision in jener Höhe bemißt, die der Betreffende, der aus diesem Betrieb infolge Unfalls frühzeitig ausscheidet, zu bekommen hat. Ein solcher Betriebsinvalid hat ja nach seinem Lebensalter oft eine kleine Pension, kann nichts mehr arbeiten, und statt so einem bedauernswerten Menschen seinen Pensionsanspruch, für den er Beiträge jahrelang zahlte, zu belassen, nimmt man ihm die Unfallrente. Dies nur beim Staatsarbeiter, beim Beamten gibt es noch die Möglichkeit, bis zehn Dienstjahre dazuzurechnen. Dieser Zustand kann nicht aufrecht bleiben. Ich erinnere Sie daran, Herr Bundesminister, daß Sie es selbst waren, der in einem ähnlichen Fall bei den Arsenalrentnern, den ehemaligen Heeresarbeitern, im Jahre 1928 erklärte, daß das ein unmoralischer Zustand sei, und ihn durch Anordnungen aus der Welt geschafft haben, und da die letzten Verhandlungen der Münzarbeiter unter Ausschluß des Betriebsrates und der zuständigen Organisation vor sich gegangen sind, wurde schließlich den Münzarbeitern dies mit einem Diktat aufgezwungen. Es kann sicherlich nicht dazu beitragen, im Münzbetrieb die notwendige Arbeitsfreude aufrechtzuerhalten, wenn von der Direktion derartige Maßnahmen getroffen werden.

Wenn nun die Frage der Anrechnung der Vordienstzeiten bis auf zwei Ausbildungsjahre für alle Vertragsangestellten und Beamten, die aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, behandelt wird, dann muß diese Frage, nämlich die Anrechnung von Vordienstzeiten in öffentlichen Betrieben, vom Bundesministerium für Finanzen auch bei den Staatsarbeitern gelöst werden. Es geht nicht an, daß man fortwährend Staatsarbeiter von einem Betrieb in den andern überstellt, ohne ihnen die in diesem Staatsdienst zugebrachte Vordienstzeit anzurechnen, und jenen Arbeitern, die in der Münze beschäftigt sind, eine schlechtere Behandlung gegenüber allen anderen Bundesbetrieben, die solche Dienstzeiten anrechnen, zuzumuten, daß ihnen ihre Vordienstzeiten nicht angerechnet werden.

Ich möchte mich nun kurz mit dem Kapitel „Salinen“ beschäftigen. Wir haben schon im Ausschusse Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, was in dem Salinenbetrieb vor sich geht, daß dort versucht wird, Vereinbarungen, Abschlüsse, die seinerzeit das Finanz-

ministerium mit dem zuständigen Salinenarbeiter-Zentralbetriebsrat und der zuständigen Organisation, der Technischen Union, getroffen hat, außer Kraft zu setzen. Einen Hinweis darauf finden wir ja schon in dem gedruckten Berichte des Kapitels 27, Titel 2, wo der Berichterstatter Dr. Kneußl unter Anführung des Personalstandes darauf hinweist, daß eine Erhöhung der Angestelltenzahl um 22 Köpfe sich dadurch ergibt, daß man nicht neue Angestellte aufnimmt, sondern Staatsarbeiter, die seit Jahren Beamtendienste leisten, als Salinenmeister oder sonstige Dienste — es handelt sich hauptsächlich um solche, die die Bergbauschule besucht haben und bereits den Dienst von Salinenmeistern verrichten — in das Verhältnis von Vertragsangestellten überführt werden sollen. Da muß ich feststellen, daß dies nur in der Art geschehen könnte, daß die Vereinbarung, die seinerzeit im Jahre 1925 für die Salinenarbeiter und für Beamte abgeschlossen wurde und die dahin ging, daß laut § 3, Absatz 4, der Dienst-anweisung solche Überstellungen nur mit Zustimmung des Arbeiterbetriebsrates oder des Beamtenbetriebsrates — zuständige Organisation, die die Salinenmeister vertritt — erfolgen dürfen, nicht eingehalten wurde. Es handelt sich hier um Leute, die in einem derzeit unkündbaren Dienstverhältnis stehen, in dem Dienstverhältnis als Staatsarbeiter. Es ist daher ganz ausgeschlossen, daß eine solche Überstellung vorgenommen werden darf, weil sie gegen die in diesen Vereinbarungen eingegangenen Verpflichtungen des Bundesministeriums für Finanzen mit der Generaldirektion der Salinen einerseits und der Arbeiter- und Beamtenvertretung andererseits verstößt. Ich kann nicht annehmen, Herr Bundesminister, daß man Verträge nur dann hält, wenn sie sich für die Staatsarbeiter schlecht auswirken, daß man aber dort, wo die Regierung eine Verfügung einhalten soll, ruhig über sie zur Tagesordnung übergeht. Ich habe heute schon Gelegenheit gehabt, im hohen Hause über die Vorgänge in Bundesbetrieben zu sprechen. Man erlaubt sich gegen die Staatsarbeiter oft Dinge, die so kraß sind, daß der ärgste Privatunternehmer gegen seine Arbeiterschaft nicht so vorgehen würde. Was in der letzten Zeit in den Bundesbetrieben geschehen ist, ist wider jedes Recht, und man müßte das Vertrauen in Vereinbarungen verlieren, wenn so vorgegangen würde, wie es der Herr Berichterstatter für die Personalüberführungen, wahrscheinlich nach den Angaben der Generaldirektion der Saline, ankündigt.

Wie wird da eigentlich vorgegangen? Ich stelle fest, daß eine solche Überführung ohne Zustimmung des Arbeiterbetriebsrates nicht möglich ist, ich mache daher gleichzeitig die weitere Feststellung, indem ich darauf eingehe, wie damals die Vereinbarungen zwischen der Technischen Union, dem Arbeiterzentralbetriebsrat und der Generaldirektion mit Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen zustande ge-

kommen war. Ende 1924 und Anfang 1925 hat die damalige bürgerliche Regierung mit Herrn Bundesminister a. D. Dr. Kienböck versucht, ein „Salinengesetz“ der Nationalversammlung zu unterbreiten, ein Gesetz, wie wir es im Jahre 1925 bezüglich der Bundesforste von den bürgerlichen Parteien bekamen, womit die Bundesforste kommerzialisiert wurden. Wir sehen ja heute die Folgen dieser Kommerzialisierung. Die Bürgermeister des Salzkammergutes mit der Technischen Union haben es aber durch ihre Interventionen verstanden, zu erreichen, daß das „Salinengesetz“ nicht gemacht wurde. Bezüglich dieses Salinengesetzes, das damals vorgelegt wurde und das damals, wie der Finanzminister Dr. Kienböck zugegeben hat, auch im christlichsozialen Klub beraten worden ist — und es ist ja dem Abg. Markschlager vor den versammelten Bürgermeistern, deren Deputation gegen die Gesetzwerdung er führte, vorgehalten worden, daß er die Gesetzesvorlage gekannt und mitberaten hat, weil sie im Klub behandelt worden ist —, wurde damals dann ausnahmslos von allen Parteien des Hauses — die Christlichsozialen mußten, durch die sozialdemokratischen und christlichsozialen Bürgermeister gezwungen, nachgeben — der Wunsch ausgesprochen, daß dieses Salinengesetz nicht zur Tat werde. Dieses Gesetz hat nichts anderes beinhaltet, als daß nach den darin enthaltenen Bestimmungen das Dienstverhältnis der Beamten und Arbeiter so gestaltet werden sollte, daß vom Tage der Übernahme der Salinen und der Kommerzialisierung des Betriebes die Arbeiter provisioniert und die Beamten pensioniert werden und daß vom nächsten Tage an nach den Grundsätzen der kapitalistischen Privatwirtschaft unter Führung des Salinenbetriebes unter Anpassung an die streng wirtschaftlichen Bedürfnisse eines Privatbetriebes vorgegangen werden sollte. Das heißt, die Salinenarbeiter und Salinenbeamten sollten um ihr pragmatisches Dienstverhältnis betrogen werden. Das ist damals unmöglich gemacht worden.

Ich bringe das deswegen in Erinnerung, weil ich aus christlichen Zeitungsberichten etwas vorbringen muß, wobei eine lausübische Unanständigkeit christlicher Gewerkschaftsführer festzustellen sein wird, ebenso wie man in der Generaldirektion der Saline derzeit vorgeht, um erworbene Rechte der Salinenarbeiter und Beamten in Zukunft außer Kraft zu setzen.

Ich erinnere daran, daß am 10. November 1925 mit dem damals von den Christlichsozialen als Finanzminister präsentierten Dr. Alzer verhandelt und ausdrücklich festgesetzt wurde, daß, nachdem das Salinengesetz nicht gemacht werden kann, die neue Dienst-anweisung, die gemacht werden mußte, bevor die neue Generaldirektion der heutigen kommerzialisierten Zwitterbetriebsführung ins Leben gerufen wurde, keine Bestimmung beinhalten darf, nach der man die Salinenarbeiter als Staatsarbeiter in

Zukunft ausschalten will, so daß sie in Zukunft keine Staatsarbeiter mehr gewesen wären, sondern daß ihre erworbenen Rechte mit Rücksicht auf das Wiederaufbaugesetz und die damals abgegebenen Erklärungen der Regierung aufrecht bleiben müssen, auch in Zukunft bei Aufnahmen. Es wurde dann die Vereinbarung getroffen, wobei sich Minister Mrher, mit dem Verhandler der Salinenarbeiterschaft, der Technischen Union, dahin einigte, daß auf streng wirtschaftlicher Basis — wie damals die Auffassung war, man wollte ja alles kommerzialisieren, wo etwas zu holen war, wir haben ja so viel gute Freunde aus dem Ausland gehabt, die mit dieser Idee hereingekommen sind, um Österreichs Betriebe zu kommerzialisieren — die neue Dienstanzweisung für den neuen Betrieb und die neue Generaldirektion so geschaffen werden muß, wie ich sie hier in einer ihrer Bestimmungen vorlesen werde, wonach nach dem Grundsatz das Staatsarbeiterdienstverhältnis wie bisher in Zukunft aufrecht bleibt, bei einer Veränderung der Dienst- und Vordienstverhältnisse der Salinenarbeiter der Zentralbetriebsrat der Salinenarbeiter mitentscheiden wird, bei einer Veränderung der Dienstverhältnisse der Salinenbeamten aber die Organisation der Beamten, die dieselben bezüglich der Angelegenheiten der Beamtschaft vertritt.

Es ist das mit dem damaligen Finanzminister Mrher nach der ersten Aussprache am 11. November 1925, zwei Tage später, am 13. November 1925, vereinbart worden, nachdem er vorher seinem Klub, den Christlichsozialen, die Dienstanzweisung, die mit dem Zentralbetriebsrat und der Organisation, die in der Majorität die Arbeiterschaft vertritt, mit der Technischen Union, vereinbart wurde, vorgelegt hatte, und der Christlichsoziale Klub und — das halte ich fest — auch der Herr Abg. Markschlager hat dazu seine Zustimmung gegeben, so daß dann am 18. November, also fünf Tage später, nach einer elfstündigen Verhandlung auf Grundlage der vorhin vereinbarten Grundsätze im Auftrag des Ministers Mrher, der als Sicherheit die Arbeitsordnung verlangte, mit Zugeständnis der Aufrechterhaltung des Staatsarbeiterverhältnisses in Zukunft, damit verschiedene Fragen bereinigt erscheinen, die die Verwaltung als Sicherung einer wirtschaftlichen Betriebsführung verlangte, mit dem damaligen Generaldirektor der Salinen, Herrn Dr. Dorrek, der nur mehr die Liquidierung seiner Geschäfte durchgeführt hat, diese heute in Kraft stehende Arbeitsordnung unter Anwesenheit der christlichen Salinenarbeiter zustande kam, bei der ausdrücklich festgestellt wurde — und ihre Bestimmungen bieten ausdrücklich dafür die Möglichkeit —, daß in Zukunft bei den Salinenarbeitern, wenn sich ständige Dienstposten ergeben und ein ständiger Bedarf vorhanden ist, der Nachwuchs nach beiläufig zwei Jahren Dienst stabilisiert wird und die betreffenden genau so wie die anderen, die im Dienste

stehen, als Staatsarbeiter behandelt werden und sich nichts an den Verhältnissen vor Erlassung der neuen Arbeitsordnung der Salinenarbeiter ändert.

Nun schleicht sich in der Streitfrage Ständigmachung der Salinenarbeiter und Pragmatifizierung von Salinenarbeitern zu Beamten etwas ganz anderes herein. Es ist hier im Hause von Doppelverdienern gesprochen worden. Nun, die Geschäftsführung der Generaldirektion für Salinen ist eine Doppelverdienersache. Seinerzeit wurde über Verlangen des Herrn Dr. Mrher und seiner Familie, die sehr bekannt war mit dem Herrn Generaldirektor Bachhaus — der damals allerdings noch nicht Generaldirektor, sondern pensionierter Sektionschef war —, verlangt, daß Herr Bachhaus als Generaldirektor eingestellt werde. Wie schafft man sich Freunde? Indem man eine Menge von Hofräten, Oberbergräten und andere Funktionäre des Salinenbetriebes pensionieren läßt, sie aber als sogenannte Vertragsangestellte in diesem Betrieb beläßt. Der Herr Bachhaus hat nun nur ein Bestreben gehabt: möglichst viel Protektionskinder nebstbei als Vertragsangestellte hereinzubringen, deren Bezüge nicht wie die aller anderen Beamten offen liquidiert, sondern durch die Postsparkasse überwiesen werden, damit man nicht weiß, was diese Herrschaften bekommen. Es besteht jetzt daher seit Jahren das System, niemanden mehr pragmatisch zum Bundesbeamten zu machen, weil Herr Bachhaus Vertragsangestellter ist mit Bezügen, die niemand erfährt; und nun soll das, wie der Herr Generalberichterstatter gemeint hat, auch auf die 22 Staatsarbeiter Anwendung finden, die ja pensionsberechtigt sind und die man doch fragen müßte, wenn man sie zu Vertragsangestellten machen will. Da sie als Salinenarbeiter pensionsberechtigt sind, werden sie sich das wohl überlegen; sie haben ja keine so hohe Bezahlung wie der Herr Generaldirektor Bachhaus und die anderen Herren, die da als Vertragsangestellte hereingekommen sind. Hier sieht man offensichtlich das Bestreben, den Staatsarbeitern das ständige unkündbare pensionsrechtliche Verhältnis zu nehmen. Man hat sich bis zum 28. Jänner vergangenen Jahres, also seit fünf Jahren, immer darauf berufen, daß eigentlich das Finanzministerium schuld daran sei, wenn die Arbeiter seit 1925 nicht in das ständige Dienstverhältnis überführt wurden, denn der Generaldirektor könne nichts machen, das Verwaltungserparungsgesetz stehe dem im Wege. Das ist allerdings nicht richtig, denn das Gesetz verlangt nur, daß die Stabilisierungen, Ständigmachungen, Neuanstellungen dem Bundesministerium für Finanzen vorgelegt werden, und das ist auch in Ordnung; nirgends steht aber, daß damit eine Vereinbarung aufgehoben erscheint. Ich glaube nicht, daß Sie, Herr Minister, es zugeben werden, daß ein Vertrag einfach gebrochen wird, nur darum, weil es sich um Rechte der Staatsarbeiter in den Salinen handelt.

Nun haben die Salinenarbeiter mit ihrer Organisation, der Technischen Union, durch mich im Vorjahre gedrängt, endlich eine Entscheidung zu treffen. Da Herr Bachhaus sich da auf einmal auf eine Dienstanweisung des Bundesministeriums für Finanzen berufen hat, die niemand kannte, verlangte ich diese Dienstanweisung vom Herrn Sektionschef Dr. Weigl. Ich bekam nun die Dienstanweisung, die seinerzeit die Regierung herausgab und die mit der Auslegung und dem Vorgang, den Herr Bachhaus wählte, um einen Rechtsbruch zu machen, nichts zu tun hat. Dabei hat sich nun folgendes Schauspiel ereignet: Dem Herrn Sektionschef Dorrek, der den Auftrag bekam, mir auf meine Anfrage brieflich Bescheid zu geben, scheint die Sache schließlich zu bunt geworden zu sein, und er hat am 28. Jänner dieses Jahres in einer Zuschrift an mich festgestellt, daß in der Dienstanweisung vom Jahre 1925 die Vorschriften über die Betriebsführung ja festgehalten seien, wie das Personal der Salinen zu behandeln sei, und er stellte nun fest, Herr Bachhaus sei derjenige, der eine andere Meinung bezüglich der Behandlung der Salinenarbeiter habe, der das Bundesministerium für Finanzen sich anschließe. Also Herr Bachhaus hält seit Jahren alle Verhandlungen damit auf, um seinen Rechtsbruch vornehmen zu können; no, und das Finanzministerium ist halt zu jedem Rechtsbruch bereit. Das Kapitel „Bachhaus“ werden wir klarstellen und den Memoiren Doktor Ahrrers anheften, um klarzulegen, wie der Mann Generaldirektor geworden ist und mit welchem Ehrenmann man es da zu tun hat.

Herr Minister, ich kann nicht glauben, daß das Bundesministerium für Finanzen so etwas gutheißt. Ich glaube, man will sich nur auf das Bundesministerium für Finanzen ausreden. Es ist eine schöne Wendung, wenn man in einem Brief hineinschreibt, daß das Bundesministerium für Finanzen die Stellung des Generaldirektors billigt. Ich glaube aber kaum, daß der Herr Finanzminister, wenn wir ihm den Akt vorlegen, es billigen wird, daß eingegangene Vereinbarungen, weil es sich um Staatsarbeiter in den Salinen handelt, die nach dem Vertrag Rechte zu beanspruchen haben, jetzt gebrochen werden sollen, weil das den Praktiken des Herrn Generaldirektors Bachhaus entspricht. Das muß vor allem festgehalten werden.

Und nun spielt sich noch folgendes Beschämende ab: Der Zentralbetriebsrat der Salinenarbeiter und die Technische Union, die seit Jahren den Kampf für diese Rechte führt, wird öffentlich verleumdet und behauptet, daß wahrscheinlich hinter dem Rücken der Arbeiterschaft geheime Abmachungen stattgefunden haben mit der Generaldirektion der Salinen, es werden auch alle anderen Personen, die seit Jahren all das mitgemacht und an den Verhandlungen teilgenommen haben, in einer Form verdächtigt, so daß

diese Unanständigkeit einmal öffentlich festgestellt werden muß. Ich habe hier die „Christlichsoziale Forst- und Salinenarbeiter-Zeitung Österreichs“, ein Blättchen, daß nur mehr alle Vierteljahre erscheint, wenn es gilt, irgendeinen Verleumdungsfeldzug zu führen — sonst bekommt man das Blatt nicht zu sehen und kein Mensch kennt es —, und das jetzt wahrscheinlich deswegen den Zentralbetriebsrat der Salinenarbeiter und die Technische Union verleumdet, weil Ihnen bei den letzten Wahlen der Betriebsräte nun auch der letzte Zentralbetriebsrat aus ihrem christlichsozialen Organisationsgebilde an die Kandidaten der Technischen Union im Wahlkampf verlorengegangen ist. Aber was wird zu der ganz wichtigen Frage der weiteren Ständigmachung der Salinenarbeiter geschrieben? Ich nehme an, daß der Herr Abg. Markschläger selbst das, was die Leute da in seinem Verbandsblättchen schreiben, nicht gutheißt wird. Aber der Sekretär dieses Verbandes ist es. Man schreibt da, indem man einen Artikel „Aus den Salinen“ in der Nr. 76 bis 77 vom November und Dezember 1930 bringt, daß der Herr Nationalrat Markschläger bei der Generaldirektion der Österreichischen Salinen vorgesprochen hat, und es wurden da sechs Punkte behandelt, die auch andere Sachen betreffen, außer dieser Stabilisierung; aber dann kommt die wirkliche Verleumdung, die festgehalten werden muß, damit die Salinenarbeiter wissen, wie sie daran sind. Es heißt hier (*liest*): „Zu diesem Bericht muß noch erwähnt werden, daß es uns befremdet, daß die Technische Union schon seit dem Jahre 1925 gewußt hat, daß keine unständigen Arbeiter mehr ständig gemacht werden und trotzdem die Arbeiter hierüber im unklaren ließ. Immerhin macht diese Geschichte einen sehr komischen Eindruck. Um offen zu sprechen, scheint es so, daß der Zentralbetriebsrat mit der Generaldirektion in der Frage der Unständigen etwas ausgehandelt hat, was man der Arbeiterschaft bisher verschwiegen hat.“ Dann wird weiter geschrieben (*liest*): „Jedenfalls ersehen die Salinenarbeiter, welchen Schwierigkeiten unser Verband gegenübersteht und wie notwendig es ist, die Geschlossenheit der Gewerkschaft zu wahren und nicht sozialdemokratischen Schlagworten auf den Leim gehen.“ Also da gehört schon wirklich etwas dazu! Die Leute gehen bei allen Verhandlungen mit, überlassen es dem Zentralbetriebsrat der Arbeiter mit den Vertretern der Technischen Union die Verhandlungen sachlich zu führen, sie überlassen es der Majoritätsorganisation, sind mit allem einverstanden, stimmen zu, und da wird in einem solchen Käseblatt hier eine solche lausbübbische Verleumdung ausgesprochen, bei der man nur eines sagen muß: Wenn dieses Blatt schreibt, daß es sehr sonderbar wirkt, so muß ich schon sagen, daß es wirklich auch sehr sonderbar wirkt, wenn man den Mut hat, so etwas überhaupt in ein Blatt zu

geben, wo wir doch alle Tage sehen, daß, wenn es sich hier im Nationalrat um Anträge für die Staatsarbeiter handelt, der Obmann der christlichen Salinen- und Forstarbeiter immer wieder aufsteht und dagegen stimmt, wie er auch gestern wieder bei der namentlichen Abstimmung gegen die Forstarbeiter gestimmt hat. (*Heitzinger: Das ist demagogisch!*) Sie reden nichts von Demagogie, Sie sind ja ein König in der Demagogie! Sie gehören zu der sogenannten christlichsozialen Arbeitervertretung, die aber mit Ihnen keine Ehre aufhebt.

Und was schreibt und macht man dann noch? Man sieht, wie der Herr Markschläger und die christlichen Sekretäre hier im Nationalrat arbeiten. Gestern hat er bei der namentlichen Abstimmung gegen uns gestimmt, und wie der Abg. Plasser es ihm vorgehalten hat, daß er so gestimmt hat, hat er gemeint: ich habe so gestimmt, weil ich nicht der unverantwortlichen Minorität angehöre. Also, er gehört der verantwortungsvollen Majorität an, es wäre ihm daher ein leichtes, alles zu tun, was die Salinen- und Forstarbeiter wollen. Aber was schreibt dieses Verleumderblatt wieder? Im „Christlichen Forst- und Salinenarbeiter“ heißt es (*liest*): „Es ergeben sich aus all dem Gesagten Situationen, die die Arbeiterschaft vor schwere Entscheidungen stellen. Handelt es sich doch bei der derzeitigen Entwicklung einzig und allein darum, das alte pragmatische Dienstrecht mit Provisionsanspruch gänzlich aus der Welt zu schaffen. Darum soll die Arbeiterschaft zur Abwehr des härtesten Schlages einig sein und in der Gewerkschaft ihren Rückhalt suchen. Das gilt in gleichem Maße auch für die Professionisten. Die Zeiten sind ernst und deshalb nehmen wir auch unsere Gewerkschaft ernst.“ Also so ernst, daß die Technische Union und der Zentralbetriebsrat der Salinen, der jahrelang für das Recht der Salinenarbeiter kämpft, verleumdet wird, um der Salinen-Generaldirektion zu helfen.

Gestern ist bei der Abstimmung der Antrag für die Staatsforstarbeiter mit 74 gegen 78 Stimmen abgelehnt worden. Ja, die christlichen Verleumder nehmen ihre Gewerkschaft sehr ernst! Das sagt man natürlich da in dem Verleumderblatt.

In Linz war voriges Jahr eine Tagung der christlichen Salinen- und Forstarbeiter, da hat man Beschlüsse darüber gefaßt, daß die Leute endlich in die Arbeitslosenversicherung überführt werden sollen. So ist es gestanden in diesem Verleumderblättchen, aber der Herr Markschläger ist eben, nachdem er nicht der verantwortungslosen Minorität angehört, so verantwortungsvoll, in Linz den Leuten ein K für ein U vorzumachen, in der Nationalversammlung aber gegen das, was er in Linz mitbeschlossen hat, zu stimmen, das zeigt die christlichsoziale Moral des Herrn Markschläger; in seinem Blatt aber zu dulden, daß ein Beamter seiner Organisation solche

Verleumdungen veröffentlicht, und hier im Hause dann bei all den Forderungen für diese Leute, die er selbst vertritt, dagegen zu stimmen. Das muß endlich einmal festgehalten werden, das ist eine Unanständigkeit. Ich weiß nicht, ob Abg. Markschläger selbst den Artikel geschrieben hat, ich nehme es gar nicht an. Aber ich muß schon sagen, wenn man so etwas duldet, immer so arbeitet und davon spricht, die freien und christlichen Gewerkschaften sollen miteinander arbeiten und sollen sich an einen Tisch setzen, und man geht wirklich mit den Leuten jahraus, jahrein zu den Direktionen, verhandelt mit dem Finanzministerium und überall — es wird tagtäglich zusammen verhandelt —, und dann so etwas zu schreiben ist eine Lausbüherei. Dann dürfen sich die christlichen Gewerkschaften darüber nicht wundern, daß die freigewerkschaftlichen Arbeiter es ablehnen, mit den sogenannten christlichen Gewerkschaften in einer Front vorzugehen, weil doch sicherlich gesagt werden muß, daß, wenn bei allen Verhandlungen, die für die Forst- oder Salinenarbeiter bei den Generaldirektionen stattfinden, beide Parteien miteinander verhandelt haben, solche Gemeinheiten nicht geduldet werden können. Es scheint mit Absicht das gemacht zu werden, um die Salinenarbeiter gegenseitig aufzuheizen, damit die Generaldirektion dann machen kann, was sie will.

Ich habe das deshalb festgehalten, Herr Finanzminister, weil ich Sie bitte, wenn nun der Zentralbetriebsrat der Salinenarbeiter kommt und Ihnen diese Streitfrage vorlegt, daß Sie dann nicht zulassen, daß ein erworbenes Recht gebrochen wird, daß Sie nicht zulassen, daß man jetzt, wo der Staat seine Verpflichtungen teilweise erfüllen soll, die Leute rechtlos macht, weil es der Herr Generaldirektor so will, sondern daß Sie sich auf den Standpunkt stellen, was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein. Wenn die Salinenarbeiter bei den damaligen Verhandlungen große Opfer bringen mußten, dann soll jetzt, wo sich einmal ein Vorteil für die Leute ergibt, der Vertrag nicht gebrochen werden. Vorteile sind es ja eigentlich nicht. Die Arbeiter stehen seit mehr als drei Jahren ununterbrochen auf einem Dienstposten und wenn ein Arbeiter, Vertragsangestellter oder Beamter, so lange Zeit auf einem Posten steht, dann ist das ein dauernder Dienstposten, und es ist der Beweis erbracht, daß der Mann notwendig ist und gebraucht wird, und dann soll man nicht mit diesen Mätzchen kommen.

Wenn Sie, Herr Minister, die ganzen Staatsarbeiterverhandlungen in den letzten zehn Jahren verfolgen und sehen, wie die Republik Österreich die Staatsarbeiter Österreichs behandelt, dann werden Sie sich sagen müssen, daß man sie förmlich unter ein Ausnahmerecht gestellt hat, daß man ihnen überall Rechte wegnimmt, nirgends aber die Verpflichtungen erfüllt, die der Staat sonst bei allen

Verbesserungen des Gehaltsgesetzes auch den niedrigsten Beamten gegenüber, die durch ein Gesetz geschützt sind, einhalten muß. Durch ein solches Vorgehen wird nur immer wieder gezeigt, wie notwendig es ist, daß wir für die Staatsarbeiter endlich ein Rahmengesetz machen, das einmal die Rechte dieser Arbeiter festlegt, damit man den Leuten das, was sie sich dienstrechtlich ebenso wie die Bundesbeamten und auch durch Einzahlung von Pensionsbeiträgen hinsichtlich der Pensionsversorgung erworben haben, am Schluß nicht wieder wegnimmt und damit einmal der Komödie ein Ende bereitet wird, eine Verbesserung, die man den Beamten in den Bundesbetrieben gewährt, den Staatsarbeitern zu verweigern.

Die Staatsarbeiter gönnen den Beamten diese gewiß bedauerlich geringen Verbesserungen. Wir wissen, daß es in Österreich Beamte gibt, die 10 bis 15 Jahre dienen müssen und noch immer 170 S Gehalt haben oder Ergänzungsbeiträge zu ihrem Gehalt bekommen, um 170 S monatlich zu erhalten. Die Regierung muß endlich einmal einsehen, daß es so nicht weitergehen kann, daß man die Staatsarbeiter rechtlos macht. Heute ist es so, daß bei einer Novellierung des Gehaltsgesetzes der Beamte die paar Groschen ruhig ausbezahlt bekommt, dem Arbeiter aber, der in demselben Betriebe steht, sagt man dann — weil das mit einer Verordnung gemacht wird —: Es ist kein Geld mehr da, da kann man nichts machen. Das sind Rechtszustände, die endlich beseitigt werden müssen, weil sie unserer Republik, wenn sie sich auch in Not befindet, unwürdig sind. (*Händeklatschen links.*)

Schmidt: Hohes Haus! Die Verhandlung des Kapitels „Finanzverwaltung und öffentliche Abgaben“ gibt mir die Gelegenheit, die wirtschaftliche Lage unseres Handels- und unseres Gewerbestandes mit aller Offenheit, aber auch mit allem Nachdruck darzulegen. Voll Zuversicht hegen diese Berufsstände die berechtigte Hoffnung, daß nach Abschluß der Verhandlungen über die Bundesanleihe, die bereits im Sommer des vergangenen Jahres dank der erfolgreichen Verhandlungen unseres Herrn Finanzministers zu einem glücklichen Ende geführt wurden, und nach der im vergangenen Sommer bereits erfolgten Auszahlung des ersten Abschnittes dieser Anleihe an die schon wiederholt in Aussicht gestellte Herabsetzung der Bundessteuern geschritten werden wird. Diese Annahme war um so berechtigter, als auch die Wirtschaftskommission einstimmig zur Überzeugung kam, daß eine Erleichterung der Steuerlast eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Die Ansätze des vorliegenden Bundesvoranschlages zeigen aber, daß, soweit die Einnahmen aus direkten Steuern, Verbrauchssteuern und Umsatzsteuern in Betracht kommen, die Erwartungen der Wirtschaft

leider nicht erfüllt wurden. Nicht nur, daß die Beträge gleichgeblieben wären, wurden sogar in einzelnen Posten nicht unbeträchtliche Erhöhungen der Einnahmen im Bundesvoranschlag vorgenommen. Es ist wohl außer Zweifel, daß diese Erscheinungen in den Kreisen der Wirtschaft Enttäuschung hervorgerufen haben. Die österreichische Wirtschaft ist durch den Umstellungsprozeß, der sich durch den unglücklichen Ausgang des Krieges, vor allem aber auch durch den Friedensvertrag von Saint-Germain zwangsläufig ergab, insbesondere aber auch durch die ganz außerordentlich krisenhaften Erscheinungen des vergangenen Jahres in furchtbare Mitteldenshaft gezogen. In diesem Hause ist schon öfter von der Not der Landwirtschaft und der Industrie gesprochen worden. Wiederholt mußten Gesetze beschlossen werden, die der Not, die durch die derzeitige Krise entstanden ist, abhelfen sollten, aber selten ist von der Not in den Kreisen des Gewerbe- und Kaufmannstandes gesprochen worden, obwohl auch diese Stände sicherlich ein überaus wichtiger Faktor in unserem Wirtschaftsleben sind und entsprechende Berücksichtigung verdienen. Im Laufe der Debatte über den Bundesvoranschlag wurde wiederholt über die hohe Zahl der Konkurse und Ausgleichs gesprochen. Wenn auch die Zahl der Ausgleichs vielleicht durch die ziemlich reformbedürftige Ausgleichsordnung nicht unwesentlich erhöht ist, so geben diese Ziffern tatsächlich zu bedenken. In den vergangenen Wochen ergab sich ein Durchschnitt von rund 60 Ausgleichen und 11 Konkursen, eine Ziffer, die für unser kleines Wirtschaftsgebiet geradezu als erschreckend bezeichnet werden muß. Die Zahlungsschwierigkeiten, die in diesen Ziffern zum Ausdruck kommen, treffen auch den Bund und die anderen öffentlichen Körperschaften sehr schwer, was sich insbesondere in den großen Steuerrückständen zeigt, die sich allerdings gegen das Jahr 1928, welches eine Rekordziffer von über 300 Millionen Schilling aufzuweisen hatte, etwas gebessert hat. Ob dies aber ein Zeichen der Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist oder nur der angestrenzteren Tätigkeit der Steuerbehörde zuzuschreiben ist, darüber zu sprechen, will ich unterlassen.

Der Herr Abg. Brodinger hat vor einigen Tagen im Zusammenhange mit der Besprechung des gegenwärtig so heiß umstrittenen Themas des Lohn- und Gehaltsabbaues Ziffern angeführt, die uns nachweisen sollten, daß ein solcher Abbau nicht möglich ist. Er hat darauf hingewiesen, daß die monatlichen Gehaltsbezüge der kaufmännischen Angestellten sich zwischen 125 und 320 S bewegen, der Industrieangestellten zwischen 300 und 330 S. Diesen Ziffern will ich den durchschnittlichen Ertrag gegenüberstellen, der sich bei den Erwerbssteuerpflichtigen ergibt. Nach den mir zur Verfügung stehenden Daten ist der durchschnittliche Monatsreinertrag in Wien wohl 400 S, im

Burgenlande dagegen nur 180 S. Die bezüglichlichen Ziffern der übrigen Bundesländer bewegen sich zwischen diesen zwei Summen. Die sich daraus Resultierende ergibt einen durchschnittlichen Monatsreinertrag des Gewerbestandes und der Kaufmannschaft von 320 S. Wenn man bedenkt, daß auch ein nur verhältnismäßig geringer Rückschlag diesen sehr bescheidenen Reinertrag vernichten kann, so ist wohl der Beweis dafür erbracht, daß die Situation im Handel und im Gewerbestande sehr ernst ist. Es muß ausdrücklich festgestellt werden, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Berufsstände in seiner Existenzmöglichkeit tatsächlich gefährdet ist.

Der Herr Abg. Brodinger hat im weiteren Verlauf seiner Ausführungen auch an die Solidarität der Stände appelliert und sich gegen eine auf krassem Materialismus aufgebaute Ständeorganisation ausgesprochen. Ich, als Angehöriger des Kaufmannstandes, pflichte meinerseits dem Herrn Abg. Brodinger, der ein Vertreter der Angestelltenchaft ist, voll und ganz bei. Auch ich bin überzeugt, daß höhere Ideale uns vereinigen müssen, die es ermöglichen, die kleineren und größeren Interessengegenstände, die sich immer wieder ergeben werden, zu überbrücken. Auch die österreichische Kaufmannschaft ist sich in der gegenwärtigen Wirtschaftsnot ihrer besonders verantwortlichen Aufgabe voll und ganz bewußt. Erst in den letzten Tagen sind auf Grund der Erhebungen des statistischen Amtes Ziffern bekanntgeworden, wonach trotz der im Verlaufe der vergangenen Jahre ständig gestiegenen Regiekosten, die sich durch Erhöhung der Steuern und der sonstigen Belastungen der Betriebe ergeben haben, hinsichtlich der Kleinhandelspreise seit dem Jänner des vergangenen Jahres bei Lebensmitteln eine Preisermäßigung von 5 bis 36 Prozent, bei Bekleidungsgegenständen von 4 bis 13 Prozent, bei Haushaltsgegenständen von 4 bis 17 Prozent eingetreten ist. Wenn diese Preise sich den Großhandelspreisen noch immer nicht ganz angepaßt haben, so liegt die Ursache wohl an der früher erwähnten bedeutenden Erhöhung der Regien. Keinesfalls ist der immer wieder von gewisser Seite auftauchende Vorwurf berechtigt, daß die Kaufmannschaft sich ihrer Verantwortung und ihrer Pflicht, ihr möglichstes zur Linderung der Wirtschaftsnot beizutragen, entziehen würde. Empörend ist es daher, in welcher unverantwortlichen Weise seitens der sozialdemokratischen Partei gegen die Kaufmannschaft gehetzt wird. Gerade in den letzten Tagen war es wieder ein Artikel der „Arbeiter-Zeitung“, der in unglaublicher Weise gegen die Kaufmannschaft scharfgemacht hat. Ich muß bei dieser Gelegenheit erklären, daß ich es mir schwer vorstellen kann, wie sich der Herr Abg. Klimberger unter diesen Umständen in seiner Partei bewegen wird.

Die Zollerhöhungen der vergangenen Jahre, die zum Schutze der Landwirtschaft und der Industrie

erfolgt sind — und es wird sicherlich von allen Seiten anerkannt, daß hier ein Schutz in dieser oder jener Form nötig war —, haben zur Folge, daß die Kaufmannschaft und der Gewerbestand infolge der erhöhten Preise einen immer sinkenden Umsatz aufzuweisen haben, wodurch sie bedeutende Einbuße an ihrem Einkommen erlitten haben. Trotzdem hat auch die Kaufmannschaft es nicht unterlassen, die Propaganda zur Förderung des Absatzes heimischer Produkte, die im Interesse der inländischen Produktion notwendig ist, in entsprechender Weise zu unterstützen, und hat dadurch den tatkräftigen Beweis erbracht, daß sie wirklich die Solidarität mit den übrigen Ständen aufrechterhalten will.

Es ist wohl überaus erfreulich, wenn sich in der gegenwärtigen so trüben, wenn auch nicht hoffnungslosen Zeit ein Lichtstrahl der Freiheit zeigt. In der Tat ist der durch Herrn Bundeskanzler Dr. Ender erfolgte Abschluß der Regelung der Abgabenteilung als ein solcher Lichtblick zu bezeichnen. Es ist dadurch gelungen, die so notwendige Beruhigung und Stabilisierung unserer Gemeinde- und Länderfinanzen herbeizuführen, ein Umstand, der von der gesamten Wirtschaft auf das freudigste begrüßt wurde. Mit der Abgabenteilung ist wohl der erste Schritt zur Entlastung unserer Wirtschaft getan. Durch die erhöhten Einnahmen aus den Ertragsanteilen sind nunmehr die Länder und Gemeinden in die Lage versetzt, die Steuern und Abgaben, wenn auch nur zu einem kleinen Teil, herabzusetzen und dadurch mit beizutragen, die seitens der Wirtschaft gestellte Forderung auf Herabsetzung der öffentlichen Lasten in die Wege zu leiten. Die am 5. Dezember vergangenen Jahres erfolgte Erklärung des Herrn Bundeskanzlers als auch die Erklärungen des Herrn Bundesministers für Finanzen im Zuge der Beratung des vorliegenden Bundesvoranschlages berechtigen zu der sicheren Hoffnung, daß unsere Bundesregierung alle Maßnahmen treffen wird, die eine weitere Entlastung unserer Produktion zur Folge haben werden. Der eindringliche Appell des Herrn Bundeskanzlers, den er gelegentlich der Herabschiedung des Finanzausgleichsgesetzes an die Länder und Gemeinden gerichtet hat und der sicherlich in manchen Fällen sehr notwendig ist, wird hoffentlich den gewünschten Erfolg erzielen. Es ist hoch an der Zeit, daß in vielen Gemeinden der alte gesunde vernünftige Sparsinn wieder einzieht, denn es geht in kritischen Zeitläuften nicht an, daß teure luxuriöse Einrichtungen in verschiedenen Gemeinden geschaffen werden, die im krassen Gegensatz zur Not unserer Zeit stehen. Es geht nicht an, daß die einzelnen Gemeinden sich an Unternehmungen beteiligen, wodurch dem bodenständigen Gewerbe schwere Konkurrenz bereitet wird und andererseits wieder die Gemeinden dadurch genötigt werden, schwere Summen, Zehntausende und Hunderttausende von Schillingen

an Steuergeldern daraufzuzahlen. Daß größere Sparsamkeit, insbesondere bei den Gemeinden, notwendig ist, zeigt auch die Tatsache, daß ein Vergleich der Steuerbelastung von heute mit der der Vorkriegszeit eine Steigerung von nahezu 60 Prozent aufweist, wogegen in der gleichen Zeit die Steuerlasten des Bundes um nur 15 Prozent gestiegen sind. Daß eine sparsame und doch zeitgemäße Verwaltung möglich ist, das zeigt uns die eine Tatsache, daß die Gemeinden unseres Bundeslandes Vorarlberg in dieser Hinsicht als geradezu mustergültig hingestellt werden können. Es gilt dort der alte gesunde Sparfönn, und trotzdem bleiben die Gemeinden, was zeitgemäße Einrichtungen anbelangt, sicherlich nicht hinter den anderen Gemeinden Österreichs zurück.

Bei diesem Anlaß bitte ich den Herrn Bundesminister für Finanzen, daß er den Bestrebungen der Vorarlberger Landesregierung nachkommt, die dahin gehen, daß für Anleihen der Länder und Gemeinden die Befreiung von der Rentensteuer in die Wege geleitet wird. Denn es ist wohl voll und ganz begründet, daß die Länder und Gemeinden für die Beschaffung jener Mitteln, die sie bei Erfüllung der ihnen nach dem Gesetz zustehenden Aufgaben brauchen, nicht durch die Rentensteuer noch in erhöhtem Maße belastet werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch die Aufmerksamkeit des Herrn Bundesministers für Finanzen auf die außerordentliche Notlage unserer Stickerindustrie hinlenken. Es ist bereits im vergangenen Sommer gelungen, wenigstens teilweise eine Aktion, von der auch bereits heute vormittag ein Redner gesprochen hat, das ist die Ablösung von Maschinen in der Stickerindustrie, durchzuführen. Es wird vielleicht möglich sein, daß in dieser Richtung eine noch weitere Unterstützung seitens des Bundes, die so dringend notwendig ist, erfolgen könnte.

Von einer Reihe wirtschaftlicher Körperschaften sind Vorschläge über die Abänderung der Steuergesetzgebung vorgelegt worden, die in einer einschneidenden Vereinfachung der derzeitigen Steuergesetze, desgleichen auch in einer gründlichen Vereinfachung des derzeitigen Steuerbemessungsverfahrens gipfeln. Der Hauptverband der Gewerbegeossenschaften hat eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet,

die das Steuerwesen betreffen und auf die ich von dieser Stelle aus ganz besonders aufmerksam machen möchte. Sie entspringen den dringenden Wünschen, die in den Kreisen des Gewerbestandes seit langer Zeit gehegt werden. Die Berücksichtigung dieser wohlbegründeten Vorschläge der Wirtschaftskreise ist wohl eine der vornehmsten und dringendsten Aufgaben, die im Zuge der Verwaltungsreform in Angriff zu nehmen sein wird.

Da nun der vorliegende Bundesvoranschlag für das laufende Jahr einerseits die von der Wirtschaft so sehr gewünschte Steuerermäßigung nicht zuläßt, andererseits aber die heutige, sehr bedrängte Lage unserer Gesamtwirtschaft entsprechende Rücksichtnahme verlangt, bitte ich den Herrn Bundesfinanzminister, daß er wenigstens teilweise den Wünschen der Wirtschaft dadurch entgegenkommt, daß die Nichtsachbesteuerung sowohl bei der Erwerbs- als auch bei der Einkommensteuer, die sich nicht nur für den Steuerzahler, sondern auch für den Bund sehr wohltuend auswirkt, weiter ausgebaut werde. Ebenso bitte ich, daß hinsichtlich der Durchführung der Steuerbemessung wie auch hinsichtlich der Abstattung der Steuererschuldigkeiten sowie hinsichtlich der Verzugszinsberechnung der derzeit wirklich bedrängten Lage unserer Gesamtwirtschaft im einzelnen Falle voll Rechnung getragen werde, und zwar in der Form, daß die zuständigen Behörden angewiesen werden, diese Rücksichtnahme in genügendem Maße zu pflegen. *(Beifall rechts.)*

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Nächste Sitzung: Freitag, den 22. Februar, 11 Uhr vormittags. Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1931 (B. 39).

2. Berichte des Immunitätsausschusses über die Auslieferungsbegehren

a) gegen den Abg. Fritz Lichtenegger (B. 67),

b) gegen den Abg. Karl Heinz (B. 68) wegen Ehrenbeleidigung.

Schluß der Sitzung: 7 Uhr abends.